

Jubiläumsjahr der Nato – Neue Partner in Osteuropa 20 Jahre nach Ende der Blockkonfrontation

2009|04

**Jubiläumsjahr der Nato –
Neue Partner in Osteuropa
20 Jahre nach Ende der Blockkonfrontation**

bearbeitet von

Anja Wilde

ISSN: 1866-5810 (Print)
1866-5829 (Online)
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften
bearbeitet von: Anja Wilde
Programmierung: Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2009 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Nato-Strategien in Osteuropa.....	9
2	Wege der neuen Mitglieder in der Nato.....	17
3	Transformation des Sicherheitssektors in den Staaten Osteuropas.....	24
4	Nato-Engagement in Ex-Jugoslawien.....	30
5	Beitrittskandidaten und -interessenten.....	44
6	Nato-Russland-Beziehungen.....	51
7	Streitfall US-Raketenabwehr in Ostmitteleuropa.....	63

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	69
Personenregister.....	71
Sachregister.....	75
Institutionenregister.....	83

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	87
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	87

Vorwort

Das Jahr 2009 hält gleich drei runde Jahrestage bereit, die den fundamentalen Wandel, den die Nato im Verlaufe ihres Bestehens durchlaufen hat, vortrefflich dokumentieren: Vor 60 Jahren als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus ins Leben gerufen, verschwand vor 20 Jahren mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und der Auflösung des Warschauer Paktes das sie konstituierende Feindbild, bevor sie sich vor zehn Jahren mit der Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn ihrerseits nach Ostmitteleuropa ausdehnte. Seitdem schreitet die Nato-Osterweiterung, sehr zum Unwillen Russlands, weiter voran: 2004 treten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien der Nato bei, im April 2009 werden auf dem Jubiläumsgipfel von Kehl und Straßburg Albanien und Kroatien als Neumitglieder begrüßt.

Mit letzterem wird nun erstmals ein Land aus dem Teil des ehemaligen Jugoslawiens, der im Laufe der 90er Jahre von blutigen Konflikten erfasst wurde, in das Bündnis aufgenommen.

Die Nato entschloss sich seinerzeit zu einem - nicht immer unumstrittenen - militärischen Eingreifen in die Auseinandersetzungen. Mit Bosnien-Herzegowina und Montenegro führt die Nato seit 2008 mit zwei weiteren ex-jugoslawischen Teilrepubliken intensive Gespräche zur Vorbereitung einer Mitgliedschaft, die Zukunft des Kosovo und Serbiens ist diesbezüglich noch offen. Während das traditionell eng mit Russland verbundene Serbien momentan eine Politik der Neutralität verfolgt, zeigt das Kosovo seit der Unabhängigkeitserklärung 2008 starkes Interesse an einer Aufnahme. Einer Einladung zur Mitgliedschaft in der Nato der ebenfalls interessierten Republik Mazedonien steht bislang der ungelöste Streit mit Griechenland um den Staatsnamen im Wege.

Eine besondere Position in der Diskussion um eine Nato-Osterweiterung nehmen die ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Georgien ein. Während die jeweiligen Staatsführungen eine Mitgliedschaft ausdrücklich anstreben, zeigt sich die Nato in sich gespalten. Während insbesondere Deutschland und Frankreich mit Blick auf Russland zur Zurückhaltung raten und auf dem Bukarester Gipfel 2008 eine Aufnahme der Länder in das Aktionsprogramm für Mitgliedschaft (MAP) verhindern konnten, treiben die USA die Aufnahme der beiden Länder - nicht zuletzt aus energiestrategischen Gründen - vehement voran. Zu weiteren Missstimmungen, sowohl innerhalb des Bündnisses als auch in den Beziehungen zu Russland, führten die eigenständigen Verhandlungen der Nato-Mitgliedsstaaten Polen und Tschechien mit den USA über die Installation eines strategischen Raketenabwehrsystems auf ihrem Territorium.

Nach wie vor lassen sich somit zwischen Russland und der Nato, gerade in Bezug auf den ehemals sowjetischen Einflussbereich, erhebliche Interessenkonflikte ausmachen. Bereits seit 1991 gibt es jedoch auch Bemühungen zur Zusammenarbeit in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Zuletzt wurde im Jahr 2002 als Regulierungsgremium dieser heiklen Beziehung der Nato-Russland-Rat eingerichtet, der jedoch sein Potential zur Deeskalation erst noch unter Beweis stellen muss. So wurde er gerade im Verlaufe des Georgien-Konflikts ausgesetzt und dadurch als diplomatisches Drohpotential missbraucht. Mittlerweile wurden die Gespräche wieder aufgenommen.

Die vorliegende April-Ausgabe der Reihe Recherche Spezial bietet zu den oben genannten Themen, wie auch zu den Konsequenzen des Nato-Beitritts innerhalb der Länder selbst, aktuelle Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung aus dem deutsch- und englischsprachigen Raum. Berücksichtigt wurden Literatur- und Forschungsnachweise der vergangenen fünf Jahre aus den Datenbanken SOLIS und SOFIS sowie neueste Einträge in den CSA-Datenbanken. Die Nachweise enthalten bibliographische Angaben und kurze inhaltliche Beschreibungen und sind thematisch in sieben Kapitel gegliedert.

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in www.sowiport.de eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht. Die Nachweise und Abstracts aus den CSA-Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Nato-Strategien in Osteuropa

[1-L] Afanasjev, Valeri:

Die Rolle Deutschlands in der NATO-Osterweiterung, in: Heiner Timmermann, Helmut Wagner (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand : Europa und die USA zwischen Bruch - Irritation - Kooperation, Münster: Lit Verl., 2005, S. 134-147, ISBN: 3-8258-8445-7 (Standort: UB Regensburg(355)-51/ML/1100/T584)

INHALT: Der Verfasser stellt die deutsche Außenpolitik in den verschiedenen Runden der NATO-Osterweiterung dar. Im Mittelpunkt steht das deutsche Interesse an der Osterweiterung der NATO, begründet nicht zuletzt darin, dass Deutschland aus einer "schwierigen Randlage" in eine "vorteilhafte Mittellage" zu gelangen trachtete. Der Verfasser unterscheidet drei Perioden: 1990-1992 (DDR), 1992-1999 (Polen, Tschechische Republik, Ungarn) und 1999-2002 (baltische Staaten, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien). Der westlichen - nicht zuletzt der deutschen - Diplomatie gelang es, die negative Reaktion Russlands auf diese Erweiterungswellen in Grenzen zu halten. Die Bundesrepublik hat in diesem Prozess eine Politik des Ausgleichs betrieben, ohne ihre Westbindung zu verleugnen, und damit ihr Ansehen in Ost und West gemehrt. (ICE2)

[2-L] Buro, Andreas:

OSZE statt NATO: Alternativen zur Gewalteskalation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 10, S. 77-81 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag bezieht sich auf das Fallen des "Eisernen Vorhangs" und die sich daraus ergebenden Friedenshoffnungen für Europa nach dem Fall der Mauer. Damit war die Erwartung verbunden, dass die Zeit der "Konfrontation und Teilung" der Vergangenheit angehört. Der Beitrag vertritt die Auffassung, dass die USA den jungen osteuropäischen Demokratien den NATO-Beitritt quasi aufgedrängt haben, um Russland "einzukreisen". Es werden verschiedene Erweiterungsrunden der NATO dargestellt, verbunden mit der Annahme, dass die Neuaufnahmen in die NATO eben nicht auf genuinem Drängen der Beitrittskandidaten beruhten, um etwa dem jahrzehntelangen russischen Einfluss zu entfliehen - sondern gewissermaßen auf einem amerikanischen Masterplan zur "Einkreisung" der Russen basierten. Die Amerikaner wollten die "russische Schwäche" nutzen. Entsprechend werden auch die Kriege im Irak und in Afghanistan in den Kontext der "Einkreisungsstrategie" eingebettet. Der Beitrag beklagt, dass die Friedenssehnsüchte, die mit dem Ende der bipolaren Welt im Konzept des "Gemeinsamen Hauses Europa" gebündelt worden waren, nicht in eine Welt der "Kooperation und Zusammenarbeit" mündeten. Statt dessen gab es nach wie vor Machtinteressen der Nationen. Es werden detailliert rüstungstechnische und politische Entwicklungen vorgestellt, die belegen, dass es den Amerikanern immer um die Ausweitung ihrer Machtposition ging. Militärisches Machtstreben der USA ist demnach offensiv zu sehen, während das der Russen als defensiv beschrieben wird. Entsprechend kann der Beitrag Verständnis zeigen für den russischen "Gegenstoß" gegen Georgien: Russland konnte mit seinen "weit überlegenen Truppen" ein Zeichen setzen, dass es seinen "Einflussbereich" auch militärisch zu behaupten gedachte. Der Artikel möchte schließlich der "zivilen Konfliktlösung" den Vorzug vor kriegerischen Antworten geben. Es wird der Vorschlag unterbreitet, dass die "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (OSZE) die Sicherheit und den Frieden Europas anstelle der NATO garantieren sollte. Ein "ständiger Dialog über Interessen und Kooperationsmöglichkeiten" sollte geführt werden. In der OSZE könnte ein "Schieds-Mechanismus" entwickelt werden, der sich etwa "Minderheitenproblematiken" in den Mitgliedsstaaten widmen könnte. Es wird die Forderung ausgesprochen, dass Georgien eine "Versöhnungsinitiative" gegenüber den Abchasen und Südosseten starten sollte. Der Beitrag wünscht sich abschließend ein Handeln nach der Devise: "Einbindung statt Ausgrenzung - Kooperation statt Konfrontation". (ICB)

[3-CSA] Carpenter, Ted Galen:

A New Era of Turbulence in the Balkans?, , in: Mediterranean Quarterly 2008, 19, 3, Summer, 6-22., 2008, ISSN: 1047-4552

INHALT: Argues that the relative quiet of recent years in the Balkans may be coming to an end largely as a result of US & European ally policies. Detailed are four developments involving Western powers that are seen as particular cause for concern: (1) controversy surrounding Kosovo's declaration of independence; (2) Western tinkering with the tenuous Dayton accords; (3) growing reluctance regarding further EU expansion; & (4) NATO enlargement to include some successor states of the former Yugoslavia. D. Edelman

[4-CSA] Cooley, Alexander:

How the West Failed Georgia, , in: Current History 2008, 107, 711, Oct, 342-344., 2008, ISSN: 0011-3530

INHALT: Argues that the transatlantic community's divergent interests, indifference to Georgia's frozen conflicts, poor policies with regard to Kosovo independence & NATO expansion, conflicting priorities, & diplomatic missteps fostered the kind of political environment perfect for the August 2008 Georgian-Russian war. Discussion begins by outlining the differences between US & EU relations with Georgia following the Rose Revolution. While this lack of coherence proved harmful, its damage was eclipsed by the Euro-Atlantic's response to Kosovo's declaration of independence & the issue of Georgia's NATO admission, which antagonized Russia. Given the West's indirect responsibility for the war, it is urged to united action to resolve the conflict.

[5-L] Dzebisashvili, Kakhaber:

Die Verdammnis der Peripherie: Sicherheitsinteressen im Kaukasus, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 53/2007, H. 5 = Nr. 450, S. 49-55 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_10753_1.pdf)

INHALT: Der Autor geht davon aus, dass das russische Sicherheitsdilemma im Kaukasus traditionell mit dem Gedanken der unabdingbaren primären Dominanz in der gesamten Region verknüpft wird. Der Krieg in Tschetschenien, die fragile Lage in den Republiken des russischen Nordkaukasus und das "Big Game" um die kaspischen Energieressourcen im einundzwanzigsten Jahrhundert machen die Bedeutung des südkaukasischen geopolitischen Raumes für Russland extrem groß. Der Verfasser setzt sich mit den Entwicklungen der Beziehungen zwischen Russland und Georgien, insbesondere mit der prowestlichen Orientierung Georgiens nach der sog. 'Rosenrevolution' auseinander und zeigt, dass für den Westen die komplizierte geopolitische Lage im Südkaukasus eine große Herausforderung ist. Er untersucht die Positionierung Aserbaidschans und die Rolle Armeniens. Es wird argumentiert, dass die Aufnahme Georgiens in die NATO ein erster, zugleich aber der wichtigste Schritt für die Eindämmung der hegemonialen Ansprüche Russlands im Kaukasus und für die Sicherung der prowestlichen Orientierung sowohl Armeniens als auch Aserbaidschans wäre. Wenn es den USA und der EU gelingt, durch die Integration beider Länder in die europäischen Strukturen auch den Konflikt um Bergkarabach zu entschärfen und einen Kompromiss mit Aserbaidschan zu finden, könnte das die endgültige Niederlage Russlands und die prowestliche Orientierung in der gesamten kaukasischen Region bedeuten. (ICG2)

[6-L] Gareis, Sven Bernhard; Hagen, Ulrich vom:

The difficult practice of military multinationality: the case of the multinational corps Northeast in Szczecin, in: Franz Kernic, Paul Klein, Karl Haltiner (eds.): The European armed forces in transition : a comparative analysis, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 157-175, ISBN: 3-631-53366-7

INHALT: Die Studie zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik bzw. Militärpolitik in Europa untersucht am Beispiel des Multinationalen Korps Nordost (MNK NO) der NATO im polnischen Szczecin die

auftretenden Probleme bei der Schaffung integrierter militärischer Multinationalität. Das Korps formiert sich 1999 und besteht aus Streitkräften Deutschlands, Dänemarks und Polens. So werden in einem ersten Schritt zunächst die Formation, die Implikationen und die Motive der teilnehmenden Nationen dargestellt. Ferner werden die Aufgaben und die Organisationsstruktur des MNK NO skizziert. Das Forschungsprojekt zum MNK NO von 2001/2002 untersucht (1) die Interaktion zwischen den dänischen, deutschen und polnischen Soldaten sowie (2) die strukturellen Gegebenheiten und (3) liefert Empfehlungen für das Korps, die teilnehmenden Nationen sowie die integrierten multinationalen Strukturen im Allgemeinen. Die Ergebnisse basieren auf teilnehmender Beobachtung sowie Interviews mit dem militärischen Personal und gliedern sich in die folgenden Punkte: (1) Aufgaben und Anforderungen an das MNK NO, (2) Kommunikation, (3) Kooperation sowie (4) Kohäsion und organisatorische Verpflichtung. Der militärischen Einheit MNK NO kommt im Hinblick auf die mögliche Bildung europäischer multinationaler Kernstreitkräfte eine große Bedeutung zu, indem sich perspektivisch die integrierte Multinationalität in eine militärische Transnationalität transformiert. (ICG2)

[7-L] Giessmann, Hans J. (Hrsg.):

Security Handbook 2004: the twin enlargement of NATO and EU, (Demokratie, Sicherheit, Frieden, Bd. 168), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2004, 304 S., ISBN: 3-8329-0880-3

INHALT: Die jüngste Erweiterungsrunde der NATO und der EU im Frühjahr 2004 wird von vielen Beobachtern als letzter Schritt zur Überwindung der Teilung Europas betrachtet. Selbst wenn man sich dieser Sicht anschließen will, so ist doch zu konzedieren, dass die erste Erweiterungseuphorie der 90er-Jahre verebbt ist. Sowohl die EU als auch die nordatlantische Allianz stehen vor neuen und großen Aufgaben und es gilt noch zu beweisen, dass diese erweiterten Organisationen adäquat in der Lage sein werden, der sicherheitspolitischen Herausforderungen Herr zu werden. Wie sich z. B. die Balance zwischen nationalstaatlichen Interessen und einer kohärenten Außenpolitik der EU entwickeln wird und welche Auswirkungen dies auf die Fähigkeit der EU haben wird, als Akteur in der internationalen Politik aufzutreten, bleibt abzuwarten. Auch ist nicht auszuschließen, dass die Erweiterung zu einer weiteren inneren Fragmentierung beider Sicherheitsinstitutionen führen wird, die letztlich die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der NATO und der EU untergraben könnten. Vor diesem Hintergrund untersuchen die Autoren die nationalen Interessen einiger mittelosteuropäischer Staaten bezüglich der doppelten Erweiterung sowie der daraus erwachsenden Konsequenzen und vergleichen diese mit den diesbezüglichen Ordnungsvorstellungen der NATO, der Europäischen Union und Russlands. Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Introduction: Hans J. Giessmann: The Twin Enlargement of NATO and EU (9-22); II. The Framework of Enlargement: EU, NATO, and Russia: Antonio Missiroli: Enlarging CFSP/ESDP (25-33); Olaf Theiler: 'All for one and one for all?' Mistrust, Rivalry and the Enlargement of NATO and the EU (34-47); Andrei V. Zagorski: Russia's Interest in the Context of the Twin-Enlargement (48-58); III. The New Central European NATO and EU Members: Country Studies: Plamen Ralchev: Bulgaria (61-94); Radek Khol: Czech Republic (95-120); Feliks Angelstock: Estonia (121-146); Pal Dunay: Hungary (147-179); Indre Mackeviciute: Latvia (180-196); Indre Mackeviciute: Lithuania (197-214); Andrzej Karkoszka: Poland (215-241); Liviu E. Muresan: Romania (242-270); Ivo Samson: Slovakia (271-286); Anton Grizold: Slovenia (287-297). (ZPol, VS)

[8-L] Hagelberg, Robin:

The European security system and its repercussions upon spheres of influence, Genève 2006, 411 S. (Graue Literatur; doc.rero.ch/lm.php?url=1000,40,3,20070829085919-AR/these-HagelbergR.pdf)

INHALT: Geopolitische Interessen wirtschaftlicher, kultureller, historischer, politischer und insbesondere sicherheitspolitischer Natur bewegen die Staaten, ihre Einflusszonen zu schützen. Gleichzeitig zwingen diese Interessen die Staaten zur Kooperation. Die Sicherheitsinteressen sind das wichtigste Motiv für Staaten, ihre Einflusszonen einseitig oder durch Zusammenarbeit durchzusetzen. Man kann so nach dem 'Kaltem Krieg' die wichtige Rolle verstehen, die neben solchen Sicherheitsinstitutionen wie der NATO und der EU die verschiedenartigen geopolitischen Koalitionen zwischen europäischen Staaten spielen. Es wird argumentiert, dass das Konzept des 'defensiven' Neo-Realismus ein

geeigneter theoretischer Ansatz ist, um die wesentlichen Interessen und die Präferenzen der Staaten in Europa zu analysieren. Das Ziel der Studie ist, diesen Ansatz anzuwenden, um die Einflussphären der europäischen Staaten analytisch zu erfassen. Es wird gezeigt, dass nicht nur westeuropäische Staaten wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien, sondern auch Russland und die Türkei bemüht sind, auf einer bilateralen Basis und innerhalb internationaler Institutionen ihre jeweiligen Einflussbereiche beizubehalten. Vor diesem Hintergrund werden die Dimensionen des Europäischen Sicherheitssystems untersucht. Dabei werden sowohl das Konzept dieses Systems als auch die einzelnen Sicherheitsinstitutionen innerhalb und außerhalb der EU präsentiert. Anschließend werden die Konsequenzen der Integration Ost- und Ostmitteleuropas in die europäischen Institutionen dargestellt. Die konzeptuellen und strategischen Differenzen zwischen den einzelnen westeuropäischen Staaten hinsichtlich der Sicherheitsarchitektur Europas, der Osterweiterung der EU sowie der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei stellen Schwerpunkte der Studie dar. Die geopolitischen Interessen Deutschlands und Frankreichs werden mit besonderer Berücksichtigung ihrer Zusammenarbeit als ursprünglicher Kern Europas präsentiert. Die Konsequenzen der Erweiterung dieses Kerns durch Russland werden in diesem Kontext untersucht. Es wird argumentiert, dass die NATO weiterhin die wichtigste Sicherheitsinstitution ist und dass die transatlantischen Beziehungen als ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur anzusehen sind. (ICF2)

[9-L] Kamp, Karl-Heinz:

NATO-Erweiterung nach dem Gipfel von Riga. (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 32), Sankt Augustin 2006, 6 S. (Graue Literatur;
www.kas.de/db_files/dokumente/analysen_und_argumente/7_dokument_dok_pdf_9646_1.pdf)

INHALT: "Obgleich die NATO-Erweiterung auf dem NATO-Gipfel von Riga keine herausgehobene Rolle spielte, bleibt die Mitgliedschaftsfrage auf der Agenda. Nach der letzten Aufnahmerunde im Jahr 2004 gelten nach wie vor drei Länder offiziell als Beitrittskandidaten: Albanien, Kroatien und Mazedonien. Mit dem amerikanischen Eintreten für die Ukraine und Georgien sind weitere potentielle Mitglieder ins Spiel gebracht worden. Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro werden ebenfalls langfristig die Aufnahme in das Bündnis anstreben. Während es in der Vergangenheit zu heftigen Debatten sowohl mit Russland, als auch innerhalb der Allianz gekommen war, findet die Erweiterungsfrage derzeit kaum Resonanz. Das entbindet das Bündnis aber nicht, sich über den Fortgang der Politik der 'Offenen Tür' Klarheit zu verschaffen. Das gilt umso mehr, als die NATO für das Frühjahr 2008 ein weiteres Gipfeltreffen plant, das sich im Schwerpunkt mit der Erweiterungsfrage befassen soll. Drei Leitfragen sind für die Konsensfindung im Bündnis hilfreich: Welche Lehren lassen sich aus den vergangenen Erweiterungsrounden ziehen? Welche Folgerungen ergeben sich aus dem jüngsten Eintreten der USA für den raschen NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine? Was sind die Konsequenzen für künftige Mitgliedschaftsentscheidungen?" (Autorenreferat)

[10-CSA] Kiraly, Attila:

Disguises, , in: WeltTrends 2008, 60, May-June, 36-37., 2008, ISSN: 0944-8101

INHALT: The European NATO-countries want to prevent the implementation of the 'action plans for membership' for the Ukraine & Georgia. The US administration, however, disguised the accession perspective in a promise that later both of them could become members. The Europeans acquiesced. However, that is more than an 'action plan' & any US administration will regard this decision as a mandate.

[11-CSA] Kiraly, Attila:

Power Politics over Kosovo, , in: WeltTrends 2008, 59, Mar-Apr, 16-19., 2008, ISSN: 0944-8101

INHALT: An article that discusses the German interests and the power politics over Kosovo over the last century, including the wars on the Balkan in 1912/1913, the reorganization of the region over the years, and the way interests are cloaked under a the mantle of 'freedom' and 'human rights.' The article includes the positions of the UN and NATO.

[12-L] Körber Stiftung Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg.):

Das Schwarze Meer zwischen der EU und Russland: Sicherheit, Energie, Demokratie, (Bergedorfer Gesprächskreis : Protokoll, 134), Hamburg: Ed. Körber-Stiftung 2007, 131 S., ISBN: 978-3-89684-245-9

INHALT: Gibt es eine eigene Identität der Schwarzmeerregion? Wie steht es um die Interessen von Russland, NATO und den USA an dieser geo- und energiepolitisch wichtigen Region? Diese und weitere Fragen waren Gegenstand einer Diskussion von Experten und Politikern - unter ihnen Volker Rühle, Gernot Eler und Ruprecht Polenz sowie Diplomaten und Parlamentarier aus Großbritannien, Georgien, Rumänien, der Republik Moldau, der Türkei und der Ukraine - die im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises im Juni 2006 in Odessa stattfand. Welche Rolle die EU im Rahmen ihrer eigenen Stabilität und (Energie)Sicherheit in dieser Region spielen sollte und inwieweit sie eine eigene Schwarzmeer-Strategie verfolgen sollte, wurde von den Teilnehmern unterschiedlich beurteilt, ebenso war die Unterstützung regionaler Kooperation durch die EU umstritten. Fürsprache hingegen fand die Berücksichtigung der Interessen und Vorbehalte Russlands. (ZPol, NOMOS)

[13-L] Larrabee, F. Stephen:

Gefahren und Chancen in Osteuropa, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 35/2007, Nr. 2, S. 65-75 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser geht von der Annahme aus, dass Osteuropa derzeit wichtige Veränderungen erlebt, die Europas Sicherheit untergraben und Amerikas Interessen schädigen könnten. Ihm zufolge droht die Zunahme nationalistischer und populistischer Kräfte in einigen osteuropäischen Ländern, den Reformprozess zu untergraben. Die Erweiterungsmüdigkeit in der EU sowie lauter werdende Forderungen nach einem Protektionismus in Westeuropa sind geeignet, die Maßnahmen zum Aufbau eines einheitlichen europäischen Marktes und der vollen Integration der neuen EU-Mitgliedstaaten zusätzlich zu behindern. Das vergangene Jahrzehnt wird als eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums und wachsenden Wohlstands für Osteuropa gekennzeichnet. Die Welle der liberalen Wirtschaftsreformen ist bereits vorbei. Die europa- und marktfreundlichen politischen Parteien haben in der ganzen Region an Boden verloren und wurden in einigen Ländern durch Koalitionen ersetzt, die sich für Nationalismus und Populismus stark machen. Vor diesem Hintergrund werden die neuen Aufgaben der NATO und die Probleme der europäischen Integration analysiert. Es werden die Spannungsverhältnisse zwischen dem Bekenntnis der osteuropäischen Staaten zur Atlantikpolitik und zur europäischen Identität sowie die Rückkehr Russlands als Faktor der internationalen Politik untersucht. Abschließend werden die Perspektiven der Ostpolitik der USA zur Diskussion gestellt. (ICG)

[14-CSA] Lasas, Ainius:

Restituting victims: EU and NATO enlargements through the lenses of collective guilt, in: Journal of European Public Policy 2008, 15, 1, Jan., 98-116., 2008, ISSN: 1350-1763

INHALT: Following the disintegration of the Soviet bloc, many Central and Eastern European countries launched a vigorous 'come back to Europe' campaign, which primarily focused on accession to NATO and the European Union. I interpret the decisions of the Euro-Atlantic community to enlarge eastward as a historical restitution for countries affected by the 'black trinity': the Munich Agreement, the Molotov-Ribbentrop Pact, and the Yalta-Potsdam Conferences. Collective guilt of the Euro-Atlantic community transformed the process of accession by constraining the opposition, creating a sense of urgency, and shaping the geographical scope of Eastern enlargement.

[15-CSA] Legendre, Thierry:

The North Atlantic Treaty Organization's Future Role in Energy Security, in: The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations 2007, 8, 2, Summer-Fall, 29-35., 2007, ISSN: 1538-6589

INHALT: At its Nov 2006 summit in Riga, Latvia, the North Atlantic Treaty Organization (NATO) member states agreed that energy security is an issue of critical importance which NATO must address. This is not a new issue. NATO's Strategic Concept of 1999 mentions 'disruption of the flow of vital resources,' as have other documents. It is noted that 'disruption' can result from many things other than political decisions, eg, underinvestment & an aging infrastructure in the energy-producing countries. This is particularly true of Russia, which provides 22% of the natural gas imported by the European members of the Organization for Economic Cooperation & Development (OECD). Other vulnerabilities stem from lines of communication & transportation. Three reasons for NATO's involvement in energy security are noted: (1) NATO now includes many Central & Eastern European states among its members with different threat perceptions & needs. (2) NATO has developed partnerships with non-members -- from Russia to North Africa. (3) Security has taken on a broader meaning since the Cold War ended. The areas in which NATO should play a part include monitoring energy security through political dialogue, providing security assistance to allies, providing maritime surveillance, & engaging in interdiction operations.

[16-CSA] NATO:

Partners in the Southern Caucasus., in: 8p NATO Backgrounder, 2007, North Atlantic Treaty Organization

INHALT: NATO is deepening cooperation with its Partner countries in the southern Caucasus -- Armenia, Azerbaijan and Georgia. This reflects the decision taken by Allied leaders at the Istanbul Summit in June 2004 to make partnership with the Caucasus region, as well as with Central Asia, a priority for the Alliance, and it is part of NATO's policy to reach out to strategically important regions, where security and stability is closely linked to wider Euro-Atlantic security.

[17-L] Nowak, Jerzy M.:

Changes in NATO and Poland's national interest, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): International security in a time of change: threats - concepts - institutions : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 331-354, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Der Verfasser zeigt zunächst, mit welchen Herausforderungen sich die NATO in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges auseinandersetzen muss. Im Mittelpunkt stehen hier die Abnahme territorialer Bedrohung und die Zunahme asymmetrischer und unkonventioneller Bedrohungen, die Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit und die Entwicklung einer "neuen" Verteidigungsfähigkeit. Das Interesse gilt im Folgenden der Solidaritätskrise innerhalb der NATO Anfang 2003 im Vorfeld des Irak-Krieges, die die strategische Diffusität der NATO sichtbar machte. Der Verfasser diskutiert die klassischen Ziele der NATO im Kontext der neuen Herausforderungen. Er fragt zudem nach der Position der NATO in Europa - nach der Institutionalisierung und Konsolidierung der US-Präsenz, nach transatlantischen Lösungen im Verhältnis zu Russland und zur Ukraine und nach der künftigen Strategie der NATO in Europa. Abschließend wird dargestellt, wie eine Anpassung der polnischen Interessen an die Entwicklung der NATO aussehen kann und welche strategischen, materiellen und psychologischen Probleme sich in diesem Kontext ergeben. (ICE)

[18-CSA] Overhaus, Marco:

NATO after Riga, in: Internationale Politik 2007, 62, 1, Jan, 116-121., 2007, ISSN: 1430-175X

INHALT: The challenges facing NATO are examined, summarizing the issues debated at the NATO summit in Riga, Latvia, in November 2006. The differences between traditionalists & expansionists on the future of this military alliance are pointed out, noting the latter's insistence on the growth of NATO along both the geographic (ie, enlarging its membership) & functional (ie, assuming more tasks & activities) dimension. The crisis in Afghanistan dominated the meeting, but other questions were also addressed, including: (1) the development of the political document known as Comprehensive Political Guidance, (2) creating a response force trained also in civilian operations, (3) closer cooperation between individual member states on the initiative of Special Operations Forces, (4) colla-

boration between the military & civilian agencies in crisis areas, (5) coordination of policies & actions between NATO & the European Union's (EU) security & defense policy, (6) cooperation with various countries & regional organizations within partnerships for peace, & (7) the status of future NATO membership for such countries as Croatia, Macedonia, Albania, the Ukraine, Georgia, Bosnia & Herzegovina, Serbia, & Montenegro.

[19-L] Pradetto, August (Hrsg.):

Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung: zwischen postbipolarem Institutionalismus und offensivem Realismus, (Strategische Kultur Europas, Bd. 2), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 376 S., ISBN: 3-631-51234-1 (Standort: UB Bonn(5)-2004-6232)

INHALT: "Die Aufgabe des vorliegenden Bandes ist es, die unterschiedlichen Perzeptionen und Interessen herauszuarbeiten, die das Vorgehen wichtiger Allianzmitglieder sowie Russlands in der zweiten Runde der NATO-Osterweiterung bestimmten. Dabei wird in den Beiträgen schnell deutlich, dass eine Bewertung der jeweiligen Position in der Frage der Erweiterung nicht zu trennen ist von der generellen jeweiligen NATO-Politik sowie darüber hinausgehend von den Konzeptionen, Einstellungen, Traditionen und Werthaltungen der jeweiligen Außen- und Sicherheitspolitik generell. Solcherart macht die Analyse wesentliche Aspekte der jeweiligen nationalen 'strategischen Kultur' deutlich." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: August Pradetto: Zwischen postbipolarem Institutionalismus und offensivem Realismus: Von der ersten zur zweiten Runde der NATO-Osterweiterung (7-26); Matthias Dembinski: Marginalisieren oder Runderneuern? Die USA und die NATO nach dem Prager Gipfel (39-74); Françoise Manfrass-Sirjacques: Die neue NATO-Osterweiterung: Ein französischer Standpunkt (75-102); Jennifer Medcalf: Das Vereinigte Königreich und die zweite Runde der NATO-Erweiterung (103-132); Roberto Menotti/Sonia Lucarelli: Das erweiterte Bündnis und seine ungewisse Zukunft: Eine italienische Sichtweise (133-152); Manfred Knapp: Die Haltung Deutschlands zur zweiten Runde der Osterweiterung der NATO (153-180); Erhard Cziomer: Polen und die zweite NATO-Osterweiterungsrunde (181-192); Radek Khol: Die Tschechische Republik und die zweite Runde der NATO-Erweiterung (193-212); Anton Bebler: Der Prozess der NATO-Erweiterung, demokratische Werte und Slowenien (213-236); Vahur Made: Die NATO-Mitgliedschaft Estlands: Der erfolgreiche Abschluss eines zunächst aussichtslos scheinenden Vorhabens (237-266); Georgi Stoilov: Demokratie durch Sicherheit: Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung aus der Perspektive Bulgariens (267-278); Frank Umbach: Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung aus der Sicht Russlands (279-320).

[20-CSA] Priego, Alberto:

NATO after the Riga Summit: The Door Remains Open, in: UNISCI Discussion Papers <http://www.ucm.es/info/unisci> 2007, 13, Jan, 71., 2007, ISSN: 1696-2206

INHALT: In Riga, the capital of Latvia, NATO held its latest summit. It has been the Summit of the reconciliation. There, members of NATO adopted the fundamental guidelines for the future of the Alliance. Among the most important topics were the Global Partners initiative, the situation in Afghanistan or the transformation of NATO which started in Praga (2002), etc. Nevertheless, the most important issue for the following years could be the integration of Georgia & Ukraine into NATO. We can summarize the Summit in the following statement made by George W. Bush: 'NATO's door remains open.'

[21-CSA] Riecke, Henning; Koschut, Simon:

NATO's Global Aspirations, in: 7p, 2008, German Council on Foreign Relations

INHALT: Bucharest was initially dubbed the 'enlargement summit.' But this epithet was soon obsolete, despite the go-ahead for Albania and Croatia to join. Western European opposition to Ukrainian and Georgian membership plans was too strong. Would enlargement necessarily increase NATO's capacity?

[22-L] Schenker, Harald:

Macedonia - the imperative of success, in: Malte Brosig (ed.): Human rights in Europe : a fragmented regime?, Frankfurt am Main: P. Lang, 2006, S. 246-256, ISBN: 3-631-54458-8 (Standort: UB Heidelberg(16)-2006A11654)

INHALT: Der Beitrag zur Entwicklung und Institutionalisierung der Menschenrechte in Europa beschreibt die Rolle der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der EU, bei der Bemühung um die Post-Konflikt-Stabilisierung der multiethnischen Republik Mazedonien und den weiteren Prozess der europäischen Integration. Der erste Schritt liefert eine Darstellung des historischen Hintergrundes, des Balkan-Kriegs seit Anfang der 1990er Jahre, der späteren Friedenssicherung durch UN-Truppen und schließlich die ethnischen Konflikte zwischen Albanern und Mazedoniern zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund betrachtet der zweite Schritt den Wandel der Sicherheits- und Friedenspolitik gegenüber Mazedonien von der Prävention zur Rehabilitation seitens der internationalen Organisationen bzw. Institutionen UN, NATO, OSZE, EU sowie der USA. Der dritte Schritt veranschaulicht abschließend die Herausforderung der euro-atlantischen Integration des Balkanstaates in die NATO und die EU, um auf diese Weise die Stabilität in der Region zu forcieren. (ICG)

[23-CSA] Sherr, James:

Destination Unknown, in: The World Today 2008, 64, 8-9, Aug-Sept, 30-32., 2008, ISSN: 0043-9134

INHALT: As ever between NATO and Ukraine, the process advances, the destination is in doubt. Or so it seemed until the Bucharest summit declaration of April 3. The statement that Ukraine and Georgia 'will become members of NATO' was designed to remove doubt. Yet it was also designed to alleviate pressure on the organisation. Four months later, as the European Union prepares for its summit with Ukraine, pressure remains and doubt has returned.

[24-L] Stöckel, Frens:

Strategien und Einflüsse von EU, NATO und OSZE auf osteuropäische Transformationsstaaten: zur Entwicklung paneuropäischer Sicherheitskooperation und Demokratieförderung zwischen 1989 und 2005, Berlin: Logos-Verl. 2007, 344 S., ISBN: 978-3-8325-1488-4 (Standort: UB Bonn(5)-2007/4784)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst auf theoretischer Ebene mit der Thematik auseinander und entwickelt das Konzept eines konstruktivistischen Neoinstitutionalismus, auf dem die nachfolgende Untersuchung aufbaut. Im empirischen Teil werden dann OSZE, NATO und EU und ihre relevanten Unterinstitutionen dargestellt, wobei die fortwährenden Institutionalisierungs- und Adaptionsprozesse der drei Organisationen während der letzten 15 Jahre Aufschluss über formale Fähigkeiten zur Einflussnahme geben. Der reale Einfluss der drei Organisationen wird anhand von drei Fallstudien zur Ukraine, zu Moldau und zu Weißrussland untersucht. Für jedes der drei Länder wird für den Zeitraum von 1989 bis 2005 nach Veränderungen gefragt, die sich auf das Verhalten der politischen Eliten und Institutionen wie auch auf sozialen Wandel im allgemeinen beziehen und dem Einfluss der drei internationalen Organisationen zugeschrieben werden können. Resümierend wird abschließend gefragt, in wie weit eine rein zweckrational-strategische Handlungs- und Kooperationslogik von einer durch Normkonformität, gemeinsamen sozialen Realitätskonstrukten und Wertverpflichtung ausgezeichneten Handlungslogik im Sinne des Leitbilds einer europäisch-demokratischen Sicherheitsgemeinschaft ersetzt werden konnte. (ICE2)

[25-L] Winkler, Jan; Kurfürst, Jaroslav:

Eine gemeinsame Sicherheitsstrategie für Europa: die Prager Perspektive, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 4, S. 47-52 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit den Zielen und Strategien einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aus der Sicht der Tschechen und gibt einen Überblick über die bisher

durchgeführten Schritte, auch in Richtung einer besseren Zusammenarbeit zwischen EU und NATO. Thematisiert werden die Vorteile der ESVP, insbesondere präemptives und präventives Engagement, effektiver Multilateralismus sowie als wichtigste Herausforderung für die Umsetzung der EU-Sicherheitsstrategie der politische Wille zur Planung und zum Einsatz von Gewalt. Zusätzlich wird daran erinnert, dass Tschechien eine auf gemeinsamen politischen Zielen beruhende ESVP unterstützt, nicht jedoch eine ESVP als Werkzeug zur Ausformung Europas zu einem der Pole einer multipolaren Welt. Gleichzeitig wird die unersetzliche Rolle der NATO betont, die geteilte Werte, geteilte Sicherheit, wie auch geteilte Kosten repräsentiert und gewährleistet, dass die Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks gemeinsam handeln. Es geht um eine einmalige historische Gelegenheit, über die gemeinsame euro-atlantische Vision einer Welt von heute und morgen nachzudenken. Die Europäische Sicherheitsstrategie stellt ein Stück dieses Mosaiks dar. (ICH)

2 Wege der neuen Mitglieder in der Nato

[26-L] Beckmann, Rasmus:

Deutschland und Polen in der NATO: gemeinsame Mitgliedschaft - unterschiedliche Interessen, in: Thomas Jäger, Daria W. Dylla (Hrsg.): Deutschland und Polen : die europäische und internationale Politik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 161-185, ISBN: 978-3-531-15933-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4092)

INHALT: Außenpolitische Prozesse können dem Autor zufolge auf drei unterschiedlichen Analyseebenen untersucht werden: auf der Ebene des Individuums, der staatlichen Herrschaftsform sowie der internationalen Machtstrukturen und Institutionen. Aus struktureller Sicht (dritte Ebene) ergibt sich folgendes Bild der NATO während des Ost-West-Konflikts: Sie war ein Bündnis von Nationalstaaten, die Teile ihrer sicherheitspolitischen Ressourcen zusammenlegten, um gemeinsam ein Gegengewicht zum antagonistischen Bündnis des Warschauer Pakts zu bilden. Nach Auflösung dieses antagonistischen Bündnisses ist demzufolge mit einer Tendenz zur Renationalisierung der Sicherheitspolitik der Einzelstaaten zu rechnen. Der Autor untersucht ausgehend von dieser Renationalisierungsthese die jeweiligen politischen Interessen Deutschlands und Polens in der NATO. Seine Analysen beziehen sich auf (1) Polens Beitritt zum transatlantischen Bündnis, (2) die NATO-Politik der beiden Länder im Zeitraum vom Washingtoner Gipfeltreffen 1999 bis zum transatlantischen und innereuropäischen Zerwürfnis über den Irakkrieg und (3) den Prozess der Rekonsolidierung der Allianz mit dem Konflikt über die Stationierung eines Teils des Raketenabwehrsystems Ballistic Missile Defence (BMD) der USA auf polnischem Territorium. (ICI2)

[27-L] Bozhko, Sergiy:

Prerequisites and factors in the formation of the system of security and cooperation in the Baltic Sea region, in: Bernd Henningsen (Hrsg.): Changes, challenges and chances : conclusions and perspectives of Baltic Sea Area Studies, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2005, S. 129-143, ISBN: 3-8305-1082-9 (Standort: BSB München(12)-2006.11436)

INHALT: "The author defines prerequisites and factors influencing the formation of the system of security and cooperation in the Baltic Sea region. Three levels of analysis - systemic, regional and domestic - are used. Factors at all these levels force the emergence of a system of security and cooperation in the Baltic Sea region. The systemic prerequisite is the dissolution of the bipolar structure of the international system. The systemic factors are the need to engage Russia in the region-building process and the enlargement of the EU and NATO. The regional-level factor is the existence of common soft security threats that demand collective solution strategies, and the domestic-level factor is shared democratic values. The regional- and domestic-level factors are interrelated. Regular cooperation can gradually change the self-perception of actors and their relationship with the international system. An emerging collective identity reinforces cooperation." (author's abstract)

[28-L] Corbea Hoisie, Andrei:

Rumäniens Beitritt zur NATO und EU, in: Iskra Schwarcz, Arnold Suppan (Hrsg.): Quo vadis EU? : Osteuropa und die EU-Erweiterung, Münster: Lit Verl., 2008, S. 295-307, ISBN: 978-3-8258-1240-9 (Standort: LB Speyer (107)-1084267)

INHALT: Der Beitritt zur NATO und zur EU bietet dem rumänischen Staatsbürger, so der Verfasser, einerseits eine Garantie für eine sichere Zukunft, und andererseits die Möglichkeit der freien Entfaltung des Individuums in einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Außerdem werden dadurch auch die weiterhin nötigen politischen, sozioökonomischen, sowie institutionellen Modernisierungsmaßnahmen gefördert. Darüber hinaus kann Rumänien seiner Stimme auf der europäischen und internationalen Bühne besseres Gehör verschaffen. Durch die Erweiterung hat sich das Land die Möglichkeit geschaffen, sich als ein wichtiges Mitglied der europäischen und euro-atlantischen Gemeinschaft zu erweisen und seine Interessen in die Wirklichkeit umzusetzen. Als Ergebnis der zwei Erweiterungsprozesse erwartet man in Rumänien, dass das Land ein einflussreicher und respektierter Akteur der Allianz und der EU wird. Der Beitritt Rumäniens zur NATO und zur EU bedeutet im regionalen Kontext, die Möglichkeit eines deutlichen Beitrages zu der Neubewertung der geopolitischen und geostrategischen Rolle Südeuropas. Die Aufgabe Rumäniens in dieser Hinsicht ist, sein Spielraum in der NATO und der EU in solcher Weise zu gestalten, dass seine Einsätze die bestmöglichen Ergebnisse für die künftige Entwicklung der Region bewirken. (ICF2)

[29-F] Frank, Cornelia, M.A. (Bearbeitung); Macków, Jerzy, Prof.Dr. (Betreuung):

Postkommunistische Sicherheitspolitik in der doppelten Transformation: die Beziehung zwischen innerstaatlichem und sicherheitsinstitutionellem Wandel. Polen als Fallstudie

INHALT: Entwicklung eines Bezugsrahmens, mit dem die Beziehung zwischen innerstaatlichem und sicherheitsinstitutionellem Wandel im euro-atlantischen Sicherheitsfeld analysiert werden kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie der Transformationsprozess und der sicherheitspolitische Integrationsprozess postkommunistischer Staaten in die NATO und die EU/ ESVP zusammenhängen. Die entwickelten Beziehungstypen und Beziehungsmuster werden anhand der Fallstudie Polen überprüft. *ZEITRAUM:* 1989-2006 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* euro-atlantische Region

METHODE: Konzipiert wird die euro-atlantische Sicherheit im Anschluss an die Feldtheorie von Pierre Bourdieu als soziales Feld. Mit diesem Bezugsrahmen lässt sich der Zwei-Ebenen-Wandel erfassen. *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Frank, C.: Verstehende Sicherheitspolitik als Analysekonzept. Polens Position zur ESVP als Fallbeispiel. Paper für das Panel "Neue Ansätze zur Analyse aktueller Sicherheitspolitik", Offene Tagung der DVPW-Sektion "Internationale Politik" am 6./7. Oktober 2005 in Mannheim. Regensburg 2005, 22 S. (unveröff. Manuskript).

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution; Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und Geographie, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb. Mittel- und Osteuropa (93040 Regensburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0175-1956379, e-mail: cornelia.frank@web.de)

[30-L] Gabanyi, Anneli Ute:

Rumänien in (welchem?) Europa heute, in: Anton Sterbling (Hrsg.): Migrationsprozesse : Probleme von Abwanderungsregionen ; Identitätsfragen, Hamburg: R. Krämer, 2006, S. 89-110, ISBN: 3-89622-078-0

INHALT: Nach der geopolitischen Wende von 1989 wurde für die ehemals kommunistischen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts die Integration in neue geographische und internationale Gruppierungen in Europa zu einer Frage des wirtschaftlichen und politischen Überlebens. Die faktischen Unterschiede in der Politik der westlichen Staaten, die zur Entstehung neuer Trennlinien und zur Bildung von Gruppen von größeren und minderen Integrationschancen im Rahmen der EU geführt haben, wurden mit der Zugehörigkeit der neuen Transformationsstaaten zu unterschiedlichen geopolitischen

Regionen innerhalb Europas begründet. Inzwischen ist die Phase der geopolitischen Instrumentalisierung der Begriffe "Mitteleuropa" und "Südosteuropa" zu Ende gegangen. Stattdessen werden neue geosemantische Hilfskonstruktionen entwickelt. (GB)

[31-CSA] Grizold, Anton:

Slovenia's Defense Policy in a Euro-Atlantic Reality, in: *Mediterranean Quarterly* 2008, 19, 3, Summer, 115-122., 2008, ISSN: 1047-4552

INHALT: Discusses the core premises & components of postindependence Slovenian defense policy. Focus is on the relevant legal framework, particularly the 1994 & 2001 Defense Acts, which advance Slovenia's national defense goals & the means to achieve them. The role of NATO in defining Slovenia defense policy is examined. It is contended that although a national defense policy was realized within the NATO framework & the Slovenian army was modernized, there remains much work to do in the realm of defense reforms. This includes the establishment of a personnel management system & introduction of an administrative & decision-making framework that promotes improved management & efficiency in the Defense Ministry & General Staff. Further, Slovenia's national security is seen as tied to the formation of a wider regional security framework, principally in terms of the collective military & defense capabilities of the EU & NATO. How Slovenia can contribute to NATO as a small member is outlined. D. Edelman

[32-CSA] Hamilton, Daniel S.:

The Baltics: Still Punching Above Their Weight, in: *Current History* 2008, 107, 707, Mar, 119-125., 2008, ISSN: 0011-3530

INHALT: Takes a look at the Baltic states' status 17 years after the Soviet collapse. The centrality of ties with Russia in Baltic public discourse & policy debate is noted, highlighting ethnic tensions & arguments over history that problematize border talks. It is argued that energy politics underpin the volatility of Baltic-Russian relations; Baltic resistance to the German-Russian Nord Stream project illustrates Baltic concerns over Russian propensity to use energy as a weapon. Attention is then given to Baltic economic conditions, highlighting the impact of massive labor migration & focusing on Estonia's progress in the global economy; Baltic attitudes toward the EU & NATO; & Baltic efforts to assist democratization to their east, eg, in Ukraine & Belarus.

[33-L] Hansen, Dirk:

Die Baltischen Republiken - auf dem Wege zu sich selbst und zurück in die Mitte Europas, in: *Deutsche Studien : Vierteljahreshefte*, Jg. 39/2004, H. 149, S. 102-109 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X1155; USB Köln(38)-XA65; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zeigt, dass der Begriff der Deutschen vom "Baltikum" ein mitgebrachter, kein "einheimischer" ist. Mag die Geschichte - und nicht zuletzt die der sowjetischen Okkupation - den drei Ländern noch so gemeinsam sein - Sprache, Kultur und Selbstverständnis sind nicht "baltisch", sondern jeweils eigenständig und bei aller Hinwendung zur Moderne auch sehr traditions- und nationalbewusst. Der Autor arbeitet dennoch die Gemeinsamkeiten der Lage der baltischen Länder nach der EU-Osterweiterung heraus. Das Ziel aller wirtschaftspolitischen Orientierung heißt: Kampf gegen die Korruption, weg von der alten Abhängigkeit vom großen russischen Nachbarn, hinein in die Europäische Union. Der nördliche Nachbar Estland, der "baltische Tiger", ist dabei, seinen fulminanten Entwicklungsvorsprung aus den ersten Jahren nach der wiedergewonnenen Souveränität gegenüber Lettland und auch Litauen zu verlieren. Das Ziel einer Westintegration ist natürlich auch sicherheitspolitisch von erheblicher Relevanz. Partnerschaft und gar Mitgliedschaft in der NATO (im März 2003 für das Jahr darauf von den drei Regierungen per Unterschrift in Brüssel in Aussicht gestellt) bestimmen sämtliche außenpolitischen Bemühungen. Die Hinwendung zu den USA in den Tagen der Irak-Krise im Frühjahr 2003 ist hierfür nur das letzte Beispiel. (ICA2)

[34-L] Khol, Radek:

Czech Republic - building a balanced profile in CFSP/ESDP, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.): *The future of the European foreign, security and defence policy after enlargement*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 67-93, ISBN: 3-8329-2278-4 (Standort: UB Hagen(708)-PEN/MUEF)

INHALT: Auf dem Hintergrund der EU-Erweiterung 2004 und des Beitritts Tschechiens befasst sich der Beitrag mit den Implikationen des Beitritts im Zusammenhang mit den daraus resultierenden komplexeren Entscheidungsfindungsprozessen und Interessenartikulationen für die EU. Untersucht werden Tschechiens Ansatz zur europäischen Integration, die tschechische Position hinsichtlich der GASP und ESVP im Rahmen des europäischen Verfassungsvertrags sowie die speziellen Prioritäten bzw. der Beitrag des tschechischen Militärs im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Außerdem wird die Position Tschechiens zum Verhältnis EU-NATO und EU-USA beleuchtet. Dabei werden abschließend die Bemühungen Tschechiens betrachtet, eine ausgleichende Position gegenüber den USA und der EU einzunehmen und die ESVP nicht zu blockieren, um selbst eine aktivere und mitbestimmende Rolle innerhalb der Außen- und Sicherheitspolitik der EU einzunehmen. (ICH)

[35-L] Kiss, Lázló J.:

Hungary as "policy maker" and "policy taker" in CFSP/ESDP, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.): *The future of the European foreign, security and defence policy after enlargement*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 95-110, ISBN: 3-8329-2278-4 (Standort: UB Hagen(708)-PEN/MUEF)

INHALT: Ungarns Außenpolitik kann aufgrund seiner traditionell fragilen geostrategischen Lage zwischen den Großmächten und seiner geringen Macht als eher nachgiebig und fügsam beschrieben werden. Diese Position hat auch entscheidenden Einfluss auf seine Haltung als neues EU-Mitglied gegenüber der GASP und ESVP. Thematisiert wird, dass Ungarn sich in einem Anpassungsprozess an eine veränderte Umwelt befindet. Der politische Handlungsspielraum auf europäischer Ebene ist erweitert. Die Schlussfolgerung ist, dass Ungarn seine außenpolitische Agenda überdenken muss, zumal die drei klassischen Ziele ungarischer Außenpolitik erreicht sind: die Integration in die EU, ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn und die Verwirklichung der Rechte der ungarischen Minderheit in den angrenzenden Staaten. Als Randstaat der EU sind in Ungarn neue sicherheitspolitische Aufgaben gegenüber dem Osten erwachsen. Ungarn befindet sich in einer Schlüsselposition gegenüber dem Balkan: die Europäisierung des Balkans oder die Balkanisierung Europas. Abschließend geht es um die Frage nach einem gleichgewichtigen Atlantizismus, mehr EU oder weniger NATO. (ICH)

[36-L] Kobieracki, Adam:

CFE conventional armaments control as Poland's pass to NATO, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): *International security in a time of change: threats - concepts - institutions* : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 444-458, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (CFE-Vertrag) ist ein typisches Produkt der Übergangsperiode Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre. Polens neue Verbündete im Westen vertraten allerdings die Meinung, Polen solle sein konventionelles Waffenarsenal deutlich reduzieren, was auf eine Absenkung der im CFE-Vertrag festgeschriebenen Obergrenze hinauslief. Polen war zum ersten Mal mit dem Dilemma konfrontiert, seine eigenen Sicherheitsinteressen mit denen der NATO in Einklang zu bringen. Polen stimmte schließlich einer Reduzierung seiner konventionellen Streitkräfte zu. Die NATO-Staaten zögern die Ratifizierung des Anpassungsabkommens zum CFE-Vertrag jedoch noch hinaus, bis Russland seine 1999 auf dem OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul eingegangenen Verpflichtungen erfüllt hat. (ICE)

[37-L] Kovács, András:

Nato-Beitritt und nationale Identität: die Beispiele Österreich und Ungarn, in: Siegfried Jäger, Franz Januschek (Hrsg.): *Gefühlte Geschichte und Kämpfe um Identität*, Münster: Unrast-Verl., 2004, S. 71-79, ISBN: 3-89771-730-1

INHALT: Der Autor berichtet über die Zielsetzung und ausgewählte Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung, die zwischen 1997 und 2002 unter der Fragestellung durchgeführt wurde, mit welchen Uminterpretationen von nationaler Identität die ungarischen und österreichischen politischen Eliten auf die revolutionären Veränderungen durch den Zerfall der Sowjetunion geantwortet haben. Die Studie verfolgte vor allem drei Ziele: die Dekonstruktion des Elitediskurses, eine Rekonstruktion der Rezeption des Elitediskurses sowie das Messen der Größe der einzelnen Meinungslager in der Öffentlichkeit. Als Hypothese wurde angenommen, dass die Frage nach "Neutralität oder NATO" ein relevanter Indikator für die Suche nach neuen politischen und kulturellen Identitäten in beiden Ländern darstellt. Der Autor beschreibt am Beispiel von ungarischen Umfragedaten einige Meinungen über den NATO-Beitritt, welche deutlich machen, dass sich die politische und wirtschaftliche Nützlichkeit als wesentliche Einschränkung dessen erweist, was als national identitätsstiftend gelten kann. (ICI2)

[38-L] Lang, Kai-Olaf:

Störenfriede oder Ideengeber?: die Neuen in der GASP, in: *Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa*, Jg. 54/2004, H. 5/6, S. 443-458 (Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Außenpolitik der neuen ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU ist durch ein Denken in klassischen sicherheitspolitischen Kategorien gekennzeichnet. Die Furcht vor einer Aufteilung Osteuropas in Interessensphären der Großmächte, insbesondere Russlands und Deutschlands, lässt alle acht Staaten eine Anlehnung an die USA suchen. Sie sind bestrebt, im Rahmen der GASP und der ESVP die vor allem über die NATO gewährleistete transatlantische Bindung der Außenpolitik der europäischen Staaten aufrecht zu erhalten. Um die USA in Europa zu halten, sind sie bereit, die von ihnen als Ergänzung verstandene Umwandlung der NATO in ein Bündnis für Militäreinsätze außerhalb Europas mitzutragen." (Autorenreferat)

[39-L] Lang, Kai-Olaf:

Außenpolitik in Ostmitteleuropa: zwischen Atlantizismus und Europäisierung, in: Jule Böhmer, Marcel Vietor (Hrsg.): *Osteuropa heute : Entwicklungen - Gemeinsamkeiten - Unterschiede*, Münster: Lit Verl., 2007, S. 77-93, ISBN: 978-3-8258-0810-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3093)

INHALT: Einleitend werden Quellen und Determinanten des in vielen Beitrittsländern existenten Pro-amerikanismus identifiziert. Anschließend werden außen- und sicherheitspolitische Manifestationsformen dargestellt, die aus der Amerika-orientierten Haltung der "Neuropäer" resultieren, und es wird darauf eingegangen, welche langfristigen Konsequenzen sich hieraus für die GASP ergeben können. Ein Blick auf Erwartungen, Ziele und Interessen der Beitrittsländer kann, so der Verfasser, die Spekulation darüber erleichtern, welche Rolle die Länder in der EU bzw. in ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Zukunft einnehmen. Es wird argumentiert, dass die neuen Mitglieder keine Blockade von GASP und ESVP betreiben können. Sie wollen dies auch nicht, da sie kein gespaltenes Europa avisieren, sondern ein geeintes, starkes, allerdings atlantisch ausgerichtetes. Inwieweit die Neumitglieder zur Komplizierung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beitragen, hängt vor allem davon ab, wie sich die Großen in der EU positionieren; ob zum Beispiel Großbritannien in sicherheitspolitische Vorstöße eingebunden ist, wohin und mit welcher Kraft eine "gaullistisch" inspirierte Emanzipationspolitik Frankreichs sich entwickelt, und nicht zuletzt wie Deutschland sich in diesen Fragen verortet. Wird insbesondere unter diesen drei Staaten ein stabiler Konsens in sicherheitspolitischen Fragen erreicht, so werden die Neumitglieder - auch die harten Atlantiker unter ihnen - keine Blockademacht entfalten. Ergeben sich indes beträchtliche Missklänge

zwischen den großen Altmitgliedern, so können sich ohnehin vorhandene Differenzen deutlich verstärken. (ICG2)

[40-L] Longhurst, Kerry; Zaborowski, Marcin:

The European Union as a security policy actor: the view from Poland, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.): *The future of the European foreign, security and defence policy after enlargement*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 55-66, ISBN: 3-8329-2278-4 (Standort: UB Hagen(708)-PEN/MUEF)

INHALT: Der Beitrag gibt einen Überblick zur Haltung Polens zur Nato, zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen 1998 und 2003 sowie zu Polens Unterstützung der US-Politik gegen den Terror. Der Autor zeichnet den Weg Polens von einer eher skeptisch-ablehnenden Haltung gegenüber der ESVP hin zu einer moderaten Akzeptanz als nunmehr konstruktives EU-Mitglied, wengleich die gemäßigte Haltung der polnischen Regierung gegenüber der ESVP immer auch zugleich das Primat der NATO und der transatlantischen Bindung hervorhebt. Es wird betont, dass nach wie vor die Frage, inwiefern die ESVP die NATO und die transatlantische Bindung schwächt, zentrales Thema der sicherheitspolitischen Diskussion Polens ist. Neben den Zweifeln an der Glaubwürdigkeit Europas als Sicherheitsproduzenten liegt der Grund für diese Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik sicherlich im Schulterchluss Warschaws mit Washington. Polen sieht in der EU eher die Zuständigkeit für die breiteren politischen, sozialen und ökonomischen Themen. Abzuwarten bleibt, inwieweit Warschau seinem deklarierten Kurs eines konsequenten Euro-Atlantizismus künftig in der sicherheitspolitischen Praxis besser zu folgen vermag. (ICH)

[41-CSA] Matei, Florina Cristiana:

Romania's Transition to Democracy: Press's Role in Intelligence Reform., in: 20p, 2008, Center for Security Studies and Conflict Research, Swiss Federal Institute of Technology, ISBN: RIEAS Research Paper No. 121

INHALT: This paper discusses the role that external forces have played in fostering intelligence reform in Romania. The author argues that an aggressive media and the perspective of NATO and EU accession are the two factors to be credited for the transition to democratically controlled and transparent intelligence services.

[42-L] Miszczak, Krzysztof:

Die Außen- und Sicherheitspolitik Polens, in: Franz Merli, Gerhard Wagner (Hrsg.): *Das neue Polen in Europa : Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, Innsbruck: Studien-Verl., 2006, S. 63-74, ISBN: 978-3-7065-4319-4 (Standort: FHB Wiesbaden(969)-CEO200/03)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit den Dilemmata der polnischen Außenpolitik wird gezeigt, dass die politische Elite Polens im Einklang mit den breiten Bevölkerungsschichten bemüht war, eine gewisse Vertrauensdistanz zu den "rein" europäischen Sicherheitsstrukturen zu schaffen, mit denen Polen in der Vergangenheit nur negative Erfahrungen gemacht hatte. Polen war als europäisch-kontinentale Demokratie sehr daran interessiert, das Funktionieren eines demokratischen, unabhängigen und souveränen Staates in einem sicheren Rahmen zu gewährleisten. Aus diesem Grund liegt die effiziente europäische Verwirklichung des außen- und sicherheitspolitischen Konzepts sowie eines Verteidigungsprojekts im grundlegenden Interesse des Landes. Nach der weitgehenden Erfüllung der strategischen Ziele der polnischen Außenpolitik, d.h. der Einbindung in die westlichen Strukturen, insbesondere durch die Mitgliedschaft in der NATO (12.3.1999) und in der Europäischen Union (1.5.2004) konnte sich Polen somit der außen- und sicherheitspolitischen Zukunft des europäischen Kontinents zuwenden. Um als Partner in Europa ernst genommen zu werden, musste Polen den Weg der gemeinsamen "Europäisierung" einschlagen. Dies bedeutete nicht nur, eigene Interessen durchzusetzen, sondern auch, bereit zu sein, tragfähige Kompromisse zu schließen, um nicht zu einem *enfant terrible* der europäischen Politik zu werden. Die Hauptaufgabe bleibt aber, sich an einem umfassenden System globaler kooperativer Sicherheit auf der Basis des gemeinsamen

Sicherheitsbegriffs zu beteiligen, und im Besonderen, einen spezifisch polnischen Beitrag zur Sicherung der östlichen Flanke der NATO und der EU sowie zur Förderung der beiden Organisationen und zur Stabilisierung der demokratischen Strukturen in diesem geopolitischen Raum zu leisten. (ICG2)

[43-L] Mitchell, Wess:

Gut gebrüllt, Maus!: wie kleine Mächte die multipolare Welt mitgestalten können, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, H. 7/8, S. 78-84 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/die-ohnmacht-der-machtigen/gut-gebrüllt--maus-.htm
l)

INHALT: Der Beitrag erörtert die politische Strategie sowie den politischen Stellenwert der Staaten Mittel- und Osteuropas im Zuge der europäischen Integration bzw. der internationalen Politik. So wird im ersten Schritt zunächst die geopolitische Geschichte Polens, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens skizziert. Der zweite Schritt beleuchtet vor dem Hintergrund der Integration Mittel- und Osteuropas in die euro-atlantische Familie schließlich die politischen Beziehungen zu Russland, das als Großmacht wiederauferstanden ist. Der dritte Schritt betrachtet schließlich den (sicherheits)politischen Verhandlungsspielraum der mittel- und osteuropäischen Länder mit den USA, die ein Abflauen ihrer Interessen an Europa erkennen lassen. Nach Ansicht des Autors wird es einige Anstrengungen seitens der Amerikaner und der EU erfordern, das Selbstbewusstsein der Mittel- und Osteuropäer in die richtige Richtung zu kanalisieren. Die Hauptverantwortung bleibt aber bei den Mittel- und Osteuropäern. In den kommenden Jahren wird man vor allem Reife von ihnen erwarten. Die politischen Eliten in Warschau, Prag, Budapest und Bukarest müssen der Versuchung widerstehen, ihren neu entdeckten Einfluss für kurzfristige innenpolitische Zwecke zu missbrauchen. (ICG2)

[44-L] Osica, Olaf:

Auf der Suche nach einem neuen Paradigma: Polen, Deutschland und die neue europäische Geopolitik, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 59/2008, H. 420, S. 45-52 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.hss.de/downloads/PolStudien_420.pdf)

INHALT: Der Verfasser fragt, ob die Perspektive einer Europäisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen realistisch ist oder ob die EU der Uneinigkeit zwischen Polen und Deutschland Vorschub leistet. Zur Beantwortung dieser Frage betrachtet er die deutsch-polnischen Beziehungen in einem geostrategischen Kontext und geht in diesem Zusammenhang auch auf die unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen beider Länder ein. Er zeigt, dass die Außenpolitik Polens und Deutschlands ein Produkt der NATO und der EU ist. Polen und Deutschland müssen - so das Fazit des Verfassers - eine neue gemeinsame Agenda finden. (ICE2)

[45-L] Vitkus, Gediminas:

Three western myths about security and defence policy of the EU new member States: Lithuania's case, in: Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.): The future of the European foreign, security and defence policy after enlargement, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 111-131, ISBN: 3-8329-2278-4 (Standort: UB Hagen(708)-PEN/MUEF)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit den Implikationen der EU-Erweiterung 2004 auf die Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und konzentriert sich auf die Außen- und Sicherheitspolitik Litauens in Relation zur GASP und ESVP. Ziel der Betrachtung ist es, Schlussfolgerungen für kleinere EU-Mitgliedsstaaten bzw. die Baltischen Staaten zu entwickeln. Gleichzeitig geht es darum, im Zusammenhang mit Sicherheits- und Verteidigungspolitiken stehende falsche Mythen abzubauen. So wird allgemein angenommen, dass die kleineren mittel- und osteuropäischen Länder potentielle Bedrohungsängste von Seiten Russlands erfahren und sich daher an die NATO/USA halten, um ihre Sicherheit zu garantieren. Am Beispiel der drei von Peter W. Schulze thematisierten Mythen (Russo-

phobie, Amerikamania und Euro-Indifferenz) beleuchtet der Autor die Außen- und Sicherheitspolitik Litauens und kommt abschließend zu dem Schluss, dass nach seinen Analysen die Schulze-Einschätzungen korrigiert werden sollten, vor allem vor dem Hintergrund, dass Litauen der erste MS innerhalb der EU war, dessen Parlament für den EU-Verfassungsvertrag gestimmt hat. (ICH)

[46-CSA] Walesa, Lech:

The Alliance's Lesson in 'Solidarity', in: NATO Review 4p

<http://www.nato.int/docu/review/2007/issue2/english/special.html>, 2007, ISSN: 0255-3813

INHALT: The path of Poland and other countries of the former Eastern bloc towards membership of the North Atlantic Alliance was neither easy nor short, but today, ten years after the momentous and historic decision to enlarge NATO, the Allies can say with full confidence that it was worth doing. And Poland is able to say with a clear conscience that it has carried its share of the Alliance's load.

3 Transformation des Sicherheitssektors in den Staaten Osteuropas

[47-L] Blackwell, Stephen:

Civil-military relations in Central and Eastern Europe and integration with NATO and the European Union, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 22/2004, H. 2, S. 92-96

INHALT: Im vorliegenden Aufsatz wird der Zusammenhang zwischen der Erweiterung von NATO und EU und der Reform zivil-militärischer Beziehungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas diskutiert. Während die NATO die Führung zur Sicherung von Hilfeleistungen in dieser Region übernommen hat, ist sie nach der Argumentation des Autors nicht dafür eingerichtet, die grundlegenden Veränderungen in der Zivilgesellschaft zu unterstützen, welche notwendig sind, um die demokratische Aufsicht über das Militär und wirksame Verteidigungsreformen zu festigen. Während auf der anderen Seite die EU keine herausragende Rolle bei der Reform der Streitkräfte in Mittel- und Osteuropa eingenommen hat, wird sie langfristig aber einen bedeutenderen Einfluss auf die zivil-militärischen Beziehungen aufgrund ihres größeren Interesses an einer wirklichen gesellschaftlichen Transformation ausüben. (ICIÜbers)

[48-L] Caparini, Marina; Fluri, Philipp; Molnar, Ferenc (Hrsg.):

Civil society and the security sector: concepts and practices in new democracies, Berlin: Lit Verl. 2006, 262 S., ISBN: 3-8258-9364-2

INHALT: In dem Sammelband wird untersucht, ob und in welcher Form zivilgesellschaftliches Engagement Auswirkungen auf die Reform des 'Sicherheitssektors' in ausgewählten Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und Ex-Jugoslawiens hat. Obwohl der Begriff 'Sicherheitssektor' im Sinne der Herausgeber Institutionen der inneren und äußeren Sicherheit umfasst, konzentrieren sich die meisten Fallstudien auf die Beziehungen zwischen der jeweiligen Zivilgesellschaft und den Streitkräften bzw. den Institutionen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Von der normativen Prämisse ausgehend, dass zivilgesellschaftliches Engagement auch und gerade in diesem Politikbereich wünschenswert ist, werden Probleme (z. B. die Gefahr der Instrumentalisierung durch die jeweiligen Regierungen, die mangelnde Fachkompetenz zivilgesellschaftlicher Akteure auf diesem Gebiet) und Erfolge (Sensibilisierung der Öffentlichkeit für bestimmte Fragen wie z.B. die Wehrpflicht) eines solchen Engagements dargestellt. Auch die mitunter brisante Frage der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Gruppen durch das Ausland wird thematisiert. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Marina Caparini and Philipp Fluri: Civil Society Actors in Defence and Security Affairs (9-27); Johanna Mendelson Forman: Security Sector Reform: What Role for Civil Society? (29-42); Ian Leigh: Civil Society, Democracy and the Law (43-58); Nicole Ball: Civil Society, Good Governance and the Security Sector (59-70); Dusan Reljic: Media, Civil Society and the Quest for Transparency and Accountability of the Security Sector (71-82); Biljana Vankovska: Western Approaches to Civil Society Empowerment and Lessons Learnt from the Balkans (83-99); Andres Kasekamp, Piret Pernik and Jörgen Siil:

Defence-Related Civil Society in Estonia (101-110); Ferenc Molnar: Civil Society and Democratic Civil-Military Relations: the Case of Hungary (111-138); Agnieszka Gogolewska: Civil Society and the Security Sector in Poland (139-156); Vladimir Tarasovic, Elemir Necej and Matús Korba: Slovak Civil Society in Defence and Security Affairs (157-174); Leonid Polyakov: Defence and Security-Focused Think Tanks in Ukraine (175-189); Emil Tsenkov: Promoting a Role for NGOs in Reforming the Society Sector in Bulgaria (191-199); Marian Chiriac: Propaganda or Information? Romanian Media's Role in Covering Security Issues - the Case of NATO Enlargement (201-216); Vlada Milíc: Media in Serbia: From Watch(ed) Dog to Watchdog (217-228); Ljubica Jelusic: Civil Society in Slovenia: A Watchdog Against Militarisation of the Political State (229-245); Marina Caparini, Philipp Fluri and Ferenc Molnár: Lessons in Civil Society Building and Security Governance (247-262).

[49-L] Cole, Eden; Donais, Timothy; Fluri, Philipp H. (Hrsg.):

Defence and security sector governance and reform in South East Europe: regional perspectives, (Militär und Sozialwissenschaften, 38), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 268 S., ISBN: 3-8329-1048-4

INHALT: Im Jahre 2002 veranstaltete das Geneva Center for the Democratic Control of Armed Forces in enger Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Außenministerium ein Forschungsprojekt über Reformen auf dem Sicherheitssektor in ausgewählten südosteuropäischen Staaten. Experten des Instituts untersuchten zusammen mit Spezialisten und Politikern in den jeweiligen Ländern, welche Fortschritte gemacht wurden und welche Probleme dabei entstanden. Im Einzelnen ging es um Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Moldawien und Rumänien. Die Ergebnisse dieser Studien wurden in zwei Bänden publiziert. Der neue Sammelband enthält Bewertungen der ursprünglichen Studien durch internationale Forscher, mit dem Ziel, Verbesserungsvorschläge und Empfehlungen für ein erfolgreiches Engagement internationaler Institutionen in der Region zu machen. Es werden sowohl die ursprünglichen Länderstudien untersucht als auch die themengebundenen Beiträge. Dabei wird nicht nur deutlich, dass Rumänien und Bulgarien in jeder Hinsicht größere Fortschritte als die übrigen Länder gemacht haben, und dass Moldawien in allen Punkten das Schlusslicht bildet. Es zeigt sich auch, dass es signifikante Unterschiede zwischen ausländischen und regionalen Experten hinsichtlich des Begriffs der Reformen auf dem Sicherheitssektor gibt. Während die einen von einem breiten Sicherheitsbegriff ausgehen, konzentrieren sich die anderen vornehmlich auf den militärischen Sektor im engeren Sinne. Bedrohungen der regionalen Stabilität durch Faktoren wie das organisierte Verbrechen, Korruption, Terrorismus oder Schmuggel werden so tendenziell eher unterschätzt. Die Herausgeber sehen allerdings die Perspektive einer EU- bzw. NATO-Mitgliedschaft als hervorragenden Ansatzpunkt, um die Reformanstrengungen zu beeinflussen. Das Beispiel Moldawien zeige jedoch auch die begrenzte Reichweite internationaler Einflussnahmen, wenn im Land selbst kein Reformwille vorhanden sei. (ZPol, NOMOS)

[50-L] Degeratu, Claudiu:

Romania's participation in the fight against international terrorism: implications for civil-military relations and the security sector reform, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 185-196, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Der Beitrag behandelt Rumäniens Beteiligung an der internationalen Koalition der "Willigen" zur Bekämpfung des Terrorismus. Zu den außenpolitischen Aktivitäten Rumäniens gehören auch gesetzgeberische Schritte sowie Rumäniens Engagement auf multilateraler und regionaler Ebene. Außerdem wurde die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiviert. Die Reform der Militärkultur in Rumänien, die politische Kontrolle über das Militär und der Kampf gegen den Terrorismus werden durch den bevorstehenden NATO-Beitritt Rumäniens einen Aufschwung erfahren. (ICE)

[51-L] DenDoel, Theo van:

Parliamentary oversight of the security sector in South East Europa, in: Eden Cole, Timothy Donais, Philipp H. Fluri (Hrsg.): *Defence and security sector governance and reform in South East Europe : regional perspectives*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 117-124, ISBN: 3-8329-1048-4 (Standort: UB Heidelberg(16)-2005/A 937)

INHALT: Auf der Grundlage von sechs nationalen Studien bietet der Verfasser einen allgemeinen Überblick über das Niveau der parlamentarischen Kontrolle über die Streitkräfte und den Sicherheitssektors insgesamt. Die Selbstbeurteilungsstudien werden als ein nützliches Instrument angesehen, das einen Einblick in die aktuelle Entwicklung aus der Perspektive der Betroffenen ermöglicht. Zugleich werden methodische Aspekte der Gestaltung der einzelnen nationalen Berichte thematisiert, die vorteilhaft für eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Ländern sind. Es werden sowohl die Probleme bei der Ausarbeitung solcher Berichte aus der internen als auch aus der externen Perspektive diskutiert. Vor diesem Hintergrund werden im allgemeinen die Selbstbeurteilungsberichte hinsichtlich ihrer Objektivität und selbstkritischer Orientierung ausgewertet. Anschließend wird anhand der nationalen Berichte die Situation in den einzelnen Ländern analysiert. Zum Schluss werden Empfehlungen sowohl für die weiteren Aktivitäten der einzelnen Länder als auch der internationalen Organisationen präsentiert. Die Implementation dieser Empfehlungen soll die demokratischen Prozesse unterstützen und den Beitrag dieser Länder zu den Aktivitäten der internationalen Organisationen wie der NATO, der EU erhöhen. Der Autor plädiert für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Parlamenten der südosteuropäischen Länder einerseits und den internationalen Organisationen andererseits zur Fortführung der intendierten Reformen. (ICG2)

[52-L] Fluri, Philipp H.; Cole, Eden:

Security sector reform in South Eastern Europe: a study in norms transfer, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): *Security sector governance in the Western Balkans 2004 : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP)*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 67-83, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Die Autoren gehen der Frage nach, wie der Wirkungsbereich der in den Europäischen und Transatlantischen Organisationen entwickelten Normen durch den Sicherheitssektor auf die Länder Südosteuropas ausgeweitet werden kann. Sie gehen davon aus, dass in dem Zeitalter nach dem Kalten Krieg ein Wandel im Bereich der Werte wünschenswert ist. Unterschiedliche Konzepte der Werte und ihr Transfer werden einleitend dargestellt. Vor diesem Hintergrund wird die Rolle des Sicherheitssektors als Vermittler beim Transfer von Werten analysiert. Insbesondere werden als Werte, die transferiert werden sollen, die demokratischen Praktiken, der verfassungsmäßige und der rechtliche Rahmen, die Erfahrungen der republikanischen Garde und der irregulären Kräfte, die parlamentarische Kontrolle über den Sicherheitsbereich und die Gewährleistung seiner Transparenz sowie die wachsende Bedeutung der Bildung und der Medien für diesen Bereich hervorgehoben. Dabei werden zahlreiche Beispiele aus den einzelnen Ländern der Region geschildert. Abschließend betonen die Autoren, dass der Sicherheitssektor im Rahmen der demokratischen Tradition kein Staat im Staat ist, was zugleich eine Wechselwirkung mit der Zivilgesellschaft impliziert. (ICG)

[53-L] Germann, Wilhelm N.; Karkoszka, Andrzej (Hrsg.):

Security sector reform in Central and Eastern Europe: difficult paths towards success, (BICC Schriften zur Abrüstung und Konversion, 10), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 340 S., ISBN: 3-8329-1158-8

INHALT: Im Rahmen des Konzepts der Security Sector Reform (SSR) wird in elf Länderstudien untersucht, in welchem Umfang bisher eine für jeden Bürger gleichermaßen geltende öffentliche Sicherheit hergestellt wurde. Diese Studien schließen an die bisherigen Analysen einer Arbeitsgruppe an, die 2001 im Genfer Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) gegründet wurde. Ausgangspunkt ist der Gedanke, dass das Maß der Durchsetzung von öffentlicher Sicherheit ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung von Transformationsprozessen ist. Denn ohne diese Sicher-

heit könne keine wirtschaftliche Entwicklung stattfinden, schreiben die Herausgeber. In den Beiträgen geht es insgesamt nicht um eine abschließende Antwort auf die Frage, ob die diesbezüglichen Transformationsprozesse erfolgreich verlaufen, sondern auch um die Erarbeitung allgemeiner Kriterien für eine Beurteilung dieser Prozesse. Dabei zeigt sich, dass vor allem die Anforderungen von EU, NATO, OECD u. ä., in die sich die osteuropäischen Länder integrieren oder mit denen sie zusammenarbeiten wollen, maßgeblich für die Entwicklung sind. Aus dem Inhaltsverzeichnis: National Efforts and Lessons learnt Jan Jires: Czech Republic: lessons from the break-up of a federation (13-54); Zoltan Martinusz: Hungary: reform under a strong parliament (55-83); Andrzej Karkoszka: Poland: the challenge of overcoming the cohabitation hurdle (85-113); Robertas Sapronas: Lithuania: building from scratch in the Baltic setting (115-127); Ljubica Jelusic: Slovenia: reform in the vicinity of conflict (129-144); Valeri Ratchev: Bulgaria: towards delayed success (145-179); Mihaela Matei: Romania: progress despite hard legacies (181-207); Leonid Polyakov: Ukraine: transformation between strain and uncertainty (209-229); David Darchiashvili: Georgia: achievements and failures in an insecure environment (231-251); Ognjen Pribicevic: Serbia and Montenegro: transforming the security sector under particular post-conflict conditions (253-272); Yuri E. Fedorov: Russia: non-transformation of authoritarian legacies in a quasi-liberal state (273-296); The problem of evaluating success Wilhelm N. Germann / Malcom Chalmers: Methodological aspects of evaluating success (299-308); Silvia Hyka: Assisting political evaluation: an illustrative selection of frameworks and tools (309-323); Sebestyen Gorka: Security sector reform: Suggestion of a 'minimum criteria' approach (325-330). (ZPol, VS)

[54-L] Jazbec, Milan:

Establishment and reforms of the Slovenian defence system, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): Security sector governance in the Western Balkans 2004 : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 189-195, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Der Autor unterteilt die Entwicklung des slowenischen Verteidigungssystems in drei Phasen: von der Erklärung der Unabhängigkeit bis zur Unterzeichnung des Dayton-Abkommens (1995), 1996-2000 und nach 2000. Die erste Phase verbindet er mit der Etablierung der internationalen Beziehungen des neuen Staates, die zweite mit der aktiven Beteiligung an der internationalen Gemeinschaft und die dritte mit der Konsolidierung, Stärkung und Depolitisierung des Sicherheitssystems. Diese Entwicklungen werden ausführlich erläutert. Abschließend werden die wesentlichen Merkmale der geschilderten Dynamik, die Errungenschaften und die Probleme zusammengefasst. (ICG)

[55-L] Jelusic, Ljubica:

Military reforms in Slovenia, in: Franz Kernic, Paul Klein, Karl Haltiner (eds.): The European armed forces in transition : a comparative analysis, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 129-144, ISBN: 3-631-53366-7

INHALT: Der Beitrag beschreibt die Militärreformen in Slowenien seit der Unabhängigkeit des Landes 1991. Dabei werden drei Reformwellen unterschieden: (1) die Schaffung einer regulären ständigen Armee ab 1991, (2) die Einbettung der slowenischen Streitkräfte in internationale Friedensprogramme (NATO, UN, EU, OSZE) und die Vorbereitung auf erste Auslandseinsätze ab 1994 sowie (3) die Abschaffung der Wehrpflicht 2002 zugunsten des Freiwilligen-Prinzips. Als Hauptmerkmale der militärischen Reformen lassen sich folgende Auswirkungen auf die Streitkräfte und ihre Organisationsstruktur ausmachen: (1) Zivilisierung, (2) Professionalisierung, (3) Depolitisierung, (4) Demilitarisierung sowie (5) Feminisierung. Die Ausführungen zeigen auf, in welchem Umfang Slowenien in den vergangenen zwölf Jahren bei der Neuausrichtung des Militärs den wichtigsten internationalen Trends gefolgt ist. (ICG2)

[56-L] Malesic, Marjan; Jelusic, Ljubica:

Towards civilian supremacy: civil-military relations in Slovenia, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): *The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism*, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 211-227, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Nach der Abschaffung der Wehrpflicht in Slowenien im Jahr 2004 stellt sich die Frage nach einer demokratischen Kontrolle des Militärs durch Politik und Öffentlichkeit neu. Dabei geht es um rechtliche und verfassungspolitische Regelungen, die parlamentarische Kontrolle des Militärs, Transparenz und Gewaltenteilung, die Kontrolle der Geheimdienste, die Kooperation von Militär und Politik in der Verteidigungsplanung sowie die Rolle von Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Wissenschaft. Krisenmanagement, Friedenssicherung und die Sicherung der Stabilität in der Region sind Aspekte einer Reform des Verteidigungssektors, für die auch der angestrebte Beitritt Sloweniens zu EU und NATO eine Rolle spielt. (ICE)

[57-L] Nelson, Daniel:

Civilians, the military and defence planning in South East Europe, in: Eden Cole, Timothy Donais, Philipp H. Fluri (Hrsg.): *Defence and security sector governance and reform in South East Europe : regional perspectives*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 125-135, ISBN: 3-8329-1048-4 (Standort: UB Heidelberg(16)-2005/A 937)

INHALT: Der Verfasser geht von der Annahme aus, dass die Sicherheit nicht lediglich ein Kalkül hinsichtlich der Möglichkeiten, anhand der eigenen Kapazitäten Gewalt anzuwenden, sondern ein dynamisches Gleichgewicht zwischen aktuellen Bedrohungen und vorhandenen Kapazitäten ist. Im Streben nach Sicherheit kann die Reduzierung von Bedrohungen genau so wichtig sein wie die Erweiterung der Kapazitäten. Die gründliche Information hinsichtlich des Potentials der eventuellen Gegner sowie die politischen Mittel zur Einschränkung der Bedrohungen werden als einzelne Aspekte der Sicherheitspolitik angesehen. In dem modernen Staat werden Institutionen, die mit Mitteln zur Gewaltanwendung ausgerüstet sind (in erster Linie der Polizei und Militär), von Institutionen, die über die Zuweisung von öffentlichen Ressourcen entscheiden, (Parteien, Legislative, Präsident), getrennt. Diese Trennung wird als ein Merkmal der demokratisch organisierten Gesellschaften und als der wesentliche Grund für die Beteiligung der Vertreter der demokratischen Institutionen an der Gestaltung der Sicherheitspolitik postuliert. Vor diesem Hintergrund werden eine Typologie der Planung der Verteidigungssysteme präsentiert sowie die postsozialistischen Herausforderungen für diese Planung analysiert. Die Auseinandersetzung mit den einzelnen Selbstevaluationsstudien stellt einen Schwerpunkt der Untersuchung dar, auf deren Grundlage Empfehlungen für die weiteren Aktivitäten auf diesem Gebiet abgeleitet werden. (ICG)

[58-L] Pantev, Plamen I.; Ratchev, Valeri; Tagarev, Todor:

Bulgaria: completing requirements for NATO membership, accelerating the security sector reform and adapting to the counter-terrorism era, in: Philipp H. Fluri, Gustav E. Gustenau, Plamen I. Pantev (Hrsg.): *The evolution of civil-military relations in South East Europe : continuing democratic reform and adapting to the needs of fighting terrorism*, Würzburg: Physica-Verl., 2005, S. 101-113, ISBN: 3-7908-1572-1 (Standort: SUB Hamburg(18)-A20061731)

INHALT: Der Verfasser sieht die sicherheitspolitische Situation Bulgariens von zwei Faktoren bestimmt: den Anforderungen, denen sich das Land im Kontext eines Beitritts zur NATO gegenüber sieht, und den Problemen der Terrorismusbekämpfung. Hinzu kommen die längerfristigen Perspektiven einer Reform des Sicherheitssektors. Dementsprechend werden drei Problemkreise angesprochen: (1) der Abschluss der Neugestaltung der politischen Kontrolle der Streitkräfte als Voraussetzung für eine NATO-Mitgliedschaft; (2) die Beschleunigung der Reform des Sicherheitssektors als Voraussetzung einer umfassenden institutionellen Entwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; (3) Bekämpfung von Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen. (ICE)

[59-L] Shalamanov, Velizar:

Progress and problems in security sector reform in the Western Balkans: is there a universal solution?, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): Security sector governance in the Western Balkans 2004 : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 51-65, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Der Artikel ist der Wechselwirkung zwischen den Reformen auf den Gebieten der Verteidigung und der Sicherheit, insbesondere dem Übergang von Reform der Verteidigung zu jener des Sicherheitssektors und den Rückwirkungen auf die nächste Phase der Verteidigungsreform gewidmet. Die Antwort auf die neuen Herausforderungen für die Sicherheit (Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale Aktivitäten zur Veränderung der bestehenden Grenzen) werden als Bestandteile der Entwicklung des globalen Sicherheitssystems betrachtet. Die Entstehung dieser Herausforderungen wird auf einzelne Aspekte der Situation nach 1989 zurückgeführt. Die inneren Gründe für die Durch- und Fortführung der Reform werden anhand der Erfahrungen in zwei Südbalkanländern, nämlich in Bulgarien und Rumänien, analysiert. Dabei handelt es sich um die Umgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Bildung von entsprechenden Institutionen, Modernisierung und Professionalisierung der Sicherheitssysteme, Aktivitäten gegen den Terrorismus und organisierte Kriminalität, Ressourcenmobilisierung, ausländische Unterstützung und Förderung der Zivilgesellschaft. Abschließend werden die Entwicklungsperspektiven der Reform auf dem Gebiet der Sicherheit diskutiert. (ICG)

[60-L] Stanicic, Mladen:

Croatia: defence reform, civil-military relations, and Euro-Atlantic integration, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): Security sector governance in the Western Balkans 2004 : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 157-164, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Der Autor sieht zwei Grundprobleme auf dem Weg der Reform des Sicherheitssektors im Lande: Die Wirtschaftssituation und die öffentliche Wahrnehmung der Rolle der Streitkräfte in der kroatischen Gesellschaft. Er diskutiert die rechtlichen Grundlagen der Entwicklung des Verteidigungs- und Sicherheitssektors sowie die mit ihnen verbundenen Handlungsspielräume. Die Beziehungen zur NATO werden separat analysiert. Der Abbau der Streitkräfte wird als das zentrale Problem der Reform des Sektors angesehen. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht die personelle Entwicklung der Streitkräfte, die im Rahmen eines speziellen Programms gesteuert wird. Dessen Zielvorstellung besteht vor allem in der Erreichung der NATO-Standards. (ICG)

[61-L] Tchoubatarova, Stanimira:

Bulgarien auf dem Weg zu demokratischen zivil-militärischen Beziehungen, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 24/2006, H. 3, S. 154-160

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit der Ausgestaltung der Militär- und Sicherheitspolitik im Zuge des Transformationsprozesses in Bulgarien, das ab Januar 2007 Mitglied der EU ist. Dabei werden wichtige Elemente und Voraussetzungen der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte betrachtet. Ausgehend vom gesetzlichen Rahmen, der parlamentarischen Überwachung und der Kontrolle durch die Exekutive wird das Verhältnis von Militär und Gesellschaft erläutert. Anschließend werden die Ausbildungsproblematik sowie der internationale Kontext (NATO-Einsätze, Außen- und Verteidigungspolitik) angesprochen. Am Ende der Ausführungen wird auf den Strukturwandel der bulgarischen Armee und die Perspektiven von demokratischen Kontrollmöglichkeiten eingegangen. Die Ausführungen machen deutlich, dass es sich bei der Reform des Sicherheitssektors um einen komplexen politischen und gesellschaftlichen Prozess handelt, der mit der Installierung von institutionellen Voraussetzungen nicht abgeschlossen ist. (ICG2)

[62-L] Werkner, Ines-Jacqueline; Gause, Clemens (Hrsg.):

Streitkräfte und Demokratie: Transformationsprozesse in post-sozialistischen Staaten. (Forum Innere Führung, 28), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 261 S., ISBN: 978-3-8329-2723-3

INHALT: "Der Sammelband dokumentiert die Ergebnisse eines Forschungsprojektes, das an der Universität Potsdam im Schwerpunkt Militärsoziologie durchgeführt wurde. Im Zentrum der Untersuchungen steht die Transformation der Streitkräfte in Polen, der Slowakei, in Estland, Russland, Georgien, Bulgarien und Rumänien nach dem Systemwechsel von 1989/90. Ausgehend von der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa und dem zunehmenden Interesse der osteuropäischen Staaten an einer engen Westanbindung und Integration in EU und NATO werden die damit zusammenhängenden Reformprozesse in den Streitkräften untersucht. Analysiert werden in diesem Kontext auch die mit dem Systemwandel einhergehenden neu zu implementierenden politisch-institutionellen Regelungen zum Militär sowie die demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die zentralen Forschungsfragen lauten, 'inwieweit die bisherigen Entwicklungen auf eine Ost-West-Anpassung schließen lassen oder ob sich spezifische post-sozialistische Muster herausgebildet haben' (17). Zu deren Beantwortung entwickelte die Forschungsgruppe eine Reihe von Untersuchungskriterien. Diese erstreckten sich auf die Bereiche der sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen seit 1990, auf aktuelle Wehrstrukturentwicklungen, politisch-institutionelle Regelungen zum Militär sowie Formen der demokratischen Kontrolle von Streitkräften. Um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu bewerten, wurden Aspekte wie das Verhältnis der jeweiligen Transformationsländer zu den Akteuren NATO, EU und Russland sowie der sich aus der sicherheitspolitischen Lage ergebende Auftrag der Streitkräfte untersucht. Zur Bewertung der Wehrstrukturentwicklungen seit 1989 dienten die Variablen Streitkräfteumfang, Form der Rekrutierung, Wehrdienstdauer und Verteidigungsausgaben. Die Analysen zu Formen der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte konzentrieren sich auf den legislativen Bereich sowie die Ebene unabhängiger Beobachter. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Ines-Jacqueline Werkner: Einleitung (15-24); Clemens Gause: Polen (27-50); Steffen Peschel & Clemens Gause: Slowakei (51-74); Uwe Zillner: Estland (75-98); Roman Elsner: Russland (99-134); Raffael Sturm: Georgien (135-162); Jean Gstrein: Bulgarien (163-183); Katrin Busch: Rumänien (183-202); Ines-Jacqueline Werkner: Streitkräfte in post-sozialistischen Staaten - Transformationsprozesse in vergleichender Perspektive (203-238); Philipp Fluri & Stefan Imobersteg: Politikberatung in Osteuropa im Bereich der demokratischen Kontrolle von Streitkräften (239-252).

4 Nato-Engagement in Ex-Jugoslawien

[63-L] Aghayev, Nasimi:

Humanitäre Intervention und Völkerrecht: der NATO-Einsatz im Kosovo, (Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 26), Berlin: Köster 2007, 60 S., ISBN: 978-3-89574-622-2

INHALT: 1999 bombardierten Flugzeuge der NATO Ziele auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Jugoslawien. Dies war ein bis dahin präzedenzloser militärischer Einsatz der NATO-Staaten gegen einen souveränen Staat ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates der UNO. War dieser NATO-Einsatz völkerrechtskonform? Zur Beantwortung erläutert der Autor den Begriff der 'humanitären Intervention' und weist auf das Spannungsverhältnis zweier Normen des Völkerrechts hin: das Gewaltverbot und das Verbot der Verletzung von Menschenrechten. Welche dieser Normen ist vorrangig, wenn in einem Land fundamentale Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden und der Sicherheitsrat durch ein oder mehrere Vetos blockiert ist? Aghayev zeigt, dass das Völkerrecht 'kein Durchbrechen des Gewaltverbots' des Statuts der Vereinten Nationen erlaubt, 'weil dies das ganze Friedenssicherungssystem der UNO (...) bedrohen würde' (51). Folglich war die unmandatierte NATO-Intervention im Kosovo rechtswidrig. Hieran werde sich auch in Zukunft wegen des potenziellen Widerstands der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates voraussichtlich nichts ändern. Aus diesem Grund gibt es aus Sicht des Autors nur eine Lösung, falls sich Fälle wie im Kosovo wiederholen sollten, nämlich 'die unmandatierten humanitären Interventionen in extremen Fällen sanktionslos zu lassen' (53). (ZPol, NOMOS)

[64-L] Biermann, Rafael:

Als Sicherheitsnetz unverzichtbar: warum die NATO auf dem Balkan weiterhin relevant bleiben wird, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, H. 3, S. 38-43 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/maerz/als-sicherheitsnetz-unverzichtbar.html)

INHALT: Der Verfasser geht davon aus, dass es die ethnische Gemengelage Vermächtnis europäischer Kolonialpolitik ist, welche die Konfliktherde wie "kommunizierende Röhren" miteinander verbindet und Spill-over-Effekte fürchten lässt. Von selbsttragender Stabilität mit positiver Friedensqualität ist das interethnische Miteinander noch weit entfernt. Der Verfasser geht der Frage nach, ob die EU diese Last alleine schultern kann. Dabei wird hervorgehoben, dass die Präferenzen in der ganzen Region weiterhin primär auf äußere Sicherheit und damit auf die NATO ausgerichtet sind. Die Zweifel an der Handlungsfähigkeit der EU sind nicht überwunden, und sie mindern die Abschreckungswirkung der EU-Präsenz. Dieses Misstrauen führt die Balkan-Länder an die Seite Washingtons. Alle außer Serbien sind stark auf die USA ausgerichtet. Die EU bleibt essenziell auf die NATO und damit die USA angewiesen. Vorerst sollte die NATO die Zeit des fragilen Übergangs auf dem Balkan weiter absichern. (ICG2)

[65-L] Biermann, Rafael:

Lehrjahre im Kosovo: das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch, (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Paderborn: Schöningh 2006, 664 S., ISBN: 3-506-71356-6 (Standort: USB Köln(38)-33A4037)

INHALT: Das Buch befasst sich mit Hintergründen, Ursachen und Verlauf des Kosovo-Konfliktes. Ziel ist, einige bisher unerforschte Schlüsselperioden, vor allem die tatsächliche Konfliktentwicklung, was die internationalen staatlichen und nicht-staatlichen Akteure anbelangt, sowie die Umbruchjahre und die internationale Kosovo-Politik in den Milosevic-Jahren zwischen 1986 und 1989 zu erforschen. Drei Analyse-Ebenen finden Beachtung: der serbisch-albanische Konflikt, der regionale Kontext und die internationale Ebene. Der Arbeit liegt ein mehrdimensionaler Ansatz zugrunde, der mehrere, getrennt behandelte Forschungsstränge der Friedens- und Konfliktforschung zusammen führt: die Krisenpräventionsforschung, die Mediationsforschung, die Perzeptionsforschung, die Nationalismusforschung sowie die Völkerrechtsforschung. Wichtige Themen sind die Krisenprävention, Krisenbewältigung, die völkerrechtliche Diskussion um Nichteinmischung, die Eskalation und De-Eskalation sowie die Friedensverhandlungen von Dayton. Das Schlusskapitel hat zum Ziel, eine umfassende Bewertung des Präventionsverhaltens der internationalen Akteure im Kosovo-Konflikt bis 1998. Zentrale Ursachen für das Scheitern der Krisenprävention werden systematisiert; unter Hinzuziehung anderer Fallstudien zur Krisenprävention auf dem Balkan werden abschließend 12 Schlussfolgerungen gezogen, die den Forschungsstand zur Prävention und Mediation ergänzen. (ICH)

[66-L] Brusis, Martin; Janning, Josef:

Dialogue on the eve of Rambouillet, in: Jahna Deimel, Wim van Meurs (Hrsg.): The Balkan prism : a retrospective by policy-makers and analysts, Offenbach am Main: Sagner, 2007, S. 127-138, ISBN: 978-3-86688-000-9 (Standort: Martin-Opitz-B. Herne(364)-2008/0826)

INHALT: Das Kosovo ist nach wie vor die kritische Region in Europa für Konfliktprevention, Krisenmanagement und Wiederaufbau einer vom Krieg zerstörten Region. Der vorliegende Beitrag erinnert vor diesem Hintergrund an die Initiative nichtstaatlicher Organisationen für einen Dialog zwischen den Serben und Albanern im Kosovo, der 1996 angestrebt wurde. Obgleich diese Versuche durch die Eskalation der Gewalt im Kosovo zum Erliegen kamen, flossen viele der Ideen und Vorschläge zur Konfliktbewältigung in das Rambouillet-Abkommen im Februar 1999 ein. Mit dem Angriff der NATO im März 1999 - als "friedens erzwingende Maßnahme" jedoch durch das UNO-Statut nicht gedeckt - verlor sich auch die Bereitschaft der konfliktierenden Parteien für eine einvernehmliche Regelung der Kosovo-Frage bzw. dessen völkerrechtlichen Status in der Zukunft. Die Ausführungen zeigen insgesamt, dass und wie sich die "offizielle" Version von Rambouillet dieser Dialog-Rhetorik

bediente, während eine "harte Lösung" - in einem erst 2003 bekannt gewordenen geheimen Zusatzprotokoll festgelegt - dann durchgesetzt wurde. (ICA)

[67-L] Buro, Andreas:

Die Durchsetzung der NATO-Politik gegenüber den UN und der OSZE auf dem Balkan in den 90er Jahren, in: Jahrbuch / Komitee für Grundrechte und Demokratie : 2007, Menschenrechte und Völkerrecht, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2007, S. 54-68, ISBN: 978-3-89691-654-9

INHALT: Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Ende des Ost-West-Konflikts hofften viele auf eine friedliche und kooperative Entwicklung, auch wenn die USA über eine überwältigende Militärmacht verfügten. Die "neuen Kriege", die bereits 1991 im Irak und in Jugoslawien begannen, förderten - auch aufgrund der Schwäche der EU - eine militärische Führungsrolle der NATO unter Führung der USA. Dieser Prozess erreichte mit dem Bruch der UN-Charta und dem Kosovo-Krieg seinen Höhepunkt. Dieser Krieg war völkerrechtswidrig, die deutsche Beteiligung war grundgesetzwidrig. Der Kosovo-Krieg stellte den Höhepunkt der Militarisierung der westlichen Außenpolitik dar. (ICE2)

[68-L] Edelbauer, Gisela:

Rechtsgrundlagen der humanitären Intervention unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konflikts, 2005, 257 S. (Graue Literatur; 137.193.200.177/ediss/edelbauer-gisela/meta.html)

INHALT: Die humanitär begründeten militärischen Interventionen der NATO im Kosovo haben eine breite Debatte über die Zulässigkeit solcher Maßnahmen ausgelöst: Während Kritiker u. a. die Auffassung vertreten, dass dieses Eingreifen ohne völkerrechtliches Mandat nicht zulässig gewesen sei, halten Befürworter das Vorgehen für legal oder sie argumentieren u. a. mit der moralischen Verpflichtung der NATO. Unbestritten jedoch ist bei beiden Parteien, dass die Möglichkeit humanitärer Interventionen, d. h. militärischer Eingriffe mit der Zielsetzung, massive Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, grundsätzlich positiv zu bewerten sei, wenngleich Art, Umfang, Zulässigkeit etc. im Einzelnen umstritten sind. Die Verfasserin untersucht, welche Rechtsgrundlagen zur Legitimation solcher humanitären Interventionen der Vereinten Nationen herangezogen werden könnten. Dabei konzentriert sie sich auf die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht sowie das Völkergewohnheitsrecht. Die Frage nach der Zulässigkeit humanitärer Interventionen diskutiert die Verfasserin aus vornehmlich rechtswissenschaftlicher Perspektive; die Problematik der Zweckmäßigkeit, Angemessenheit und Effektivität von Militärangriffen im Vergleich zu anderen Maßnahmen wird ausdrücklich nicht erörtert. Die Ereignisse im Kosovo dienen Edelbauer dabei nur als Anwendungsfall, ihre letztlich positive Beurteilung der Frage der Legitimität ergibt sich aus ihren vorherigen allgemein gehaltenen Ausführungen. (ZPol, VS)

[69-L] Elsässer, Jürgen:

Vom NATO-Krieg zum EU-Militäreinsatz: Europa, Serbien und das Kosovo, in: Forum Wissenschaft, Jg. 24/2007, Nr. 1, S. 19-22 (www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/527846.html)

INHALT: "Einen 'fairen Kompromiss' meinte der UN-Sonderbeauftragte Martti Ahtisaari vor kurzem ankündigen zu können. Die beiden Seiten, Serbien und Kosovo, teilen freilich seine Meinung nicht; der Kompromiss ist also keiner. Außerdem zündeln weitere Akteure an der Lunte. Jürgen Elsässer beschreibt die Entwicklung sieben Jahre nach dem Krieg, in dem es um diese Seiten ging, und die Politik der EU gegenüber ihrem südöstlichen Grenzgebiet." (Autorenreferat)

[70-L] Elsässer, Jürgen:

Kriegslügen: vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozess, Berlin: Homilius 2004, 331 S., ISBN: 3-89706-884-2 (Standort: UB Siegen(467)-31PDGJ4381)

INHALT: Der Krieg gegen Jugoslawien war der erste Krieg in der Geschichte der Nato und der erste Krieg in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bei seiner Entfesselung wurde das Völkerrecht gleich mehrfach gebrochen - sowohl die UN-Charta wie auch das Nato-Statut und das Grundgesetz verbieten einen Angriffskrieg. Das Buch rekonstruiert die Chronologie der Ereignisse und interpretiert sie in einem kritischen Licht. Schon im Jahr vor der Nato-Aggression rückte das Kosovo ins Zentrum der bundesdeutschen Politik und der Medien. Gezielt wurde der Eindruck erweckt, als herrschten in der Provinz völkermörderische Zustände - das war später die Hauptlegitimation, mit der das kriegerische Eingreifen als Akt der Notwehr "vermarktet" wurde. Berlin und Washington setzten in der Folge sowohl in den Nato-Gremien wie auch auf der Konferenz von Rambouillet gezielt auf Eskalation. Die Erfindung eines serbischen Massakers in Racak Mitte Januar 1999, das für die Auflösung des Krieges entscheidend war, war ein Gemeinschaftswerk der deutschen und US-amerikanischen Politik. Ausschließlich "made in Germany" war der dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic zugeschriebene "Hufeisenplan". Mit Verweis auf die darin angeblich vorgesehene ethnische Säuberung des Kosovo konterte die Bundesregierung erfolgreich die Kriegsmüdigkeit, die sich in den ersten Tagen nach Bombardierungsbeginn in der Öffentlichkeit einstellte. Während Fantasie-meldungen über angeblich Hunderttausende getötete Albaner in der Folge zum Standardrepertoire der Propaganda in allen westlichen Ländern gehörten, blieben exzessive Vergleiche zwischen der serbischen und der nationalsozialistischen Politik eine deutsche Spezialität. (ICA)

[71-L] Freitag-Wirminghaus, Rainer:

Internationale Organisationen: Hemmschuh oder Motor für eine Konfliktlösung im Südkaukasus?, in: Marie-Carin von Gumpfenberg, Udo Steinbach (Hrsg.): Der Kaukasus : Geschichte - Kultur - Politik, München: Beck, 2008, S. 149-158, ISBN: 978-3-406-56800-8 (Standort: UB Bonn(5)-2008/2589)

INHALT: Ohne Kooperation mit Russland kann es, so der Verfasser, keine Sicherheitsstrategie geben. Das Forum dafür war immer die OSZE. Doch lässt sich Russlands Rolle in den letzten Jahren nicht als kooperativ bezeichnen. Dies wird sich kaum ändern, da Russland nicht nur als Vermittler in den Konflikten auftritt, sondern auch als Konfliktpartei involviert ist. Europas Rolle bei der Konfliktlösung ist somit begrenzt. Generell zeigt sich, dass unter internationalem Druck auferlegte Friedensverhandlungen ohne Vorbereitung der Öffentlichkeit auf unvermeidbare Kompromisse den Kreislauf aus Misstrauen und Militarisierung nicht aufhalten. Die Mentalität der Konfrontation wird von außen, so die These, weder durch europäische Konventionen noch durch Propagierung von Menschenrechten aufgebrochen, da die Konfliktparteien kaum in der Lage sind, sich selbst und ihre historisch gewachsenen Vorstellungen kritisch zu hinterfragen. (ICF2)

[72-L] Friedrich, Roland:

Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, (Berliner Schriften zur Internationalen Politik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 156 S., ISBN: 3-531-14317-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005-5646)

INHALT: Der Autor dieses Beitrag verwendet zur analytischen Durchdringung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Kosovo-Konflikt einen Ziel-Mittel-Ansatz, über den die darin enthaltenen Zielordnungen, Zielkongruenzen und Zielkonflikte in Beziehung zu den zur Verfügung stehenden Mitteln und Akteure in Beziehung gesetzt werden können. Im Fokus der Studie stehen die Interessen, Ziele und operativen Vorgehensweisen der Bundesregierungen Kohl und Schröder. Nach einem kurzen Blick auf die Historie des Kosovo-Konflikts erfolgt ein Grundriss der Bonner Kosovo-Politik der Jahre 1990 bis 1997. Im Mittelpunkt der Analyse steht anschließend die deutsche Rolle während der 'heißen Phase' des Kosovo-Konfliktes, die mit Ausbruch der Kampfhandlungen in der südserbischen Provinz im November 1997 begann und mit Einstellung des NATO-Luftkriegs im Juni 1999 endete. Wesentliches Untersuchungsziel ist, die Frage zu beantworten, ob Deutschland eine aktive oder reaktive Rolle im Kosovo-Konflikt spielte, welche Ziele die deutsche Außenpolitik verfolgte und welcher Instrumente sie sich bediente, um diese zu erreichen. Darüber hinaus erörtert der Autor die Frage, ob die politischen Ziele auch in einer koordinierten Außenpolitik verfolgt wurden (JA)

[73-L] Gyarmati, István:

The process of European integration in South Eastern Europe, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): *Security sector governance in the Western Balkans 2004* : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 103-109, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Der Autor geht von der Annahme aus, dass die Instabilität der Balkan-Region eine längere Geschichte hat: Sie lässt sich bis auf den Zusammenbruch des Ottomanischen und des Österreich-Ungarischen Reichs historisch zurückverfolgen. Diese Entwicklungen haben sich nach 1990 zugespitzt. Die Rolle der UNO, der EU und der NATO sowie die Institutionalisierung des Stabilitätspaktes werden einleitend analysiert. Ein eigenes Thema stellt die Dynamik des Rollenverständnisses der NATO seit dem Anfang der 1990er Jahre dar. Die veränderte Kräftekonstellation nach dem Ende des Kalten Krieges hat ihre Existenz in Frage gestellt. Ihre Präsenz in den Konfliktherden der Region hat die Herauskristallisierung eines neuen Entwicklungskonzepts beschleunigt. Ihre Erweiterung wird als eine zukunftssträchtige Perspektive dargestellt. Ähnliche Entwicklungen werden auch hinsichtlich der Europäischen Union diagnostiziert. Sie wird als die wichtigste Institution angesehen, die den Ländern der westlichen Balkan-Region bei ihrer Transformation helfen kann. Nach der skizzenhaften Schilderung der Entwicklungen auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit betont der Autor die Notwendigkeit, ein richtiges Verständnis im Hinblick auf das Geschehen in der Region zu entwickeln, um angemessene Lösungen für ihre Probleme finden zu können. (ICG)

[74-L] Höfer-Wissing, Neithart:

Die Zukunft Kosovos: Vorbereitungen auf eine international überwachte Unabhängigkeit, in: Vereinte Nationen : Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Jg. 55/2007, H. 4, S. 142-147
(www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Zeitschrift_VN/VN_2007/hoefer-wissing_4-07.pdf)

INHALT: "Obwohl von Russland heftig kritisiert, stellt der Ahtisaari-Plan eine vernünftige und realistische Lösung für den künftigen Status Kosovos dar. Die internationale Gemeinschaft wird sich vor allem um seine Umsetzung und um die Rechtsstaatlichkeit in Kosovo bemühen. Eine erste Überprüfung des Mandats wird nach zwei Jahren stattfinden, aber die Missionen werden sicher länger bleiben. Die gemeinsame EU-Außenpolitik steht hier vor einer Herausforderung, an der sie nicht scheitern darf." (Autorenreferat)

[75-L] Kempe, Iris; Klotzle, Kurt:

The Balkans and the Black Sea region: problems, potentials and policy options, (CAP Policy Analysis, 2/2006), München 2006, 19 S. (Graue Literatur;
www.cap.lmu.de/download/2006/CAP-Policy-Analysis-2006-02.pdf)

INHALT: "In the decade and a half since Western leaders began to sketch out their vision of a Europe whole and free, the European Union and NATO have succeeded in extending a zone of security and stability across much of the continent. However, two key regions - the Balkans and the Black Sea - are not yet fully incorporated into this vision, and the lack of coherent strategies addressing these regions threatens to prevent Europe from achieving its full potential. The Balkans and the Black Sea region are characterised by numerous common risks and challenges, including fragile statehood, a shared history of violent conflict, unconsolidated democratisation and economic underdevelopment. Given the crucial geopolitical position of both regions as (a) direct neighbours to the EU, NATO, and Russia, (b) a bridge to the Middle East and Central Asia, and (c) an increasingly important energy transport route, instability in either region can have significant ramifications for domestic, regional, and international security. External actors have developed different policies for the two respective regions. The Western Balkans are on a path toward European integration, albeit with an unclear plan and timetable. The European Union has introduced the European Neighbourhood Policy as a means to prevent new dividing lines within Europe; this policy is directed toward all non-candidate coun-

tries in the Black Sea, although its scope is primarily bilateral rather than regional in nature. Russia, pursuing a strategy that combines personalised networks and economic pressure, has yet to develop an attractive policy to promote cooperation in its immediate neighbourhood. Given the internal challenges and external linkages of the Balkans and Black Sea region, three strategic trajectories for addressing these regions present themselves. Given the diverse and often opposing interests of the various actors involved, business as usual may be the most likely policy outcome. This carries with it numerous risks, however. A more proactive policy that seeks to shape, rather than simply react to, events in both regions would involve intensified engagement, including (a) a clearly formulated plan and timetable for the accession of Western Balkan states into the EU and (b) a more comprehensive policy to address the security, economic, and political needs of the Black Sea region. While intensified engagement represents a desirable policy orientation toward the current challenges in the Balkans and the Black Sea, European leaders and their allies must continue to keep an eye on longer-term processes of Europe-wide integration by engaging in a pan-European debate on Europe's future." (author's abstract)

[76-L] Kreidl, Jakob:

Der Kosovo-Konflikt: Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven ; zur Stabilisierung einer Krisenregion. (Studien zur internationalen Politik, Bd. 6), Frankfurt am Main: P. Lang 2006, 363 S., ISBN: 3-631-54422-7 (Standort: UB Bonn(5)-20066401)

INHALT: Der Autor beginnt mit einer historischen Analyse der Konfliktpotentiale in der Region ab 1878. Dabei wird auch die Stellung der Kosovo-Albaner im jugoslawischen Föderationsstaat im Zeitraum zwischen 1945 und 1980, die Konsequenzen von Titos Tod und der Ausbruch des Konflikts 1989 dargestellt. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen die internationalen Aktivitäten zur Bewältigung der Krise. Dabei werden sowohl die Aktivitäten von deutscher Seite als auch jene der internationalen Organisationen thematisiert. Die völkerrechtliche Bewertung des Krieges wird anhand der Interventionen des UN-Sicherheitsrates und der NATO präsentiert. Der Übergang vom Kosovo-Krieg zum Stabilitätspakt für Südosteuropa wird als eine neue Phase der Entwicklungen in der Region zusammen mit der daraus resultierenden institutionellen Ordnung analysiert. Abschließend werden die Optionen zur Konsolidierung des Kosovo und die künftigen Entwicklungsperspektiven zur Diskussion gestellt. (ICG)

[77-L] Kupferschmidt, Frank:

Strategische Partnerschaft in der Bewährung: die Zusammenarbeit von NATO und EU bei der Operation Althea. (SWP-Studie, S 7), Berlin 2006, 30 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1644; www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=3172)

INHALT: "Die Operation Althea in Bosnien und Herzegowina ist der bisher anspruchsvollste militärische Einsatz unter Führung der EU. Er stellt den vorläufigen Höhepunkt der Kooperation von NATO und EU im Krisenmanagement dar. Die Untersuchung der Zusammenarbeit beider Organisationen in der Vorbereitungsphase von Althea und im ersten Jahr des Einsatzes ergibt unter anderem, dass die Beziehungen von NATO und EU den vereinbarten Grundsätzen der 'strategischen Partnerschaft' nur zum Teil gerecht werden. Die größten Defizite bestehen bei der Kooperation der politischen Gremien von NATO und EU. Da für alle Entscheidungen ein Konsens in beiden Organisationen erforderlich ist, sind hier angesichts der gewachsenen Mitgliederzahl Probleme zu erwarten. In der Vorbereitung der Operation Althea waren unterschiedliche Vorstellungen und divergierende Interessen Ursache für verzögerte Entscheidungen. Was die militärische Ebene betrifft, so wurden die Vereinbarungen zwischen NATO und EU effektiv und professionell genutzt. Althea hat jedoch auch Grenzen deutlich werden lassen: Wegen der Komplexität der Regelungen und langer Vorbereitung wird ihre Anwendung wohl auf die Nachfolge von NATO-Operationen beschränkt bleiben. Insgesamt hat es bei der Zusammenarbeit von NATO und EU im Krisenmanagement in den vergangenen Jahren Fortschritte gegeben, doch sollten nun Maßnahmen ergriffen werden, um diese Tendenz zu verstetigen. So sollte der strategische Dialog zwischen beiden Organisationen intensiviert und bei heraufziehenden Krisen

frühzeitig gemeinsam über die Lage, Zielvorstellungen und mögliche Maßnahmen gesprochen werden." (Autorenreferat)

[78-CSA] Laity, Mark:

Preventing War in Macedonia: Pre-Emptive Diplomacy for the 21st Century., in: 9vii+91p
Whitehall Paper 68, 2008, Royal United Services Institute for Defence and Security Studies

INHALT: In 2001, in the aftermath of the war in Kosovo, the stability of the Balkans was once again threatened by flaring ethnic tensions in the former Yugoslav Republic of Macedonia. But civil war was averted. In this study, the author gives the first detailed insider's account of the NATO-led international effort that prevented war in Macedonia.

[79-L] Leiß, Olaf:

Ethnische Konflikte als Herausforderungen für die NATO, in: Heiner Timmermann, Helmut Wagner (Hrsg.): Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand : Europa und die USA zwischen Bruch - Irritation - Kooperation, Münster: Lit Verl., 2005, S. 159-182, ISBN: 3-8258-8445-7 (Standort: UB Regensburg(355)-51/ML/1100/T584)

INHALT: Der Verfasser setzt sich zunächst auf theoretischer Ebene mit Ethnien und Nationen auseinander und zeigt, warum ethnische Konflikte oftmals durch besondere Brutalität gekennzeichnet sind. Er fragt vor diesem Hintergrund, welche Chancen und Probleme sich für militärische Interventionen von außen in solche Konflikte ergeben. Illustriert wird dies am Beispiel des Krieges in Bosnien-Herzegowina und der NATO-Intervention 1993/1994. Dieses Beispiel zeigt, dass ein Eingreifen in einen ethnisch motivierten Bürgerkrieg für die intervenierenden Mächte unabsehbare Risiken birgt. Durch die langwierigen Folgen dieses Konflikts wird die NATO im Rahmen der SFOR auf lange Zeit in Bosnien-Herzegowina gebunden, obwohl dauerhaftes Krisenmanagement außerhalb der Bündnisgrenzen eigentlich nicht zu ihren Aufgaben gehört. (ICE2)

[80-L] MacDonald, David Bruce:

Balkansturm 1999?: die Vereinigten Staaten, die NATO und die Bombardierung Jugoslawiens, in: Adam Jones (Hrsg.): Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen, Berlin: Parthas Verl., 2005, S. 324-349, ISBN: 3-86601-390-6 (Standort: UB Essen(465)-11/LENF1205)

INHALT: Der Verfasser legt eine kritische Aufarbeitung von Clintons "Allied Force" im Kosovo vor. Ausgehend vom Hintergrund der NATO-Intervention und den strategischen Vorstellungen der NATO-Mitglieder werden die Folgen der Bombardierungen untersucht und es wird gezeigt, gegen welche internationalen Gesetze und Konventionen verstoßen wurde. Es wird deutlich gemacht, dass die USA in diesem Fall keine Kriegsverbrechen begingen, jedoch zahlreiche internationale Gesetze und Konventionen brachen und unermessliche Kollateralschäden verursachten. Als wesentliche Mängel der Intervention nennt der Verfasser neben ihrer überstürzten Einleitung die Abneigung, das Leben eigener Soldaten zum Schutz von Zivilisten zu gefährden, offensichtliche Unkenntnis der Region und den Einsatz fragwürdiger Waffen. (ICE2)

[81-L] Mappes-Niediek, Norbert:

Die Folgen des Kosovo-Krieges, in: Wissenschaft und Frieden : W&F, Jg. 22/2004, H. 1, S. 24-27

INHALT: "Mehr als vier Jahre nach dem Kosovo-Krieg zieht der Autor eine Bilanz. Für ihn hat sich an den Debatten zum Kosovo-Krieg nicht viel verändert; sind die Argumente der Gegner und der Befürworter der Nato-Intervention allenfalls noch starrer geworden: Nur einige wenige Nebel von damals haben sich ein wenig gelichtet. Vom 1999 viel diskutierten 'Hufeisen-Plan', den der ungeschickte deutsche Verteidigungsminister Scharping der Öffentlichkeit präsentiert hatte, ist heute nicht mehr die Rede. Selbst hohe Militärs geben hinter vorgehaltener Hand zu, dass dieser angebliche Geheimplan zur Massenvertreibung der Albaner bloß ein Instrument der Desinformation war. Auch bei den

Gegner der Intervention sieht der Autor ein festhalten an den 'fixen Ideen' von damals: Zur Gewissheit hat sich verfestigt, der Westen habe damals ganz Serbien besetzen wollen und seine Absicht in einen 'Annex B' des in Rambouillet verhandelten Autonomieplanes für das Kosovo versteckt. Der Autor selbst zieht eine gespaltene Bilanz. Er untersucht die Folgen für die Weltpolitik, die seiner Meinung nach, soweit sie sich überhaupt schon erkennen lassen, negativ gewesen sind, und die Folgen für die Region, die er als überraschend positiv bewertet. 'Für die Region war der Krieg ein gefährliches Abenteuer, das vergleichsweise glücklich ausgegangen ist.' (Autorenreferat)

[82-L] Meurs, Wim van:

Von Kosovo lernen, heißt..., in: Jule Böhmer, Marcel Vietor (Hrsg.): Osteuropa heute : Entwicklungen - Gemeinsamkeiten - Unterschiede, Münster: Lit Verl., 2007, S. 147-166, ISBN: 978-3-8258-0810-5 (Standort: UB Bonn(5)-2008/3093)

INHALT: Der Verfasser stellt die Entwicklung der Auseinandersetzungen um Kosovo dar und analysiert insbesondere die Strategien der beteiligten regionalen wie internationalen Akteure und den Umgang mit der Statusfrage von Kosovo. Heute, so der Autor, scheint die Frage des endgültigen Status von Kosovo fester verschnürt denn je zuvor. Angesichts der intensiven Bemühungen der letzten Jahre um eine einvernehmliche Lösung - seit der NATO-Intervention vom Frühjahr 1999 und insbesondere seit den Wiener Verhandlungen von 2006 - ist dies ein ernüchterndes Ergebnis. Dennoch kam die Ablehnung des Ahtisaari-Plans durch Serbien nicht überraschend und hat Kosovo seinem Ruf als "gordischer Knoten" des Balkans erneut alle Ehre getan. Dennoch wäre es ein Trugschluss, aus dieser Feststellung auf die Unüberwindbarkeit ethnischer Gegensätze und dementsprechend auf die Nationalstaatsbildung als oftmals blutiger, aber in letzter Instanz natürlicher historischer Prozess zu schließen. Wären nur der völker- und verfassungsrechtliche Status von Kosovo nicht so zweideutig und der Verhandlungsprozess zwischen Belgrad und Pristina nicht so verfahren, wie sie in der Tat sind, dann wäre über eine Normalisierung des interethnischen Alltags und/oder eine koordinierte Strategie der internationalen Gemeinschaft eine tragfähige Statuslösung durchaus denkbar. Die durch mehrere Jahrhunderte ethnischer Segregation und die kollektive Erinnerung an verschiedene blutige Konfrontationen zielstrebig von ethnic entrepreneurs geförderte "Unvereinbarkeit" von Albanern und Serben in Kosovo schließt diesen Lösungsweg auch mittelfristig aus. Bemühungen in dieser Richtung sind langfristig von großer Bedeutung, aber werden keinen Durchbruch in der Statusfrage herbeiführen. Kurzfristig wird die russische Blockade im UNO-Sicherheitsrat und die generelle Moskauer Strategie, Konflikte in verschiedenen Weltregionen zu schüren und westliche Lösungsansätze aus machtpolitischen Gründen zu torpedieren, auch auf dieser Ebene eine zumindest formale Klärung des Status von Kosovo unmöglich machen. Der Preis für ein russisches Plazet wäre eine Präcedenzwirkung und die Anerkennung oder zumindest Akzeptanz neuer russischer Satelliten als unabhängiger Quasi-Staaten wie Südossetien, Transnistrien oder Abchasien. Die Präcedenzen anderer Konflikte um Souveränität und Staatlichkeit wie Palästina, Taiwan, Transnistrien oder Zypern zeigen, dass nichts so dauerhaft und beharrlich ist wie eine ungeklärte Statusfrage bzw. eine völkerrechtlich und verfassungsrechtliche Hängepartie. Nach wenigen Jahren haben die Bürger sich notgedrungen mit der realen Situation vor Ort abgefunden und arrangiert. Gleichzeitig haben die politischen Kontrahenten sich in ihre Standpunkte verbissen und durch rhetorische Polarisierung Annäherungsversuche oder Kompromisslösungen unmöglich gemacht. So verfestigt sich ein evident dysfunktionales Staatsgebilde wie Bosnien-Herzegowina und wird ein nicht anerkannter Quasistaat wie Transnistrien zum Dauerphänomen. Diese normative Kraft des Faktischen wird sich auch im Falle Kosovo durchsetzen. (ICG2)

[83-L] Müller, Olaf L.:

Pazifismus mit offenen Augen, in: Jean-Daniel Strub, Stefan Grotefeld (Hrsg.): Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg : Paradigmen der Friedensethik im Diskurs, Stuttgart: Kohlhammer, 2007, S. 23-59, ISBN: 978-3-17-019508-0 (Standort: UB Bonn(5)-2007/6722)

INHALT: Ein geläufiger Vorwurf an die Adresse von PazifistInnen lautet, sie seien blind für die Realitäten dieser Welt. Der Autor greift diesen Einwand auf und versucht zu zeigen, dass eine nicht-rigoristische, hier als Einzelfallpazifismus bezeichnete Form des Pazifismus keineswegs blind für die Fak-

ten ist. Als exemplarischer Fall wird die militärische Intervention der NATO im Kosovo in den 1990er Jahren herangezogen. Was den Einzelfall pazifisten von seinen Gegnern unterscheidet, ist der Umstand, dass er die Fakten anders deutet als jene, nämlich im Lichte eines bestimmten Systems von Werten. Genau dies tun aber auch seine Gegner. Der Streit zwischen den beiden Parteien, der sich angeblich auf wertfrei-deskriptivem Boden bewegt, kommt eben deshalb zu keinem Ende, weil es keine objektiven Tatsachen gibt, die den Streit eindeutig zugunsten der einen oder der andern Seite entscheiden könnte. Ferner lässt sich die wertbeladene Weltsicht des Pazifisten als eine Befolgung dreier epistemischer Imperative rekonstruieren, die ihrerseits mit jenen regulativen Prinzipien verglichen werden können, die gemäß I. Kant notwendig sind, um den naturwissenschaftlichen Untersuchungen eine Orientierung zu geben. Da sich die Erkenntnismethode des Pazifisten demnach in entscheidender Hinsicht nicht von der naturwissenschaftlichen Erkenntnismethode unterscheidet, wäre es unredlich, Pazifisten vorzuwerfen, sie seien auf irrationale Weise blind für die harten Wirklichkeiten. Selbst wer den Pazifismus ablehnt, sollte ihm daher nicht den intellektuellen Respekt verweigern. Mehr noch: Dass der Pazifismus darüber hinaus eine attraktive Position darstellt, versucht der Autor abschließend anhand einer Skizze der mit der Haltung des Pazifisten verbundenen intellektuellen und emotionalen Tugenden zu zeigen. (ICG2)

[84-L] Mutz, Reinhard:

Kriegswaise Kosovo, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 1, S. 16-19 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.blaetter-online.de/artikel.php?pr=2735)

INHALT: Der Beitrag erörtert in kritischer Weise die Sicherheits- und Friedenspolitik des Westens im Kosovo. So werden im ersten Schritt zunächst die politischen Ziele der UNO und NATO (Autonomie/staatliche Souveränität, territoriale Integrität, multinationales Prinzip, Friedenssicherung) auf dem Balkan skizziert und es wird auf ihre bisherige Nichtrealisierung hingewiesen. Der zweite Schritt beleuchtet anschließend die dilettantische Krisendiplomatie von NATO und OSZE bei dem Versuch der Gewaltdeeskalation in Südosteuropa. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Nichteinbindung der albanischen Befreiungsarmee UCK sowie die fehlende Mitwirkung Russlands bemängelt. Ferner leben an den Rändern des Kosovo wieder revisionistische Unabhängigkeitsparolen auf, die eine Gefahr für Frieden und Stabilität auf dem Balkan darstellen. (ICG2)

[85-L] Öövel, Andrus:

Current activities and the future outlook for border security in South Eastern Europe, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): Security sector governance in the Western Balkans 2004 : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 111-122, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Der Autor sieht die wesentlichen Gründe für die Aktualität der Problematik der Grenzsicherheit in der Eigenart der Situation nach dem Ende des Kalten Krieges sowie in der fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung. Darüber hinaus richtet er die Aufmerksamkeit auf spezifisch regionale Faktoren wie die Marginalisierung einzelner religiöser und ethnischer Gruppen, die Eskalation der organisierten Kriminalität und die Armut in der Region. Er analysiert die einzelnen institutionellen Schritte auf dem Gebiet der Sicherung der Grenzen auf europäischer Ebene. Damit sind auch die grundlegenden Reformen auf diesem Gebiet verbunden. Dabei handelt es sich um Entwicklung neuer Organisationsstrukturen, um Regeln und Verfahren und um Human-Ressource-Management. Diese Entwicklungen werden auch international gefördert; einzelne Programme und Projektträger werden präsentiert. Abschließend werden die Vorteile der sogenannten regionalen Herangehensweise zur Diskussion gestellt. (ICG)

[86-L] Overhaus, Marco:

"Marginalisierung Europas?": Europas militärische Präsenz in der Welt seit dem Ende des Kalten Krieges - von Kuwait bis Afghanistan, in: Michael Salewski, Heiner Timmermann (Hrsg.): *Armeen in Europa - europäische Armeen : von den Kreuzzügen bis ins 21. Jahrhundert*, Münster: Lit Verl., 2004, S. 179-192, ISBN: 3-8258-7546-6 (Standort: UB Bonn(5)-2004/5177)

INHALT: Der Verfasser geht den Fragen nach, ob sich seit dem Ende des Kalten Krieges tatsächlich eine entsprechende "Arbeitsteilung" im militärischen Bereich und folglich eine "Marginalisierung Europas" beobachten lässt und wie sich dies auf die politischen und militärischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Europäer auf internationale Kriseneinsätze ausgewirkt hat. Im Mittelpunkt stehen dabei jene Kriegsschauplätze, die in besonderem Maße die europäische Sicherheitspolitik seit 1990 geprägt haben: der 2. Golfkrieg, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Afghanistan. Anhand eines Überblicks wird verdeutlicht, dass sich in der Tat eine asymmetrische Lasten- und Aufgabenverteilung im militärischen Bereich zwischen Europa und den USA entwickelt hat, die auf Dauer auch den Zusammenhalt der NATO schwächen kann. Der Autor argumentiert, dass diese Entwicklung zur Folge hat, dass sich auch die Einwirkungsmöglichkeiten der europäischen Mitgliedstaaten auf die amerikanische Militärpolitik von einem ohnehin geringen Niveau weiter reduzieren werden. Statt jedoch den stark gestiegenen amerikanischen Militärausgaben hinterherzulaufen, bietet gerade die Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Möglichkeit, vorhandene Ressourcen zu bündeln und somit besser zu nutzen. (ICG2)

[87-L] Overhaus, Marco:

Europäische Soldaten und Blauhelme: Eine schwierige Partnerschaft?: zur Regionalisierung von Peacekeeping-Einsätzen in Europa, in: Michael Salewski, Heiner Timmermann (Hrsg.): *Armeen in Europa - europäische Armeen : von den Kreuzzügen bis ins 21. Jahrhundert*, Münster: Lit Verl., 2004, S. 167-178, ISBN: 3-8258-7546-6 (Standort: UB Bonn(5)-2004/5177)

INHALT: Der Verfasser zeigt, dass sich trotz aller fortbestehenden strukturellen Probleme die Zahl der laufenden Peacekeeping Operationen der Vereinten Nationen stets zwischen 15 und 20 bewegte, und auch die aufgewendeten finanziellen Mittel und die Anzahl der entsandten Blauhelmsoldaten Mitte der 1990er Jahre wieder gestiegen sind. Gleichzeitig wird mit Blick auf Europa eine Regionalisierung friedenserhaltender Maßnahmen auf zwei verschiedenen Wegen konstatiert. Zum einen leisten europäische Blauhelme im Rahmen von UNO-Operationen schwerpunktmäßig in Europa ihren Dienst. Wenngleich die finanziellen Lasten des UNO-Systems friedenserhaltender Maßnahmen in den 1990er Jahren zu einem beträchtlichen Teil von Westeuropa und den USA übernommen wurden, ist die Lastenteilung bezüglich der Bereitstellung von Soldaten, zivilem Personal und Polizeibeamten im Weltmaßstab weit weniger solidarisch gewesen. Zum zweiten fand eine Regionalisierung friedenserhaltender Maßnahmen in dem Maße statt, indem mit der NATO und der ESVP europäisch-atlantische Sicherheitsinstitutionen entsprechende Funktionen parallel zu den Vereinten Nationen übernommen haben. Europa ist in dieser Entwicklung bisher durchaus einzigartig, da es in anderen Weltregionen (noch) keine entsprechenden Organisationen gibt, die effektiv und auf Dauer Peacekeeping Operationen, möglicherweise gar mit einem "robusten" Mandat, durchführen können. Jene Soldaten aus europäischen Staaten, die im Rahmen der SFOR und KFOR-Missionen der NATO in Südost-Europa stationiert sind, übertreffen die europäischen Blauhelme im System der Vereinten Nationen zahlenmäßig bei weitem. Auch dies kann als Ausdruck einer Regionalisierung oder "Europäisierung" friedenserhaltender Maßnahmen gewertet werden. Es wird die Frage zur Diskussion gestellt, ob diese Entwicklung aus der Perspektive der Vereinten Nationen als eine willkommene Entlastung und möglicherweise als Arbeitsteilung gewertet werden kann, oder ob sich das Verhältnis europäischer Soldaten zu den Blauhelmen eher als ein Konkurrenzverhältnis entpuppt. (ICG2)

[88-L] Petritsch, Wolfgang; Pichler, Robert; Prochazka, Martin:

Kosovo - Kosova: der lange Weg zum Frieden, Klagenfurt: Wieser 2004, 373 S., ISBN: 3-85129-430-0

INHALT: Das Buch ist ein Beispiel für die Fruchtbarkeit der Kooperation von aktiv politisch Handelnden und Wissenschaftlern. Petritsch hat als Diplomat den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien aus

nächster Nähe miterlebt und war unter anderem als Hoher Repräsentant der EU in Bosnien-Herzegowina, als EU-Sonderbotschafter im Kosovo und als Chefunterhändler der EU bei den Verhandlungen in Rambouillet und Paris aktiv. Der österreichische Historiker Pichler beschäftigt sich seit längerem mit dem südöstlichen Europa. Die beiden Autoren erläutern zunächst die konfliktreichen Beziehungen von Serben und Albanern im 20. Jahrhundert, um auf dieser Basis im Hauptteil die Politik der internationalen Staatengemeinschaft in der Kosovo-Frage detailliert zu analysieren. Sie schildern dabei sowohl den Konfliktverlauf als auch vor allem die Geschehnisse in und um die Verhandlungen, mit denen versucht wurde, den Konflikt einzugrenzen bzw. zu lösen. Petritsch lässt den Leser dabei häufig an seinem diplomatischen Hintergrundwissen teilhaben. Es wird deutlich, dass sowohl historische als auch kulturelle und politische Faktoren ein kaum entwirrbares Knäuel bildeten, dass in mühsamen Verhandlungen entwirrt werden musste. Nicht selten ging es dabei knallhart zur Sache, wenn etwa die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright den Kosovo-Albanern unmissverständlich klarmachte, wer das Sagen hatte. Das Scheitern Rambouillets führen die Autoren einerseits auf die Politik Milosevic, andererseits aber auch auf 'strukturelle Schwächen der internationalen Präventions- und Interventionspolitik'; (264) zurück. Das Buch endet jedoch nicht mit den Verhandlungen von Rambouillet. In einem gesonderten Kapitel führt der österreichische Historiker Martin Prochazka die Darstellung von 1999 bis ins Jahr 2004 weiter. (ZPol, VS)

[89-L] Prosch, Bernhard; Petermann, Sören:

Selbsterstörung als Drohung: zur Modellierung des Kosovo-Kriegs, in: Joachim Behnke, Thomas Plümper, Hans-Peter Burth (Hrsg.): Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie : Bd. 3, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 95-124, ISBN: 3-531-14339-5

INHALT: "Bernhard Prosch und Sören Petermann analysieren den Kosovo-Krieg als strategisches Spiel zwischen NATO und Jugoslawien, in dem beide Seiten ihre Ziele durch Drohungen (NATO) beziehungsweise das Ignorieren der Drohung (Jugoslawien) durchsetzen wollen. Prosch und Petermann interpretieren den Kosovo-Konflikt als Chicken-Game mit den jedem Spieler zur Verfügung stehenden beiden Strategien 'hart bleiben' und 'nachgeben'. Dieses Spiel weist zwei Nash-Gleichgewichte auf, bei denen jeweils der eine der beiden Spieler 'hart bleibt', während der andere 'nachgibt'. Um das von ihm bevorzugte Gleichgewicht zu erreichen, hat in einer solchen Situation jeder der beiden Spieler ein Interesse, dem anderen zu signalisieren, dass er sich schon längst auf die defektive Strategie 'hart bleiben' festgelegt hat und sich aus dieser Selbstbindung nicht mehr lösen kann. Prosch und Petermann verwenden nun die Spieltheorie als Folie, vor deren Hintergrund bestimmte Züge der handelnden Parteien interpretiert werden können. In diesem Sinn werden z.B. Drohungen und Propaganda der beiden Kriegsparteien als Mittel, eine solche Selbstbindung zu erzielen, interpretiert." (Autorenreferat)

[90-L] Rollins, John W.:

Realizing greater levels of cooperation and coordination: a military perspective from the Balkans, in: Dennis Dijkzeul (ed.): Between force and mercy : military action and humanitarian aid, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl., 2004, S. 261-299, ISBN: 3-8305-0907-3

INHALT: Der Beitrag untersucht aus militärischer Perspektive Wege zur verbesserten zivil-militärischen Kooperation und Koordination mit besonderem Blick auf humanitäre Aktionen am Beispiel der Post-Konfliktphase auf dem Balkan. So werden zunächst die politischen, militärischen und humanitären Aufgaben und Ansprüche der NATO bei ihrem Einsatz auf dem Balkan beschrieben, die eine Stabilisierung der Sicherheitslage zum Ziel haben. Auf dieser Grundlage werden im Anschluss folgende Aspekte hinsichtlich ihrer Auswirkungen näher betrachtet und entsprechende Verbesserungsmöglichkeiten genannt: (1) der militärische Eingriff in das Zivilrecht und die Zivilordnung, (2) die militärische Beteiligung an humanitären Aktivitäten sowie (3) die Herangehensweise der NATO an die zivil-militärische Kooperation. In einem Fazit fasst der Autor die auftretenden Probleme der zivil-militärischen NATO-Politik zusammen und verweist auf die Möglichkeiten ihrer Behebung. Hierbei wird insbesondere auf das Potential eines grundsätzlich besseren Verständnisses der Mandate, Kulturen und modus operandi der Organisationen, die in unterschiedlichen funktionalen Bereichen arbeiten, aufmerksam gemacht. (ICG2)

[91-L] Rotte, Ralph:

Die Diskussion um Legalität und Legitimität des "Demokratischen Interventionismus" im Lichte des Kosovo und des Irakkrieges von 1999 und 2003, (Electronic Discussion Papers / IPW-Arbeitspapiere, No. 17), Aachen 2006, 53 S. (Graue Literatur; www.ipw.rwth-aachen.de/for/paper/paper_17.html)

INHALT: Der vorliegende Aufsatz untersucht vor dem besonderen Hintergrund der militärischen Interventionen der NATO und der USA mit ihren Verbündeten in der "Koalition der Willigen" im Kosovo 1999 bzw. im Irak 2003 eine zentrale Problemstellung der internationalen Politik: der Frage des "Demokratischen Interventionismus" und seiner Legitimität als möglicher Richtschnur für eine Weltordnungspolitik des Westens zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das völkerrechtliche wie ethische und praktische Problem militärischen Eingreifens zu humanitären Zwecken oder - weiter gefasst - zur Verbreitung der Demokratie ist natürlich keineswegs neu. Bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert gibt es in der europäischen Politik und Völkerrechtslehre intensive Auseinandersetzungen um die Legalität solcher militärischer Maßnahmen und die Diskussion um die Legitimität des Krieges "für einen guten Zweck" ist so alt wie die internationale Politik selbst. Doch nach dem Ende des Kalten Krieges mit der neuen Komplexität der internationalen Beziehungen und dem augenscheinlichen Scheitern einer "Neuen (friedlichen) Weltordnung" spätestens nach dem 11. September 2001 hat die Frage, unter welchen Bedingungen die Anwendung militärischer Gewalt im internationalen System und hier insbesondere durch die westlichen Demokratien angesichts von Menschenrechtsverletzungen, Despotien und neuen Bedrohungslagen nicht zu beanstanden ist, deutlich an Bedeutung gewonnen. (ICD2)

[92-L] Schmitt, Sylvia Irene:

Krisenherd Balkan - eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft: Ermittlung der Konfliktursachen, Analyse des Jugoslawien-, Kosovo- und Mazedonien-Krieges und kritische Bewertung der Konfliktregulierungsstrategien der internationalen Staatengemeinschaft, (Schriften zur internationalen Politik, 13), Hamburg: Kovac 2005, 516 S., ISBN: 3-8300-2116-X

INHALT: Die Autorin will die Konfliktregulierungsbemühungen der auf dem Balkan agierenden internationalen Organisationen (OSZE, EU, UNO und NATO) bewerten sowie Möglichkeiten und Grenzen, Leistungen und Versäumnisse der internationalen Staatengemeinschaft bei der Regulierung der inner- und zwischenstaatlichen Balkankriege aufzeigen. Dabei werden die jeweiligen historischen, nationalen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen in die Diskussionen der Friedens- und Konfliktforschung eingebettet, um somit die von den internationalen Organisationen eingesetzten Maßnahmen und Strategien der Konfliktregulierung identifizieren zu können. Das größte Hindernis bei der Beendigung der frühen Kriege im ehemaligen Jugoslawien sei die geringe Bereitschaft der internationalen Organisationen zur Zusammenarbeit gewesen und die Konkurrenz zwischen den Staaten. Die EU habe sich in den 90er-Jahren unfähig gezeigt, in Abstimmung mit den USA gemeinsame Strategien für eine autoritative Konfliktregulierung zu erarbeiten. Zudem hätten die Balkankriege die Grenzen der Handlungsfähigkeit der UNO aufgezeigt, was zuletzt während des Mazedonien-Konfliktes sichtbar geworden sei. Das entschlossene und gemeinsame Vorgehen von EU und NATO habe hingegen zu einer politischen Lösung des Konfliktes beitragen können. (ZPol, NOMOS)

[93-CSA] Seroka, Jim:

Security Considerations in the Western Balkans: NATO's Evolution and Expansion, in: East European Quarterly 2007, 41, 1, Mar, 25-38., 2007, ISSN: 0012-8449

INHALT: Argues that the North Atlantic Treaty Organization (NATO) should make every effort to integrate the Western Balkans into the alliance given the region's influence on NATO's future & the security of Europe. Discussion begins with a look at NATO's changing role in the postcommunist period, 1989-1999. Attention is given to challenges confronting NATO after adopting the 1999 Strategic Concept & efforts to redefine its mission & role in 2006. The NATO enlargement process is addressed before considering the implications of Western Balkan security conditions for NATO membership; key choices that NATO must face with respect its role & mission are examined in this light.

Some membership waivers for countries of the Western Balkans are advocated, & it is argued that NATO's ongoing relevance hinges on its response to the new security environment.

[94-F] Sokolowska, Patrycja, M.A. (Bearbeitung); Pradetto, August, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien in den Jahren 1990-2002

INHALT: Infolge der 1989/1990 auf dem Gebiet Europas eingetretenen politischen Veränderungen, die auch neue Destabilisierungsgefahren auf dem Balkan mit sich brachten, ergab sich für die Bundesregierung, wie auch für die einzelnen politischen Parteien, die Notwendigkeit, die bisherigen Voraussetzungen der eigenen Politik zu ändern. Das wichtigste Anzeichen für eine derartige Neujustierung der Paradigmen in der Sicherheits- und Außenpolitik wurde das politische und militärische Engagement der Bundesrepublik bei der Friedenssicherung in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, als auch bei der Konfliktprävention in Mazedonien, also der Vorbeugung und Beseitigung der Folgen der Waffenkonflikte auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Es besteht dabei kein Zweifel daran, dass die Frage einer aktiven Beteiligung der Bundeswehr an Operationen mit rein militärischem Charakter (peace-keeping, peace-making), die außerhalb der Grenzen Deutschlands und der NATO realisiert wurden, eine besondere Rolle in dieser Hinsicht spielte. Diese Problematik wurde innerhalb der letzten 15 Jahre zu einem wesentlichen Faktor, der die Gestalt der deutschen Außenpolitik bedingte. Im Zusammenhang damit ist das Ziel der Promotion, eine möglichst ausführliche und auf einer Analyse aufbauende Darstellung der durch die Bundesregierung und die politischen Parteien des Bundestages vertretenen Konzeptionen der Außenpolitik in Bezug auf den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, des Umfangs der Beteiligung der deutschen Streitkräfte an der Wiederherstellung und militärischen Erzwingung des Friedens im westlichen Balkan sowie der Hauptvoraussetzungen der deutschen Sicherheitspolitik gegenüber den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse auf die deutsche Außenpolitik insgesamt. Auch ist es Forschungsabsicht, die grundsätzlichen innenpolitischen und internationalen Bedingungen der geführten Diskussion über den Einsatz von deutschen Truppen in Operationen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien zu untersuchen und die Differenzen und Ähnlichkeiten in den durch die einzelnen Parteien vertretenen Strategien zu ermitteln. Die Arbeit stellt dabei auch den Versuch dar, den Umfang und die Intensität des militärischen Engagements Deutschlands bei der Verstärkung der Stabilität und Sicherheit in Süd- und Osteuropa zu erfassen. Dabei sind sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Voraussetzungen für derartige Maßnahmen, wie auch für den Einfluss in dieser Region auf die Gestalt einer gesamteuropäischen Friedensordnung, zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist die Hauptthese des Projekts in der Feststellung enthalten, dass mit den politischen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre Süd- und Osteuropa zu einem Gebiet von wesentlicher Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geworden ist, und dass diese Veränderungen nicht nur die Stabilität dieses Staates und des gesamten Kontinents beeinflussten, sondern auch den Bereich der deutschen Aktivität in der internationalen Politik. Denn dieses Land war, trotz der entscheidenden Verbesserung der geostrategischen Lage des wiedervereinigten Deutschlands, nach wie vor zahlreichen Gefahren ausgesetzt, die sich vor allem aus der instabilen Situation auf diesem Gebiet ergaben, was - trotz der innen- und außenpolitischen Beschränkungen - das aktive und auch militärische Engagement Deutschlands erzwang. *ZEITRAUM:* 1990-2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, ehemaliges Jugoslawien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien

ART: *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Manfred-Wörner-Stipendium

INSTITUTION: Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Internationale Politik Professur für Politikwissenschaft, insb. auswärtige und internationale Politik osteuropäischer Staaten (Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-6541-3526, e-mail: patsok@wp.pl)

[95-L] Theiler, Olaf:

NATO: Sicherheitspolitische Aufgabenfelder und Missionen, in: Franz Kernic, Gunther Hauser (Hrsg.): Handbuch zur europäischen Sicherheit, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 203-222, ISBN: 3-631-52920-1 (Standort: UB Paderborn(466)-PEN6096)

INHALT: Der Beitrag zum gegenwärtigen Stand und der jüngeren Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur erörtert die sicherheitspolitische Relevanz der NATO im 21. Jahrhundert. Dabei geht es um die Frage, ob die NATO vielleicht über die Praxis zu einer neuen *raison-d'être* finden kann, oder aber, ob der zu beobachtende militärische Aktivismus nur über die politischen Auseinandersetzungen im Bündnis und die unterschiedlichen Auffassungen über die sicherheitspolitischen Kernaufgaben der Allianz hinwegtäuschen soll. Für eine mögliche Beantwortung werden die Entwicklung des out-of-area-Engagements der NATO dargestellt und die mit ihnen zusammenhängenden politischen Probleme und Konflikte kritisch analysiert. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Punkte: (1) der Zweite Golfkrieg und der Beginn der out-of-area-Debatte, (2) die Balkan-Einsätze sowie (3) das Engagement in Afghanistan bzw. Irak und die Frage nach der Globalisierung der NATO. Der Unterschied der aktuellen Linie der 'neuen' NATO für den Umgang mit einer zunehmenden Anzahl von out-of-area-Konflikten im Vergleich zum Konsens des 'alten' Verteidigungsbündnisses im Kalten Krieg könnte kaum größer sein. Im besten Falle entwickelt sich hier ein neuer *modus vivendi* mit drei Einzelstufen: Analyse in den Nationalstaaten; Konsultation über die institutionellen Mechanismen der Allianz; Reaktion bzw. Handlung abgestuft je nach Konsensfähigkeit bzw. Konfliktwilligkeit der Mitglieder. Trotz gesteigener militärischer Handlungsfähigkeit ist jedoch die Gefahr einer dauerhaften politischen Lähmung der Allianz durch divergierende Nationalinteressen noch lange nicht abgewendet. (ICG2)

[96-L] Tönnies, Sibylle:

Habermas' Bauchschmerzen: wie tragfähig ist das europäische Konzept?, in: Barbara Bleisch, Jean-Daniel Strub (Hrsg.): Pazifismus : Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Bern: Haupt, 2006, S. 277-290, ISBN: 3-258-06947-6 (Standort: LB Detmold(51)-OCG131)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Position auseinander, die J. Habermas in jüngerer Zeit gegenüber der Frage nach der Legitimität humanitärer Interventionen eingenommen hat. Habermas' Position scheint hier deswegen von Bedeutung, weil dieser gleichsam als deren geistiger Vater die Haltung eines wichtigen Teils der europäischen Zivilgesellschaft verkörpert. Deshalb ist es fatal, wenn Habermas die NATO-Interventionen in Ex-Jugoslawien aus moralischen Gründen rechtfertigt (und gar frühzeitig gefordert hat) und ihm diese Position bloß Bauchschmerzen verursacht, ihn aber nicht zur Einsicht in seine Selbstwidersprüchlichkeit geführt hat. Schließlich hat Habermas damit aus moralischen Erwägungen (und damit aus *prima facie* plausibeln Gründen) letztlich das gefordert, was heute nicht nur er, sondern weite Teile der europäischen Öffentlichkeit der amerikanischen Außenpolitik vorwerfen: die Missachtung und das selektive Respektieren des Völkerrechts. Dieses aber, so die Autorin, ist und bleibt, gerade auch mit dem Veto-Recht der fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, in der heutigen Welt das einzige - und damit höchstrangige - Mittel der internationalen Friedenssicherung. Entweder man fordert den Weltstaat, oder man muss mit den meisten Pazifisten den Mut haben, auch angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen am geltenden Völkerrecht festzuhalten. (ICG2)

[97-L] Varwick, Johannes:

Die NATO: vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, (Beck'sche Reihe), München: Beck 2008, 198 S., ISBN: 978-3-406-56809-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/2751)

INHALT: "Dieses Buch zieht anlässlich des 60. Gründungstages eine kritische Bilanz der NATO. 1949 als reines Verteidigungsbündnis in der Zeit des Kalten Krieges geschlossen, schildert der Autor die gravierenden Änderungen, die das Bündnis in sechs Jahrzehnten erfahren hat. Die Allianz dient den Mitgliedstaaten nicht mehr nur als Verteidigungsbündnis, sondern versteht sich in zunehmendem Maße als militärisch-politische Organisation, die die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten wahren und zugleich weltweit für friedliche stabile Verhältnisse sorgen soll. Nimmt die NATO immer mehr die

Aufgaben einer Weltpolizei wahr, die ihr gar nicht zustehen? Wer entscheidet über die Wahl der Mittel, die von ihr eingesetzt werden? Was bedeuten die Bemühungen der Europäischen Union um eine eigenständige Sicherheitspolitik für die Existenz der NATO? Wie sieht die Zukunft der Allianz in einer Welt aus, die zunehmend von Gefahren bedroht ist, die die bisherigen nationalen Grenzen überschreiten?" (Autorenreferat)

[98-L] Verner, Liljana; Voß, Angelika:

Die langen Schatten der "Neuen Kriege": Das Beispiel Jugoslawien, in: Ralph-Maria Luedtke, Peter Strutyński (Hrsg.): *Neue Kriege in Sicht : Menschenrechte - Konfliktherde - Interessen*, Kassel: Jenior, 2006, S. 97-113, ISBN: 3-934377-95-5 (Standort: Bayer. SB München(12)-2007.7967)

INHALT: Die Verfasserinnen setzen sich kritisch mit dem Ende der Bundesrepublik Jugoslawien auseinander. Vor dem Hintergrund der Analyse der geschichtlichen Entwicklung dieses Landes werden die Hilfsaktivitäten als 'humanitäre Alternative' zum Krieg erläutert und es wird gezeigt, dass es sich dabei um Realisierung neoliberaler Interessen handelt. Mit Blick auf Kriegs begründung, Kriegsführung und Besetzung Jugoslawiens wird argumentiert, dass die 'Neuen Kriege' sich durch die ökologische Kriegsführung und durch den unipolaren Machtfaktor modernster Hochtechnologien auszeichnen, die mit immer weniger militärischem Personal zu immer größeren Opfern unter der Zivilbevölkerung führen. Sie sind Kennzeichen einer Grundsteinlegung für die Akzeptanz einer Militarisierung, Hierarchisierung wie Rekolonialisierung auch innerhalb Europas. Dazu gehören sowohl die "Militarisierung" der Wirtschaft wie die "Privatisierung" des Militärs und die Aushebelung der Gewaltenteilung durch Verwischung von Polizei- und Militäraufgaben. Investoren wie Armee bedienen sich mittlerweile gleicher Strategien, beginnend mit globaler Vernetzung, entsprechender Werbung und globaler Präsenz bei der Privatisierung. Private Militärfirmen erzielen ihre Gewinne aus der Instabilität von Staaten und Regionen und sind daher kaum an einer friedlichen Konfliktlösung interessiert. Die widersprüchliche Interessenlage von diesen Unternehmen und der "internationalen Gemeinschaft" trägt schon deshalb eher zu einer Destabilisierung und Konfliktaufladung statt zur Lösung des Problems bei. (ICG2)

[99-CSA] Watkins, Amadeo; Gligorijevic, Srdjan:

NATO and the Balkans: The Case for Greater Integration., in: *NATO Review* 5p
<http://www.nato.int/docu/review/2007/issue2/english/art3.html>, 2007, ISSN: 0255-3813

INHALT: After solid engagement with the region since the Bosnian war, NATO today retains a significant presence in the western Balkans, maintaining the presence of KFOR, three local headquarters, and a new liaison office in Belgrade. This presence improves security and facilitates Euro-Atlantic integration; nevertheless, work is needed to improve the perception of the Alliance in some countries, resolve the status of Kosovo, and aid in the transition to local ownership of stability and security.

5 Beitrittskandidaten und -interessenten

[100-CSA] Center for Research and Policy Making:

To Name or Not to Name? Greek Nationalism Ltd., in: 8p Policy brief no. 17, 2008, Center for Research and Policy Making

INHALT: Macedonia was recently denied a NATO membership invitation because of a Greek veto. At the Bucharest summit NATO leaders refused Macedonia an invitation to join the alliance for now after Greece vetoed the decision in a dispute over the former Yugoslav republic's name. The official position of the Greek Foreign Ministry is that 'there is no chance of FYROM acceding to the EU and NATO under the name Republic of Macedonia,' mainly because the name is According to Greek Foreign Minister Dora Bakoyannis the name is linked with the deliberate plan to take over a part of Greek territory and is associated with immense pain and suffering by the Greek people. Athens in-

sists Skopje must use a compound name such as 'New' or 'Upper' Macedonia. This article insists that the demand on Macedonia to negate itself, in effect, is without precedent and any justifiable cause.

[101-CSA] Chivvis, Christopher S.:

The Making of Macedonia, in: *Survival* 2008, 50, 2, Apr-May, 141-162., 2008, ISSN: 0039-6338

INHALT: In 2001 Macedonia's large ethnic Albanian minority revolted against the country's Slav-dominated state. In a victory for transatlantic relations, Europe and the United States worked together to defuse the crisis and avert what could easily have become another Balkan disaster. Since then, there has been progress in rebuilding Macedonia, and the EU deserves credit. This success, however, was predicated on strong US backing and the promise of NATO and EU membership. Although this has made the country something of a political hybrid, Macedonia belongs in NATO, and eventually, the European Union.

[102-CSA] Christoff, Joseph A.:

NATO Enlargement: Reports on Albania and Croatia Respond to Senate Requirements, but Analysis of Financial Burdens Is Incomplete., in: 19p GAO-08-1165R, 2008, United States Government Accountability Office

INHALT: On April 2, 2008, the North Atlantic Treaty Organization (NATO) invited Albania and Croatia to begin accession talks for NATO membership, a process that encourages new members to be democracies, have harmonious relations with neighboring countries, modernize and restructure their defense capabilities, protect civil liberties and human and minority rights, and have open market economies. GAO reviewed information from an array of reports and analyses from the US government, NATO, and the countries invited to join NATO, and discussed supporting documentation and methodologies used to prepare the reports with officials of the Departments of Defense and State.

[103-L] Hawrylyshyn, Bohdan:

Ukrainian national security, in: Nicolas Hayoz, Andrej N. Lushnycky (eds.): *Ukraine at a crossroads*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 119-135, ISBN: 3-03910-468-3

INHALT: Der Verfasser analysiert diverse Aspekte der nationalen Sicherheit der Ukraine. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass momentan keine militärische Gefahr für das Land vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund werden die wirtschaftlichen Probleme der nationalen Sicherheit und jene, die mit der nationalen kulturellen Identität verbunden sind, untersucht. Es wird die These vertreten, dass eine geschichtliche Kontextualisierung der diagnostizierten Schwierigkeiten diese optimistischer präsentieren kann. Der Autor zeigt, dass die Ukraine mehrere Jahrhunderte eine Kolonie gewesen ist. Die Tatsache, dass das Land unabhängig geworden ist, wird als eine große Leistung gewertet. Die Bewältigung des Erbes des russischen Imperiums und der Sowjetunion wird als eines der zentralen Entwicklungsziele angesehen. Dabei wird hervorgehoben, dass die unabhängige Entwicklung unter der Leitung der aus der Sowjetzeit übrig gebliebenen politischen und Verwaltungselite angefangen hat. Im Laufe der postsozialistischen Transformation ist ein Netz von Institutionen etabliert worden, das eine Integration des Land gewährleisten konnte. Es werden positive Entwicklungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Wirtschaft festgestellt. Als Erfolg wird die Strategie des Landes charakterisiert, Konflikte mit seinen Nachbarn zu vermeiden, Freundschafts- und Kooperationsverträge mit ihnen zu schließen und die Anerkennung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität des Landes zu sichern. Es werden die Fortschritte hinsichtlich der Kooperation mit der EU und mit der NATO geschildert. Vor diesem Hintergrund wird betont, dass die Stärkung der kulturellen Identität der Bevölkerung, die Steigerung der Effektivität der Wirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung sowie die Förderung der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit wesentliche Aspekte der künftigen Bemühungen auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit darstellen. (ICG)

[104-CSA] Hiscock, Duncan; Myroshnichenko, Oleh; Shapovalova, Natalya:
Analysis of the Ukrainian Security Policy at the End of 2006: Taking Stock., in: 92p, 2007,
 International Centre for Policy Studies

INHALT: This paper takes stock of the situation in the Ukrainian security sector at the end of 2006. It aims to redirect attention away from the controversial issue of NATO membership towards underlying issues, which have not generally been the topic of public discussion. It asks numerous questions about Ukraine's security and defense policies, looking at the biggest threats to security and how to deal with them, the types of reforms needed to make the security sector more efficient, the money spent on security, and the modernization of the Armed Forces.

[105-L] Ilievski, Tihomir:

The foreign policy and security issues of the Republic of Macedonia, in: István Gyarmati, Scott Vesel (Hrsg.): Security sector governance in the Western Balkans 2004 : in cooperation with the International Institute for Strategic Studies (IISS), the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) and the United Nations Development Programme (UNDP), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 165-174, ISBN: 3-8329-0679-7

INHALT: Der Autor schildert den Fall Mazedoniens als ein Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit mit diversen internationalen Akteuren. Er betrachtet die Entwicklungen im Lande in Richtung der Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft und Demokratie vor dem Hintergrund der zentralen außenpolitischen Zielvorstellungen des Landes, nämlich der Stärkung nationaler Souveränität, innerer Stabilität und individueller Sicherheit, Gewährleistung des effektiven Rechtssystems und Sicherung der Gleichheit der Rechte aller Bürger der Republik. Auf dem wirtschaftlichen Bereich wird die Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzorganisationen als eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung angesehen. Der Autor geht davon aus, dass die EU ein erfolgreiches Projekt darstellt, und betrachtet eine intendierte Mitgliedschaft des Landes als eine ernsthafte Herausforderung, die mit der Erfüllung der EU-Standards verbunden ist. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der NATO wird als eine Priorität der außenpolitischen Orientierung des Landes kennzeichnet. Eine weitere Priorität wird in der Stärkung der Position des Landes in der regionalen Kooperation gesehen. (ICG)

[106-L] Joseph, Edward P.:

Den nächsten Balkan-Krieg verhindern: wie kann der griechische Streit um Mazedoniens Namen gelöst werden?, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, H. 6, S. 54-61 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/balkan-blues--europas-ungelernte-lektionen/den-nachsten-balkan-krieg-verhindern.html)

INHALT: Der Autor zeigt in seinem Beitrag, dass der 17 Jahre alte Streit um Mazedoniens Staatsnamen eine neue Dimension erreicht hat. Darüber hinaus haben Griechenlands erfolgreiche Bemühungen, Skopjes Eintritt in die NATO zu verhindern, die nationalistischen Tendenzen in beiden Ländern verstärkt. Die vordringliche Aufgabe Europas und der Vereinigten Staaten ist nach Ansicht des Autors, eine Strategie zu entwickeln, wie der Namensstreit gelöst werden kann. Denn Mazedonien und Griechenland sehen sich in ihrer Identität bedroht und haben darauf irrational reagiert: Griechenland spricht Mazedonien jedes Recht ab, sich auf das Erbe Alexander des Großen zu berufen, während Mazedonien entsprechenden Ansprüchen Griechenlands nicht widerspricht. Diese Asymmetrie vermittelt nähere Einsichten in die Ursprünge des Konflikts, denn Griechenland stört sich nicht nur an dem Namen, sondern daran, was dieser Name darstellt - eine ethnisch eigenständige mazedonische Identität. Nur ein fairer Kompromiss, der einerseits den minimalen Schutz der mazedonischen Identität garantiert und gleichzeitig der griechischen Kernforderung nach einer Namensänderung entspricht, dient dem Interesse der europäischen Stabilität, wie der Autor betont. Angesichts der Unausgewogenheit des Kräfteverhältnisses zwischen Mazedonien und Griechenland scheint eine reine Vermittlungstätigkeit der UNO jedoch nicht geeignet, dies zu erreichen. Dies bedeutet, dass die NATO am ehesten die Chance hätte, einen Erfolg zu erzielen. (ICI2)

[107-CSA] Koturovic, Darja:

Serbian Foreign and Security Policy., in: 21p RIEAS Research Paper No. 107, 2007, Research Inst European and American Studies

INHALT: This paper explores Serbian foreign and security policy since October 2000 and the issues that are of key importance. It argues that the Serbia's main strategic objective is European and Euro-Atlantic integration, accession to the Partnership for Peace and NATO membership. According to the author, reform of Serbia's security sector, cooperation with the Hague Tribunal, and the question over the status of Kosovo are the main problems to be addressed.

[108-CSA] Kramer, Mark:

Ukraine's Orange Evolution., in: Current History 2008, 107, 707, Mar, 112-118., 2008, ISSN: 0011-3530

INHALT: Takes stock of Ukraine's Orange Revolution, arguing that despite persistent problems, Ukraine has steadily left its Soviet past behind. The turbulent politics since Viktor Yushchenko's Jan 2005 inauguration are recounted, but it seems clear that competitive politics & democratic elections are now the norm, a development irksome to Russia. Ukraine's 1990s economic troubles were combated by President Leonid Kuchma's economic reforms, which, following a brief slowdown that haunted the first post-Orange government, are again producing strong growth. Ukraine's heavy dependence on Russia for energy supplies is cited as a problematic economic issue. Attention turns to international relations, noting that Ukraine's immediate post-Soviet ties with Russia were tense & that the former's relations with the West were positive until NATO's 1999 military intervention in Kosovo & Serbia; a reversal of sorts occurred as relations with Russia warmed & attitudes toward NATO membership soured. However, positive Ukrainian attitudes toward the US persist, & negativity toward NATO has eased somewhat, with the government again pursuing the possibility of membership despite a lack of full public support. It is contended that Ukraine's democratic future & relations with the West hinge on the government's ability to overcome internal political & economic challenges.

[109-L] Larrabee, F. Stephen:

Die Ukraine am Scheideweg. in: Europäische Rundschau : Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 36/2008, Nr. 1, S. 67-81 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser stellt einleitend fest, dass sich die Transformation der Ukraine als schwieriger erwiesen hat, als viele Beobachter erwartet hatten. Differenzen im orangenen Lager sowie die Führungsschwäche des Präsidenten behinderten die Festigung der demokratischen Reformen und bewirkten eine Verunsicherung über die künftige politische Entwicklung und die außenpolitische Orientierung der Ukraine. Er formuliert als die wichtigste Frage der gegenwärtigen Situation, ob die Führungspersonlichkeiten der beiden Blöcke, Präsident Juschtschenko und Ministerpräsidentin Timoschenko, zusammenarbeiten können, um ein gefestigtes Reformprogramm durchzuführen und eine engere Bindung an die euro-atlantischen Institutionen auf den Weg zu bringen, oder ob die Rivalitäten und internen Streitereien, die zum Zusammenbruch der ersten orangenen Koalition geführt hatten, wieder ausbrechen und verhindern würden, dass die orangenen Kräfte ihre beiden Ziele, die Durchführung demokratischer Reformen und die engere Bindung an den Westen, verwirklichen können. Vor diesem Hintergrund werden die zentralen Diskussions- und Konfliktthemen analysiert. Es wird betont, dass im Gegensatz zu einer NATO-Mitgliedschaft in der Ukraine ein starker Konsens zugunsten einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union besteht. Sämtliche große Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, befürworten eine solche Mitgliedschaft. Die Rolle Russlands und der USA stellen Schwerpunkte der Analyse dar. (ICG2)

[110-CSA] Linder, Rainer:

Stormy Relations between Kiev and Moscow., in: 4p, 2008, Stiftung Wissenschaft und Politik

INHALT: Conflicts over gas supplies and Kiev's overtures to NATO are currently placing great strain on relations between Ukraine and Russia. The energy compromise reached in mid-March will not last beyond the end of this year, and Moscow will continue to oppose any plans to integrate Ukraine in the western alliances of NATO and the EU, arguing that this move would disrupt Europe's security architecture. And the Ukrainian political class is divided, with energetic opposition protests against the government's plans to join NATO paralyzing parliament for weeks. Energy policy and Ukraine's geopolitical orientation are the central conflicts in Ukrainian-Russian relations, with considerable repercussions on the member states of NATO and the EU. Both organizations should intensify and interlink their cooperation with Moscow and Kiev.

[111-CSA] Lusa, Dana:

The Role of Public Opinion in the Process of Accession to NATO, in: *Medunarodne studije* 2008, 8, 2, 97-107., 2008, ISSN: 1332-4756

INHALT: The process of accession to NATO presents a complex sum of reform & informing activities which beside the participation of political elites & state structures also implies public involvement whose attitudes are best detected through public opinion research conducted on regular basis. These results should serve as a basic indicator for the future informing activities as well as to point at some of the constants of the process based on the experience of the countries which made more progress in the Euro-Atlantic integration process, with the aim to react timely at the level of the entire society.

[112-CSA] Michel, Leo:

What NATO Membership Means for Croatia: An American Perspective, in: *Medunarodne studije* 2007, 7, 1, 39-46., 2007, ISSN: 1332-4756

INHALT: In November 2006 Riga Summit Declaration, the 26 Alliance heads of state & government reaffirmed that 'NATO remains open to new European members under Article 10 of the North Atlantic Treaty.' As expected, they stopped short of issuing an invitation to any of the three formally recognized aspirants -- Croatia, Macedonia & Albania. They specified, however, that at their next summit in 2008, 'the Alliance intends to extend further invitations to those countries who meet NATO's performance based standards & are able to contribute to Euro-Atlantic security & stability,' This gives Croatia additional incentives & time to implement the reforms & restructuring needed to ensure it will be invited to join. It also gives the Croatian public more time to understand, debate and, hopefully, actively support the responsibilities inherent in NATO membership. And it certainly is no accident that Croatia is the only aspirant to whom the Summit Declaration signals a need 'to ensure that its membership aspirations are backed by stronger popular support.'

[113-L] Monich, Dmitriy:

Ukraine and the European security system, in: Heiner Timmermann, Helmut Wagner (Hrsg.): *Die transatlantischen Beziehungen auf dem Prüfstand : Europa und die USA zwischen Bruch - Irritation - Kooperation*, Münster: Lit Verl., 2005, S. 115-127, ISBN: 3-8258-8445-7 (Standort: UB Regensburg(355)-51/ML/1100/T584)

INHALT: Die Hauptziele der ukrainischen Außenpolitik bestehen gegenwärtig in einem extensiven politischen Dialog mit EU und NATO und der Intensivierung der praktischen Zusammenarbeit mit beiden Organisationen auf den Gebieten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Weitere Schwerpunkte sind die internationale Unterstützung für den politischen Reformprozess in der Ukraine und den Prozess der wirtschaftlichen Transformation. Eine Annäherung der Ukraine an den Westen liegt in beiderseitigem Interesse. Obwohl Europa ein Interesse an einer stabilen, unabhängigen und demokratischen Ukraine hat, betreibt es gegenwärtig eine Politik der "doppelten Standards" gegenüber diesem Land. Dabei käme der Ukraine eine wichtige Funktion bei der Absicherung der Ostgrenzen der EU zu. (ICE)

[114-L] Onyszkiewicz, Janusz:

Ukraine and NATO, in: Hans J. Giessmann, Roman Kuzniar, Zdzislaw Lachowski (eds.): International security in a time of change: threats - concepts - institutions : Festschrift for Adam Daniel Rotfeld, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 376-391, ISBN: 3-8329-0724-6

INHALT: Der Verfasser stellt die politische Entwicklung der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion dar. Die Ukraine trat 1992 der GUS bei, lehnte jedoch eine Mitgliedschaft im postkommunistischen Militärbündnis des Vertrages von Tashkent ab. Stattdessen suchte die Ukraine schon früh Kontakte zum Westen. 1994 wurde ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU unterzeichnet und die Ukraine trat dem "Partnerschaft für den Frieden"-Programm der NATO bei. Gleichwohl war die Politik der Ukraine zwischen Ost und West nicht immer stringent, oft sogar schwankend. Ein Grund hierfür liegt in der ausgeprägten wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit des Landes von Russland. In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts wandte sich die Ukraine jedoch eindeutig dem Westen zu. Sie strebt jetzt eine Mitgliedschaft in EU und NATO an. Im Unterschied zu vielen anderen Beitrittskandidaten kann die Ukraine einen spürbaren Beitrag zum Militärpotenzial des Bündnisses leisten. Die Chancen einer Aufnahme in die NATO stehen heute besser als die auf einen EU-Beitritt. EU- und NATO-Mitgliedschaft sind allerdings zwei Seiten einer Medaille. (ICE)

[115-L] Opfer-Klinger, Björn:

Zwischen äußerer Stabilisierung und innerer Krise: Mazedonien im Sommer 2008, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 32, S. 25-33
(www.bpb.de/files/BW6O3P.pdf)

INHALT: "Die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien steht kurz vor der Aufnahme in die NATO und vor EU-Beitrittsverhandlungen. Zuvor muss sie aber den Namensstreit mit Griechenland überwinden und einen Weg aus dem Machtkampf ihrer albano-mazedonischen Eliten finden." (Autorenreferat)

[116-CSA] Perepelytsia, Grigoriy M.:

NATO and Ukraine: At the Crossroads., in: NATO Review 6p
<http://www.nato.int/docu/review/2007/issue2/english/art2.html>, 2007, ISSN: 0255-3813

INHALT: Ukraine finds itself at a turning point in its relations with NATO, deciding whether to seek Alliance membership and the prospect of becoming a westward-looking European state or renouncing its Euro-Atlantic integration aspirations, with less certain results. Following the Orange Revolution, NATO accession was put at the top of President Viktor Yushchenko's foreign policy priorities, but, ironically, the result of fair elections has been a significant slow-down in the pace of progress towards that goal, and political uncertainties in Ukraine have made the outcome uncertain.

[117-CSA] Schwarz, Oliver:

Verhandlungen zwischen Griechenland und Mazedonien über die Beilegung der Namensfrage. Zahes Ringen im Schatten des Bukarester NATO-Gipfels., in: Südosteuropa Mitteilungen 48 no 3 16-31, 2008, ISSN: 0340-174X

INHALT: Politicians are sure enough: Europeanization promotes stabilization & conflict settlement. Although the Interim Accord of 1995 between Greece & Macedonia has enabled Macedonia's integration process into the Euro-Atlantic community, the name dispute between both countries has not been settled so far. Furthermore, Greece's decision to veto Macedonia's NATO accession at the Bucharest summit in April 2008 has brought this process of Europeanization to a provisional end. What does this mean for the final solution of the name issue? Is a conflict settlement still possible? The analytical toolkit of the 'Hexagon of Conflict Settlement' provides useful answers to these questions & points out the factors that play an obstructive or facilitating role in the process of conflict settlement. As a result of the analysis a mutually acceptable solution on the name issue still seems to be a realistic option. However, the risk of conflict escalation is obvious.

[118-L] Solioz, Christophe:

Turning points in post-war Bosnia: ownership process and European integration, (Demokratie, Sicherheit, Frieden, 179), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 171 S., ISBN: 3-8329-1666-0

INHALT: Solioz reflektiert die Entwicklung Bosnien und Herzegowinas in der Dekade nach dem Abkommen von Dayton (Dezember 1995). Er betrachtet die Rolle der verschiedenen externen Akteure - zum Beispiel das vom Daytoner Abkommen geschaffene Büro des Hohen Repräsentanten, die EU, die NATO oder die OSZE - im dreifachen Transitionsprozess des Landes: vom Krieg zum Frieden, von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und schließlich von der internationalen Abhängigkeit zur souveränen Staatlichkeit. Dabei bezieht er auch die Bedeutung und Verantwortung der lokalen bosnischen Akteure für die Bewältigung der Herausforderungen ein. Sowohl die Mängel der internationalen Maßnahmen als auch die Schwächen auf bosnischer Seite werden analysiert. Der Transitionsprozess werde entscheidend von der internationalen Integration Bosniens beeinflusst. Detailliert behandelt Solioz den Beitritt zum Europarat und die gegenwärtige und zukünftige Beziehung zur EU. Er betont, dass die Stärkung von 'ownership' zentral für den Erfolg der durch die Integration angeregten Reformmaßnahmen ist. (ZPol, NOMOS)

[119-L] Wedel, Joachim v.:

Ukrainische Militärkooperation, (Forum Politik, 2), München: Meidenbauer 2006, 165 S., ISBN: 3-89975-557-X (Standort: SB München(12)-PVA.2006.1565)

INHALT: Regionale Kooperation und Handeln in multilateralem Rahmen spielen in der ukrainischen Außenpolitik seit 1991 eine vergleichsweise große Rolle. Zur Beantwortung der Frage, in welche Richtung die Ukraine im Zeitraum zwischen 1991 und 2003 tendierte, bietet sich als Indikator die zwischenstaatliche Militärpolitik an. Dabei zeigt sich, dass die militärische Zusammenarbeit mit der NATO vergleichsweise umfassend und intensiv ist. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Polen. Beide Kooperationsbeziehungen sind auch im Zeitverlauf stabil. Von einer substanziellen militärischen Zusammenarbeit mit der GUS und der GUUAM kann hingegen nicht die Rede sein. Niveau und Kontinuität der militärischen Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO und Polen können als Anzeichen dafür gelten, dass das Land sich nach Brüssel und Warschau orientiert. Eine nochmalige Osterweiterung der EU würde die Vertiefung der europäischen Integration erst ermöglichen. (ICE2)

[120-L] Wedel-Parlow, Joachim von:

Militärische Zusammenarbeit im Osten Europas: ein Beitrag zur Erforschung der ukrainischen Außenpolitik, Siegen 2004, 180 S. (Standort: USB Köln(38)-13Y1948; Graue Literatur)

INHALT: Die ukrainische Außenpolitik schwankt nach Ansicht vieler Beobachter zwischen Ost und West. Die Frage, inwiefern diese Einschätzung zutrifft und ob sich eine politisch-geographische Grundausrichtung in der Ukraine im Hinblick auf einen Beitritt zur Europäischen Union erkennen lässt, ist Gegenstand der vorliegenden Studie. Folgende Annahmen werden näher untersucht: (1) Es sollte zwischen den außenpolitischen Aktivitäten der Ukraine einerseits und der Grundausrichtung ihrer Außenpolitik andererseits unterschieden werden; (2) Die Grundausrichtung der ukrainischen Außenpolitik ist vor allem anhand der militärischen Kooperationsbeziehungen, die die Ukraine seit 1991 eingegangen ist, erkennbar; (3) Die Vermutung, die ukrainische Außenpolitik sei generell nur in geringem Maße kooperationsbereit, ist unzutreffend; (4) Als mögliche geographische Grundausrichtungen ukrainischer Außenpolitik kommen neben dem Westen und Osten auch der Nordwesten und Südosten in Betracht; (5) Die Frage, ob in der ukrainischen Außenpolitik eine Grundausrichtung in eine oder mehrere der genannten geographischen Richtungen vorliegt, kann anhand des Niveaus und der Kontinuität ihrer militärischen Kooperation mit multilateralen Institutionen - den Vereinten Nationen (UN), der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) - beantwortet werden. (ICI2)

[121-CSA] Yakobashvili, Temuri; Kulick, Jonathan:

Can Georgia Join NATO Without Solving the Conflicts in Abkhazia and South Ossetia?, , in: 6p
Black Sea papers series no. 3, 2007, German Marshall Fund

INHALT: Part of a series of policy briefs focusing on the Black Sea region's challenges and opportunities. In this brief, the authors attempt to look more closely at the role of Abkhazia and South Ossetia in Georgia's membership bid. Principally, do or should the conflicts pose a barrier to admission? And second, would admission contribute to conflict resolution or inhibit it?

6 Nato-Russland-Beziehungen

[122-L] Adomeit, Hannes; Kupferschmidt, Frank:

Russland und die Nato: Krise verwalten oder Potentiale entwickeln?, (SWP-Studie, S 10), Berlin 2008, 33 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4831;www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=4956)

INHALT: "Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich die Nato, über praktische Kooperation und vielfältige Kontakte ein 'qualitativ neues' Verhältnis zu Russland herzustellen, das von gegenseitigem Vertrauen und Verständnis geprägt sein soll. Hielt man dies zunächst für ein realistisches Ziel, so herrscht heute in der Allianz Ernüchterung über den Stand der Beziehungen. Der Kreml wiederum hat wenig getan, um dieser Einschätzung entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie, warum sich die hochgesteckten Erwartungen an die Nato-Russland-Beziehungen nicht erfüllt haben, wie sie nach den Terrorangriffen auf die USA vom 11. September 2001 und der Neugründung des Nato-Russland-Rats im Mai 2002 gehegt wurden. Sie zieht nach einer sachlichen Gegenüberstellung von Kooperations- und Konfliktfeldern Bilanz. Darüber hinaus beantwortet sie die Frage, welche Bestimmungsfaktoren und Triebkräfte dafür verantwortlich sind, dass in dieser Bilanz die Passiva stärker zu Buche schlagen als die Aktiva. Vieles blieb im Bereich des Symbolischen und ließ sich in der praktischen Politik nicht verwerten. Dem stehen als Aktiva gegenüber, dass Russland trotz aller Probleme nicht zu einem Gegner der Nato geworden ist, dass beide Seiten vielmehr Kooperationsstrukturen entwickelt und konzeptionelle Übereinstimmungen erzielt haben, die ausgebaut werden können. Daraus leitet die Studie Handlungsmöglichkeiten für deutsche und europäische Politik ab. Sie plädiert dafür, das Entwicklungspotential zu nutzen, das sich trotz beiderseitiger Enttäuschungen im Verhältnis der Nato zu Russland angesammelt hat. Deshalb sollte auf martialische Töne aus Moskau gelassen reagiert, der Nato-Russland-Rat verstärkt als Forum für den Meinungsaustausch genutzt und neue Felder der Kooperation sollten erschlossen werden." (Autorenreferat)

[123-L] Adomeit, Hannes:

Inside or outside? Russia's policies towards NATO, (Diskussionspapier / Forschungsgruppe Russland-GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin 2007, 34 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3570)

INHALT: Der Beitrag zur Friedens- und Konfliktforschung befasst sich mit der Frage, ob die Politik Russlands gegenüber der NATO als ein Teil der umfassenden Transformation in der Außenpolitik - weg von einer Politik der Konfrontation und des Wettkampfs und hin zu einer Kooperation mit dem Westen - angesehen werden kann. Kann man Russlands Beziehungen zur NATO als ein überzeugendes Beispiel für den Multilateralismus betrachten in dem Sinn, dass ein Land konstruktiv mit und innerhalb der westlichen Institutionen arbeitet? So wird im ersten Schritt zunächst die Entwicklung der Beziehungen Russlands zur NATO seit Anfang der 1990er Jahre bis 2006 beschrieben. Hier gilt das Augenmerk insbesondere der Außen- und Sicherheitspolitik unter Putin. Der zweite Schritt widmet sich sodann den institutionellen Verbindungen zwischen Russland und der NATO und den maßgeblichen Themen wie Proliferation, militärische Kooperation, Kampf gegen den Terrorismus, die Stationierung von nuklearen Abwehrraketen usw. Der dritte Schritt beleuchtet schließlich die geopolitische

Rivalität zwischen Russland und der NATO in der post-sowjetischen Region. Dazu gehören die baltischen Staaten, Weißrussland, Ukraine, Moldawien und Georgien. (ICG2)

[124-L] Adomeit, Hannes:

Putins Westpolitik: ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, (SWP-Studie, S 8), Berlin 2005, 38 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1235)

INHALT: "Mit seiner 'strategischen' Entscheidung für eine Westorientierung hat Putin einen großen Schritt vorwärts unternommen. Moskau hat den Vorstellungen Washingtons entsprochen, ein 'neues strategisches Verhältnis' vertraglich zu regeln. Seine Beziehungen zur Nato haben sich normalisiert und sind im neuen Nato-Russland-Rat institutionell verankert worden. Moskau hat der Ausdehnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen EU und Russland auf die neuen EU-Beitrittsländer zugestimmt und das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Und es arbeitet mit Washington bei der Bekämpfung internationaler terroristischer Netzwerke und bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und ihren Trägersystemen zusammen. Wie aber die Gipfelkonferenz von Bush und Putin in Bratislava im Februar 2005 und die Entwicklung der Beziehungen zur EU unterstrichen haben, ist das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen heute wieder von wechselseitigen Irritationen und Frustrationen gekennzeichnet. Auf Pressekonferenzen nach Gesprächen westlicher Regierungschefs mit Präsident Putin, wie beispielsweise auf dem Vierergipfel in Paris im März 2005, werden zwar weiterhin Bekenntnisse zu persönlicher Freundschaft abgegeben und Fortschritte bei der Festigung 'strategischer Partnerschaften' festgestellt. Derartige Bekenntnisse werden aber in zunehmendem Maße von Besorgnis über die innenpolitische Entwicklung in Russland und ihren möglichen oder bereits sichtbaren Auswirkungen auf die russische Außenpolitik überschattet. Die vorliegende Analyse zeigt, dass Putin zwar im Verhältnis zum Westen einen großen Schritt vorwärts, in der Innenpolitik und im postsowjetischen Raum aber mehrere Schritte zurückgegangen ist, was neue Hindernisse in Russlands Verhältnis zum Westen gestellt hat." (Autorenreferat)

[125-CSA] Asmus, Ronald D:

NATO's Hour., , 2008, German Marshall Fund

INHALT: Russia's invasion of Georgia is a game changer. This war is part of a Russian strategy of roll-back and regime change on its borders. The more evidence that comes in, the clearer it is becoming that this is a conflict Moscow planned, prepared for and provoked -- a trap Tbilisi unfortunately walked into. The author gives suggestions on what NATO should do now.

[126-L] Aydin, Mustafa; Kaptanoglu, Neslihan:

Regionalization of great power security - near abroad, broader Middle East, and European neighbourhood, in: Hans Günter Brauch, Úrsula Oswald Spring, Czeslaw Mesjasz, John Grin, Pál Dunay, Navnita Chadha Behera, Béchir Chourou, Patricia Kameri-Mbote, P.H. Liotta (Eds.): *Globalization and environmental challenges : reconceptualizing security in the 21st century*, Berlin: Springer, 2008, S. 763-774, ISBN: 978-3-540-75976-8 (Standort: UB Erlangen(29)-H00/2008B/296)

INHALT: Das Konzept der "regionalen Sicherheit" bezieht sich häufig auf verschiedene Sachverhalte. So versteht die amerikanische Literatur darunter ein Arrangement von natürlichen und regionalen Gegebenheiten, während die Europäer den Prozess des Aufbaus regionaler Sicherheitszonen betonen und eher historische und konstruktivistische Ansätze favorisieren. Mit diesen Bedeutungsunterschieden im Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag den Raum der ehemaligen Sowjetunion bzw. Russlands mit seinen heutigen Anrainerstaaten. Nach dem Zerfall der UdSSR entstand in dieser Region ein Machtvakuum und damit auch eine Zone der Konfrontation mit der einzig verbliebenen Supermacht USA. So erweiterte die NATO ihren Einflussbereich auf ehemalige Sowjetrepubliken (die baltischen Staaten, Kasachstan, Usbekistan u. a.) im Namen einer "Partnership for Peace". Die Ausführungen zeigen, dass mit diesen Regionalisierungen und Erweiterungen die Welt nicht sicherer geworden ist und Konflikte mit der wiedererstarkten Großmacht Russland drohen. (ICA)

[127-F] Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit -BITS-:

Task Force 19+1. Die NATO-Rußland-Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die zukünftige europäische Sicherheitspolitik

INHALT: In der Task Force 19+1 arbeiten Wissenschaftler aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und mehreren anderen Ländern zusammen, um ein zeitgemäßes Konzept für eine europäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Dieses Konzept basiert auf den Prinzipien der kollektiven Sicherheit und der gemeinsamen Sicherheit und bezieht Russland ein. Themen: Task Force 19+1 beschäftigt sich mit einer Reihe von Themen. Dazu gehören unter anderem: 1. der Dialog zwischen NATO und Russland sowie der EU und Russland; 2. das Verhältnis zwischen den verschiedenen europäischen Sicherheitsinstitutionen; 3. Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung; 4. Transparenz in den politisch-militärischen Beziehungen. Die Arbeit von Task Force 19+1 ist in verschiedenen Politikfeldern aktiv, um Unterstützung für verbesserte Beziehungen zwischen der NATO und Russland und ein kooperatives Sicherheitsumfeld in Europa zu sammeln. Die Projektgruppe bringt konkrete Politikvorschläge in den politischen Entscheidungsprozess ein, um so Einfluss auf Politikinhalte zu nehmen; führt Hintergrundgespräche mit Politikern und Regierungsbeamten, um sachgerechte Entscheidungen zu ermöglichen; baut ein Netzwerk von NGOs in Europa, Russland und den USA auf; informiert Multiplikatoren und die Öffentlichkeit, indem sie ausführliche Hintergrundinformationen für NGOs, Journalisten und die Öffentlichkeit zugänglich macht; setzt Reizpunkte in der politischen und wissenschaftlichen Debatte durch Artikel und Research Reports. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa, Russland, USA

ART: *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Ford Foundation

INSTITUTION: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit -BITS- (Rykestr. 13, 10405 Berlin)

KONTAKT: Institution (Tel. 030-446858-0, Fax: 030-4410-221, e-mail: bits@bits.de)

[128-L] Deimel, Johanna:

Back to the future: Russia's Balkan policy, in: Jahnna Deimel, Wim van Meurs (Hrsg.): *The Balkan prism : a retrospective by policy-makers and analysts*, Offenbach am Main: Sagner, 2007, S. 487-497, ISBN: 978-3-86688-000-9 (Standort: Martin-Opitz-B. Herne(364)-2008/0826)

INHALT: Der Beitrag beschreibt eine sich andeutende Wende in der Außen-, Europa und Balkanpolitik Russlands mit der Formel "Back to the Future", d. h. einer härteren und schrofferen Reaktion auf (westliche) Eingriffe in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion. Auf dem EU-Gipfel 2007 in Samara traten tiefgreifende Differenzen erstmals deutlich zu Tage, so dass Beobachter nicht von einer neuen Eiszeit, jedoch von einer eisigen Atmosphäre sprachen. Diesen Kurswechsel glaubt die Autorin auch in der Balkanpolitik Russlands konstatieren zu können. Diese Politik wird nicht mehr ideologisch-weltanschaulich legitimiert (Völkerfreundschaft zwischen Slawen, internationale Solidarität oder die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft), sondern sie reagiert "neorealistisch" und machtpolitisch empfindlich auf Eingriffe und westliche Einflussnahmen (Georgien, Ukraine, Estland) in den sicherheitspolitischen Kordon der GUS-Staaten. So wird auch die Blockierung der Anerkennung eines unabhängigen Kosovo im Sicherheitsrat als politische Ressource gehandhabt, die man "nicht umsonst" aus der Hand gibt. (ICA)

[129-CSA] Fritch, Paul:

The NATO-Russian Partnership: More Than Meets the Eye., in: *NATO Review* 3p
<http://www.nato.int/docu/review/2007/issue2/english/analysis1.html>, 2007, ISSN: 0255-3813

INHALT: Despite the journalist tendency to emphasize confrontation, both real and imagined, the NATO-Russia Council (NRC) has become a forum for serious discussion on thorny issues, as well as less controversial ones, and in 2007 was the primary forum for debating implications of US missile defense plans. Alongside political dialogue, major operational and practical cooperative activities are also ongoing, and the work of the NATO-Russia Council has focused on the future and on new ways to cooperate in facing down unprecedented threats.

[130-L] Heinrich, Hans-Georg:

Russia's policy towards the 'near abroad', in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 119-130, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit den außenpolitischen Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarstaaten. Dazu gehören Weißrussland, Kasachstan, Ukraine, Armenien, Aserbaidzhan, Moldawien, Kirgisien, Tadschikistan und die baltischen Staaten, deren Verhältnisse zu dem post-kommunistischen Land gemäß folgenden Aspekte aus russischer Perspektive beschrieben werden: (1) sicherheitspolitische Erwägungen im Zuge der NATO-Osterweiterung, (1) wirtschaftliche Interessen, insbesondere an den großen Rohstoffvorkommen, (3) Konflikte mit Ländern und Regionen im Kaukasus sowie (4) zukünftige Szenarien im Zuge der Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch die USA. (ICG2)

[131-L] Kamp, Karl-Heinz:

Kooperation statt Konfrontation: beim Bukarester Gipfel sollten die Beziehungen mit Russland wieder in ruhigere Bahnen gelenkt werden, in: *Internationale Politik*, Jg. 63/2008, H. 3, S. 56-62 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/maerz/kooperation-statt-konfrontation.html)

INHALT: Der Verfasser geht davon aus, dass die NATO wahrscheinlich kein neues Maßnahmenpaket für die NATO-Russland-Kooperation verabschieden wird. Stattdessen ist vordringlich, das existierende Beziehungsgeflecht wieder in ruhigere Bahnen zu lenken und zu verhindern, dass tagespolitische Rhetorik die pragmatische Zusammenarbeit untergräbt. In diesem Kontext ist ein Drängen auf eine baldige NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder Georgiens zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Ein Abbau wechselseitiger Verdächtigungen und Fehlwahrnehmungen würde nicht nur das transatlantische Binnenklima, sondern auch die Geschlossenheit gegenüber Dritten verbessern. Damit könnte die NATO weit überzeugender die erforderliche Doppelstrategie verfolgen: mit Russland zu kooperieren, wo immer es sich als möglich erweist und gleichzeitig antidemokratische Tendenzen in Russland und neoimperiale Bestrebungen der Führung in Moskau klar benennen. (ICG2)

[132-CSA] Kamp, Karl-Heinz:

Cooperation Instead of Confrontation. At the Bucharest-Summit Relations with Russia Should Be Led Into More Quiet Channels, in: *Internationale Politik* 2008, 63, 3, Mar, 56-62., 2008, ISSN: 1430-175X

INHALT: Today, the relationship between Washington & Moscow, NATO & Russia respectively, are characterized by mutual reproaches, threats, & demarcation attempts. What were the mistakes & how can NATO in the future create a relationship with the difficult but indispensable partner Russia? A 'to do list' for NATO.

[133-L] Karaganow, Sergej A.:

Neustart der Geschichte: jetzt kommt NEK: eine neue Epoche der Konkurrenz, der Konfrontation oder der Kooperation? ; das müssen wir heute entscheiden, in: *Internationale Politik*, Jg. 63/2008, H. 7/8, S. 96-104 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/die-ohnmacht-der-machtigen/neustart-der-geschichte.html)

INHALT: Der Beitrag beschreibt die politische Rolle Russlands auf internationaler Ebene. In diesem Zusammenhang werden folgende Aspekte betrachtet: (1) Russlands politische Entwicklung und seine politischen Beziehungen zum Westen seit dem Ende des Kalten Krieges, (2) Russlands riesige Energiereserven und seine Auswirkungen auf die Geopolitik, (3) die Gefahr eines neuen großen Krieges, (4) die Verhinderung einer neuen Systemkonfrontation, (5) die Notwendigkeit eines neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in Russland sowie (6) die Beziehungen zur NATO, den USA und Europa. Die internationale Politik befindet sich in einer Periode des Übergangs. Die Demokratien re-

gieren die Welt nicht mehr allein, zu den Aufsteigern unter den großen Mächten gehören auch autoritäre Regime wie Russland. Welche Form der Global Governance sollte man anstreben? Das wieder erstarkte Russland will - schon aus Eigeninteresse - international kooperieren. Aber der Westen muss nach Ansicht des Autors aufhören, Moskau politisch vor den Kopf zu stoßen. (ICG2)

[134-L] Kästner, Antje:

From chaos to pragmatism?: the domestic dimension of Russian foreign policy 1991-2008, (DIE Discussion Paper, 19/2008), Bonn 2008, 61 S., ISBN: 978-3-88985-409-4 (Graue Literatur; [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7JKGJ8/\\$FILE/DP%2019.2008.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7JKGJ8/$FILE/DP%2019.2008.pdf))

INHALT: "Whether the Russian-Ukrainian gas affair, stepped-up engagement in the Shanghai Cooperation Organisation or an active stance against NATO's eastward enlargement: Russian foreign policy under Putin underwent an evolution from a reactive, incohesive and at times contradictory OECD-centred approach towards a proactive, more coherent 'multivectoral' policy. This paper argues from a Political Economy perspective that shifts in Russian foreign policy from Yeltsin to Putin were mainly connected to developments in the sphere of domestic politics. With Russian politics strongly determined by small societal interest groups, the government's capacity to formulate and implement its own policy line was largely dependent on its financial situation and, thus, a function of the world oil price. Accordingly, the rise and fall of particular interest groups and their changing leverage over policy makers considerably shaped official foreign policy decision making." (author's abstract)

[135-L] Kerneck, Barbara:

Russlands Sicht auf NATO und EU: wie es die russischen Politiker mit ihren außenpolitischen Programmen halten, (Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Bd. 12), Berlin: Köster 2004, 117 S., ISBN: 3-89574-514-6 (Standort: UB Oldenburg(715)-pol17554saCN3856)

INHALT: "Kann man Russland nach Jahrhunderten der Autokratie und des Imperialismus in die Art von nettem, demokratischen Land verwandeln, die leicht mit den europäischen Nachbarn zurecht kommt? Barbara Kerneck, eine Veteranin unter den deutschen Korrespondenten in der Russischen Föderation, arbeitete von 1988 bis 2000 freiberuflich mit eigenem Büro in Moskau unter anderem für die taz, das Kursbuch, das schweizerische Nachrichtenmagazin FACTS und die Zeitschrift DU. Um die Jahreswende 2003/2004 ist sie dorthin zurückgekehrt und dieser Frage nachgegangen. Was bedeutet für uns die Etablierung eines autoritären russischen Staates unter Vladimir Putin? Warum sind antisemitische und imperialistische Lösungen beim russischen Volk so populär? Sie hat darüber mit liberalen Politikern gesprochen, aber auch mit Vertretern der Ultranationalisten, deren Parteien einen großen Zuwachs im neuen Parlament verzeichnen. Besonders die außenpolitischen Programme letzterer hat die unter die Lupe genommen und einige Gemeinsamkeiten zwischen deren Weltbild und dem des russischen Präsidenten gefunden. Ihre These: Die Geheimdienstleute um Putin, die so gern von Russland als 'Großmacht' reden, haben den Griff nach der Weltmacht aufgeschoben. Sollten sich die sozialen Konflikte im Landes verschärfen, könnte das Werben um den Westen schnell wieder in einen aggressiven Isolationismus à la UdSSR umschlagen." (Autorenreferat)

[136-CSA] Kleine-Brockhoff, Thomas:

Verschobene Machtbalance., , 2008, German Marshall Fund

INHALT: It matters less than it used to what NATO promises new member states or candidate countries. Russia is no longer easily deterred. It's never been a secret that Russia objects to NATO enlargement, especially when it comes to countries bordering its own territory. Post-soviet Russia was initially poor and weak. Russia has since become rich, authoritarian, and has discovered new weapons in gas and oil. At the same time, America is overstretched. Russia is now in Georgia because no one could prevent it. Vladimir Putin understood how the balance of power had shifted, and he dealt accordingly, rendering the balance of power askew.

[137-L] Kremenjuk, Victor:

Russian national security doctrine: Russia and NATO, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 151-162, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit dem Verhältnis der russischen Sicherheitspolitik zur NATO. In einem ersten Schritt wird das Konzept der nationalen Sicherheit in Russland beschrieben. Im Anschluss folgt die Darstellung der geteilten Meinung in dem post-kommunistischen Land gegenüber der NATO: Die pro-westlichen Vertreter sehen in Russland ein zukünftiges Voll- oder Teil-Mitglied der Allianz, Gegner befürchten stattdessen eine Isolation und Bedrohung Russlands im Zuge des Ausbaus der euro-atlantischen Sicherheit. Diese Kontroverse tritt insbesondere bei der Diskussion um die erfolgte NATO-Osterweiterung offen zu Tage. Die aktuelle Situation erklärend, erörtert der dritte Schritt aus historischer Perspektive die Entwicklung der Sicherheitspolitik in Russland und der Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich Russland heute als ein Staat im Nachkriegszustand, dessen Institutionen und Strukturen aus früheren Zeiten entweder zerstört oder handlungsunfähig sind, wodurch die althergebrachte Sicherheitspolitik irrelevant geworden ist. Der vierte Schritt skizziert abschließend einige Empfehlungen zum weiteren Verlauf bzw. zur Ausrichtung der russischen Sicherheitspolitik. (ICG2)

[138-L] Malek, Martin:

Sicherheitspolitische Fragen in den Beziehungen zwischen EU und Russland, in: Franz Kernic, Gunther Hauser (Hrsg.): *Handbuch zur europäischen Sicherheit*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2005, S. 261-272, ISBN: 3-631-52920-1 (Standort: UB Paderborn(466)-PEN6096)

INHALT: Der Beitrag zum gegenwärtigen Stand und der jüngeren Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur untersucht die sicherheitspolitische Komponente der Beziehungen zwischen der EU und Russland mitsamt ihrer Probleme und Perspektiven. Im ersten Schritt werden zunächst die innenpolitischen Voraussetzungen der Beziehungen zur EU in Russland, insbesondere der Demokratisierungsprozess, beschrieben. Ferner werden Russlands außen- und sicherheitspolitisches Konzept der 'vielpoligen Welt' und der Platz der EU darin skizziert. Auf dieser Grundlage werden in dem daran anschließenden Schritt folgende Aspekte beleuchtet: (1) die Rolle der EU bei der Gestaltung des russischen Verhältnisses zur NATO und zu den USA, (2) Russland und die ESVP, (3) der Tschetschenienkrieg und die Terrorismusbekämpfung, (4) die Perspektiven der Kooperation EU-Russland bei der Regelung regionaler Konflikte, (5) eine mögliche EU-Friedensmission im separatistischen Moldawa, (6) die Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, (7) die Energiepolitik als sicherheitsrelevante Frage sowie (8) eine EU-Mitgliedschaft Russlands. Die EU, die NATO und Russland sind die sicherheitspolitisch wichtigsten Mächte auf dem europäischen Kontinent. Ihre offiziellen Positionen in bedeutenden Fragen wie auch ihre Einstellungen zueinander beeinflussen maßgeblich die gesamte internationale Sicherheitspolitik. (ICG2)

[139-L] Manutscharjan, Aschot:

Rüstungsdebatten in Russland: zur Diskussion über die US-Raketenabwehrpläne, in: *Die Politische Meinung* : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 1 = Nr. 458, S. 46-52 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_12631-544-1-30.pdf)

INHALT: Die aktuelle Diskussion in Deutschland über die US-Raketenabwehrpläne in Osteuropa und Russlands Antwort darauf verlaufen, so der Verfasser, eher emotional als sachlich. Auch wenn die deutsche Haltung im neuen "Raketenstreit" nicht mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluss in den 1980er-Jahren verglichen werden kann, gibt es einige historische Parallelen. Sie liegen vor allem in der Politik des neuen, selbstbewussten Russlands, das lieber die Peitsche knallen lässt, anstatt vertrauensbildende Maßnahmen zu fördern. Es wird gezeigt, dass im letzten Amtsjahr seiner Präsidentschaft Wladimir Putin einen starken Akzent auf die russische Sicherheitspolitik legt: So initiierte er eine Diskussion über Russlands Rolle in der Weltpolitik, die in ein neues "Nationales Sicherheitskonzept" und eine aktualisierte Militärdoktrin münden soll. Es wird argumentiert, dass sie im kommenden Jahrzehnt die Energiepolitik und die strategischen Raketenstreitkräfte als zentrale Instrumen-

te der russischen Sicherheitspolitik einsetzen wollen. Allerdings schließt der Kreml eine Konfrontation wie zu Zeiten des "Kalten Krieges" kategorisch aus. Für die aktuellen Spannungen zwischen Russland und "dem Westen" macht Moskau allein die politische Klasse der USA, insbesondere deren Pläne zur nationalen und globalen Raketenabwehr, sowie das "Vordringen der NATO" an Russlands Grenzen verantwortlich. Dabei entfernt sich das Land immer weiter von der angestrebten engeren Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und dem Plan einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. (ICF2)

[140-L] Manutscharjan, Aschot:

Russlands Politik im Süd-Kaukasus, in: KAS-Auslands-Informationen, 2007, Nr. 5, S. 28-73 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_11160_1.pdf)

INHALT: "Seit dem Fall der Sowjetunion und dem eigenen Abstieg von einer Welt- zu einer Großmacht bemüht sich Russland vergebens, auch in der südkaukasischen Region, den Schaden zu begrenzen: Unter Jelzin (1991-2000) suchte sich die Moskauer Politik, nicht zuletzt unter dem Einfluss der eigenen innenpolitischen Probleme, zunächst aus den im Südkaukasus aufflammenden Konflikten herauszuhalten, um jedoch später zu einer Blockade aller sich dort abzeichnenden Organisationsbestrebungen überzugehen. Das Unterfangen scheiterte. Unter Putin (2000-2007) kam es zu Kriegen in der Region, die aber zu Niederlagen der Moskauer Kaukasuspolitik insgesamt auf internationaler Bühne wurden und Russland, zumal nach dem Beginn des Irakkrieges 2003, seine weltpolitische Schwäche schmerzhaft vor Augen führten. Inzwischen reagiert Moskau auf die Erkenntnis, dass eine Integration des postsowjetischen Raums unter seiner Führung Utopie ist: Gezielt forcierte wirtschafts- und energiepolitische Maßnahmen sollen 'Freunde' fördern, Gegner ausschalten und, dies vor allem, den Einfluss des Westens begrenzen. Doch ist die Präsenz von NATO und USA in der Region längst Realität. Sie nicht zu bekämpfen, sondern zu akzeptieren, etwa im Sinne einer nachhaltigen Befriedung des Südkaukasus, wäre der Kreml durchaus gut beraten." (Autorenreferat)

[141-L] Maximyschew, Igor F.:

Rußland in einer instabilen Welt, in: WeltTrends : Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Jg. 12/2004, H. 43, S. 79-86 (Standort: UuStB Köln (38)-LXE782; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Nach Ansicht des Autors bleiben der Westen insgesamt und insbesondere Westeuropa eine Antwort auf die Frage schuldig, wie sie sich die zukünftige Zusammenarbeit mit Russland konkret vorstellen. Die bisherige Praxis, Russland immer wieder unter politischen Druck zu setzen, ohne seine Belange zu berücksichtigen, darf seines Erachtens nicht weiter fortgesetzt werden. Bereits die erste Anti-Terror-Operation der Amerikaner in Afghanistan hat gezeigt, dass ohne Russland (und auch gegen Russland) im Sicherheitsbereich politisch wenig zu erreichen wäre. Der Westen muss entscheiden, ob nicht bereits das Zusammenwirken im Rahmen der Anti-Terror-Koalition ein ausreichender Grund für die gleichberechtigte Stellung Russlands als Koalitionspartner ist. Ansonsten wird eine russische Rückendeckung zunehmend unwahrscheinlicher werden. Beide Seiten brauchen dringend eine Harmonisierung ihres Verhältnisses und ein gemeinsamer europäischer Sicherheits-, Wirtschafts-, Rechts-, Kultur- und Politikraum ist heute schon möglich und erwünscht. Dies kann aber letztlich nur im politischen Einvernehmen zwischen der EU und Russland geschehen. (ICI2)

[142-L] Möhl, Oliver:

Russian foreign policy-making: structural and procedural characteristics of policy networks during Putin's tenure, Zürich 2007, IX, 296 S. (Graue Literatur; opac.nebis.ch/F/LM28XTUXUGHG44E23QMP44HSAQC9CYCJX1ERX8VCAVK4SRCPNJ-01451?func=full-set-set&set_number=033303&set_entry=000003&format=999)

INHALT: "Russian foreign policy-making under Vladimir Putin amounts to a black box with unpredictable outcomes. Although the President managed to stabilise decision-making after nine confusing

post-communist years, Moscow's foreign policies continue to reflect a general lack of elaboration and coordination within the domestic political and administrative arena. In particular, it is unclear what types of decision-making networks define Russia's foreign policies and to what extent, how and why they vary depending on the policy problem. The present study focuses on structural and procedural characteristics of policy networks and investigates decision-making in terms of four major Russian foreign policy spheres: far abroad, near abroad, security and economy. It argues that policy networks significantly vary depending on these subfields. Whereas far abroad and security-related policy problems tend to be tackled by small, restricted, homogenous and resource rich policy communities, near abroad and economic matters are usually addressed by large, loose, heterogeneous and weak issue networks. The examination of Russian foreign policy-making is based on social network theories and methods. By applying the concepts of Knoke, Pappi (1996) Marsh and Rhodes (1992), policy networks are quantitatively and qualitatively determined. This study's core part analyses four specific case studies: the establishment of the NATO Russia Council (2001-2002), the transformation of the Collective Security Treaty into an international organization (2001-2003), the development of the Common European Economic Space (2000-2003), and the formation of the Single Economic Space between Russia, Ukraine, Kazakhstan, and Belarus (2000-2004). The investigation of the four cases confirms the assumed relationship between involved foreign policy subfields and network patterns. In addition to this finding, it reveals some features that can be observed in all Russian foreign policy-making cases: the accentuated vertical layout of the political system, the substantial impact of bureaucracy, the shortage of qualified governmental staff, the emphasis on Russian idiosyncrasy, the influence of individuals on decision-making, the continuous rivalry among elite members, the significance of unwritten rules, short planning intervals, a lack of strategy, fluctuating coordination mechanisms as well as secrecy and opacity." (author's abstract)

[143-L] Peter, Rolf:

Russland im neuen Europa: nationale Identität und außenpolitische Präferenzen (1992-2004), (Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten, Bd. 15), Münster: Lit Verl. 2006, 341 S., ISBN: 3-8258-9046-5 (Standort: UB Stuttgart(93)-5J5873)

INHALT: "Russlands Außenpolitik kommt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des neuen Europa zu, das nicht mehr durch die gesellschaftspolitischen und militärischen Antagonismen des Ost-West-Konfliktes geteilt ist. Die vorliegende Studie widmet sich den Fragen, warum und wie sich die europapolitischen Präferenzen Moskaus zwischen 1992 und 2004 veränderten. Es wird deutlich, welche Ziele verschiedene politische Akteure in Russland mit EU, NATO und GUS verbinden und ob bzw. wie diese Ziele bei der Formulierung offizieller Positionen Moskaus Berücksichtigung fanden. Der Autor zeichnet in Russland existierende Vorstellungen von einer europäischen Ordnung nach, bietet Erklärungen für Kontinuität und Wandel der Europapolitik Russlands an, zeigt Möglichkeiten und Grenzen gesamteuropäischer Integration auf." (Autorenreferat)

[144-L] Pleines, Heiko; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.):

Die russische Außenpolitik unter Putin, (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 73), Bremen 2005, 156 S. (Graue Literatur; www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP73.pdf)

INHALT: "Russlands Außenpolitik ist im Wandel. Fünfzehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion hat das Land im System der internationalen Beziehungen immer noch keinen festen Platz gefunden. Nach 1992 erwarteten die russischen außen- und sicherheitspolitischen Eliten, dass auch das neue Russland mit seinem von der UdSSR ererbten nuklearstrategischen Potential und dem Sitz im UN-Sicherheitsrat eine führende Rolle in der Welt spielen würde. Doch die ökonomische, technologische und militärische Schwäche Russlands ließ es kaum als glaubhaften und handlungsfähigen Partner erscheinen. Weder die Annäherung an den Westen unter dem ersten Außenminister Andrej Kozyrev noch die noch die Idee eines eigenständigen russischen Weges, die später herausgestellt wurde, verschafften Russland außenpolitisch nennenswertes Gewicht. Erst der wirtschaftliche Aufschwung - im Gefolge steigender Energiepreise - und die Konsolidierung staatlicher Macht in der Amtszeit von Präsident Wladimir Putin schufen nach 1999 für Russland bessere Voraussetzungen, international

selbstbewusst aufzutreten. Doch auch in den Putin-Jahren vollzog die Außenpolitik mehrmals Schwenkungen: ging sie nach den Terroranschlägen des 9. September auf den Westen zu, so versuchte sie im Kontext des Irakkriegs europäische Irritationen über das Verhalten der Bush-Administration in eine festere Verbindung zwischen Frankreich, Deutschland und Russland umzumünzen, um 2004-2005 in Reaktion auf die 'farbigen Revolutionen' in Georgien und der Ukraine auf Distanz zum 'Westen' zu gehen. Das vorliegende Arbeitspapier befasst sich mit der Entwicklung russischer Außenpolitik seit 2003. Im ersten Teil versuchen mehrere Autoren aus ihrer spezifischen Sicht die Entwicklung außen- und sicherheitspolitischer Konzepte in Russland wiederzugeben. Der zweite Block widmet sich dann einzelnen Aspekten russischer Außenpolitik, den Beziehungen zu den USA, zur EU und zum Nahen Osten. Der letzte Abschnitt schließlich thematisiert den Wertediskurs, der seit 2004 im europäisch-russischen Dialog zunehmend an Bedeutung gewinnt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Hans-Henning Schröder: Russland als Partner? Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik (8-10); Sabine Fischer: Russische Außenpolitik: neue Akzente, bleibende Ambivalenzen. Blick aus dem Jahr 2003 (11-15); Dmitri Trenin: Der Westen und Russland: das verlorene Paradigma (16-20); Hans-Henning Schröder: Russische Außenpolitik 2005-2006. Chronik (21-30); Dale Herspring: Putin auf dem Weg zur Militärreform (31-38); Jens Siegert: Der Freund des Kanzlers - zur deutschen Russlandpolitik (39-41); ... ohne Osteuropa. Zu Joschka Fischers außenpolitischem Design (42); Iris Kempe: Rekonstruktion des Westens als gesamteuropäische Aufgabe (42-43); Sabine Fischer: "Kleineuropäische Vorstellungen greifen nicht mehr?" (43); Heinz Timmermann: Strategische Neuakzentuierungen gegenüber Russland (44); Olaf Hillenbrand: Eine handlungsfähige Europäische Union ist ohne Alternative. Rekonstruktion des Westens statt Gravitationsraum Europa? (45-46); Andrei Zagorski: Ist eine Rekonstruktion des Westens ohne Russland unmöglich? (47-48); Umfrage: Das heutige Deutschland und die Vergangenheit aus russischer Sicht (49-54); Russland und die Welt im Spiegel der russischen öffentlichen Meinung. Umfrage: Russland und die G8 (55-57); Daniela Mussnig: Russland und die OSZE: gespannte Beziehungen (58-60); Heinz Timmermann: Der Moskauer EU-Russland-Gipfel 2005 - Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven (61-69); Roland Götz: Russland und die Energieversorgung Europas (70-74); Heiko Pleines: Russland auf dem Weg in die WTO (75); Heiko Pleines: Russische Unternehmen und die neuen EU-Mitgliedsländer (76-83); Heinrich Vogel: Gipfeltreffen Bush-Putin 2005 (84-85); Sabine Fischer: Russland und die Wahlen in der Ukraine, Belarus und den USA (86-95); Christoph Saurenbach: Russische Einflussnahme bei den ukrainischen Präsidentenwahlen (96-97); Margarita M. Balmaceda: Russische Unternehmer und die neue Ukraine (98-101); Jeronim Perovic: Zwischen Markt und Macht. Russlands Wirtschaftsexpansion in den Südkaukasus und nach Zentralasien (102-116); Erik R. Scott: Die russisch-georgischen Beziehungen bleiben schwierig (117-121); Margarete Wiest: Russland im Nahen Osten (122-129); Umfrage: Russland und das Iran-Problem. Die Wahrnehmung der russischen Öffentlichkeit (130-133); Diana Schmidt: Eine Wertelücke zwischen Russland und dem Westen? Vorläufige Anmerkungen zu einem schwierigen Diskurs (134-147); Offener Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO vom 28. September 2004 (148-149); Heinrich Vogel: Anmerkungen zum "Offenen Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO" vom 28. September 2004 (150-151); Andreas Langenohl: Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle (152-155).

[145-L] Siegl, Walter:

Russia as a partner in world politics, in: Gerald Hinteregger, Hans-Georg Heinrich (Hrsg.): *Russia - continuity and change*, Berlin: Springer, 2004, S. 163-176, ISBN: 3-211-22391-6

INHALT: Der Beitrag zum Transformationsprozess in Russland beschäftigt sich mit der Frage, in welcher Form Russland an der Weltpolitik teilnimmt und insbesondere bei den Lösungsversuchen großer internationaler Sicherheitsprobleme eingebunden ist. Dazu wird in einem ersten Schritt die russische Außen- und Sicherheitspolitik beschrieben. Der zweite Schritt widmet sich sodann den Beziehungen zu den USA als internationalem Partner unter besonderer Berücksichtigung der NATO-Osterweiterung. Der dritte Schritt erörtert schließlich die Partnerschaft Russlands zu der Europäischen Union (EU), die durch großes Vertrauen zwischen den politischen Führungen und den beiderseitigen Wunsch nach enger politischer Zusammenarbeit geprägt ist. Eine vertiefte kooperative Sicherheitspolitik wird auch durch das trilaterale Ministertreffen von Russland, der EU und den USA 2000 in Lissabon unterstrichen, das hier abschließend skizziert wird. (ICG2)

[146-L] Singhofen, Sven C.:

Die NATO und Russland: die Sicherung der Partnerschaft in schwierigen Zeiten, (Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 22), Kiel 2007, 31 S. (Graue Literatur;
www.isuk.org/1/wp-content/uploads/2007/10/Kieler%20Analysen%20zur%20Sicherheitspolitik%20Nr.%2022%20SS%20NATO-Russland.pdf)

INHALT: "Die Beziehungen Russlands zur NATO sind auch zehn Jahre nach der Verabschiedung der NATO-Russland Grundakte in hohem Maße ambivalent. Neben Erfolgen und Fortschritten häufen sich besonders in der letzten Zeit die Differenzen. In der öffentlichen Wahrnehmung werden gerade diese Differenzen in den Vordergrund gestellt. Dies ist eine Verzerrung der Tatsachen und wird der tatsächlichen Entwicklung der Kooperation nicht gerecht. Dennoch stellt sich die Frage, wie sich die begonnene Partnerschaft mit Russland weiter entwickeln wird. Steht sie vor einem Stillstand oder gar einer Abkühlung? Wie können die erreichten Fortschritte bewahrt werden? Gibt es eine Perspektive für einen weiteren Ausbau der Kooperation und, falls ja, durch welche Maßnahmen? Vor dem Hintergrund einer Beschreibung und Bewertung der bisherigen Ergebnisse der Zusammenarbeit werden zwei Szenarien und praktische Vorschläge für die Weiterentwicklung der Partnerschaft entwickelt. Welches Szenario sich in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland einstellen wird und welche Vorschläge für die weitere Gestaltung der Partnerschaft demzufolge von Bedeutung sein werden, hängt allerdings von der weiteren Entwicklung der Auseinandersetzungen um die vier derzeit wichtigsten Fragen im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ab. Dies sind: (1) die amerikanischen Pläne für den Aufbau von Raketenabwehrsystemen in Polen und Tschechien; (2) die Erweiterung der NATO um neue Mitglieder; (3) der KSE-Vertrag; (4) die Regelung der Statusfrage des Kosovo." (Autorenreferat)

[147-L] Singhofen, Sven C.:

Die NATO und Russland: wie kann die begonnene Partnerschaft gesichert werden?, in: KAS-Auslands-Informationen, 2007, Nr. 11, S. 21-32 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.kas.de//db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_12581_1.pdf)

INHALT: "Die Beziehungen Russlands zur NATO sind auch zehn Jahre nach der Verabschiedung der NATO-Russland-Grundakte in hohem Maße ambivalent. Russland beteiligt sich einerseits als erstes Nicht-Mitglied der NATO an der Anti-Terror-Operation Active Endeavour im Mittelmeer. Andererseits häufen sich besonders in letzter Zeit die Differenzen wie etwa um die NATO-Erweiterung oder die Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Osteuropa. Ein Überblick über die aktuellen Defizite der Kooperation zwischen der NATO und Russland und die im Hintergrund wirkenden Faktoren kommt zu dem Schluss, dass es auch zukünftig nur einen eng begrenzten Spielraum für eine Ausweitung der Kooperation geben wird. Zugleich ist anzunehmen, dass die Partnerschaft auf absehbare Zeit in einem hohen Maße von Ambivalenz gekennzeichnet sein wird. Dem sollte durch einen Ansatz begegnet werden, der versucht, situative Reibungen zu minimieren und die Kooperation in unkontroversen Bereichen auszuweiten." (Autorenreferat)

[148-CSA] Singhofen, Sven C.:

Russia and the NATO. An Ambivalent Partnership, in: WeltTrends 2007-2008, 57, winter, 133-143., 2007, ISSN: 0944-8101

INHALT: The present article discusses Russia's ambivalent position towards the NATO, its deficits and causes. The transformation of Russia and the NATO are discussed in detail. Statements about still limited freedom for cooperation and how to limit these frictions (e.g. collaborations on different levels) conclude the article, while pleading, within the tight range given, for open and cooperative policies of detente, that might incite a clearing of the air in their relations.

[149-F] Steinel, Anna (Bearbeitung); Kreile, Michael, Prof.Dr.; Glaebner, Gert-Joachim, Prof.Dr. (Betreuung):

Zero-sum game? NATO/ Russia relations since 1997: politics and interests in the Central Asia Region

INHALT: Verhalten von ehemaligen Großmächten und Auswirkungen auf aktuelle Strukturen. Sind die Ausdrücke "Kooperation" oder "Konfrontation" sinnvoll? **ZEITRAUM:** since 1997 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Russia, Central Asia

METHODE: Realismus/ Konstruktivismus **DATENGEWINNUNG:** Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, standardisiert. Qualitatives Interview.

ART: **BEGINN:** 2003-10 **ENDE:** 2007-10 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Berlin Graduate School of Social Sciences (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Institution (e-mail: bgss@rz.hu-berlin.de)

[150-L] Steinel, Anna:

Power, structures, and norms: determinants and patterns of NATO-Russia relations since 1997,

Berlin 2007, VI, 232 S. (Graue Literatur; deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?idn=987633589&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=987633589.pdf)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Untersuchung der institutionalisierten Beziehungen zwischen der NATO und Russland seit 1997 und konzentriert sich dabei besonders auf die Ergebnisse des 'Permanent Council' (PJC, 1997) und des 'NATO-Russia Council' (NRC, 2002). Das Vermächtnis von Strukturen, die während des kalten Krieges entstanden, beeinflusst weiterhin die Interaktionen zwischen der NATO und Russland. Dies wurde insbesondere während der Kosovo-Krise und nach dem 11. September 2001, welcher die 'post-post-Cold War era' einläutete, sichtbar. Das zentrale Kapitel der Dissertation beinhaltet eine empirische Analyse der Policy-Felder, denen sich der PJC und der NRC widmen. Hier wird vor allem auf die Zusammenarbeit von der NATO und Russland auf dem Balkan und auf den Kampf gegen den Terrorismus eingegangen. Die Fallstudie untersucht NATO-Russland Interaktionen in Zentralasien; besonders im Hinblick auf geopolitische Trends, die für beide Akteure und ihre zukünftigen Beziehungen wichtige Auswirkungen haben werden. Diese Arbeit untersucht die Qualität der Beziehungen zwischen der NATO und Russland anhand von Ereignissen, welche diese Beziehungen geprägt haben und erklärt, warum manche Verhaltensmuster sich kontinuierlich wiederholen." (Autorenreferat)

[151-L] Trenin, Dmitri:

Russland: die gestrandete Weltmacht, Hamburg: Murmann 2005, 352 S., ISBN: 3-938017-16-3

INHALT: Der Autor fordert eine weit reichende Integration Russlands in den Westen und begründet das mit geopolitischen Argumenten. Er stellt den Zusammenhang zwischen Grenze, Sicherheit und Identität dar und geht auf die Folgen der NATO- und EU-Erweiterung ein. Darüber hinaus werden die islamische Militanz und der Aufstieg des Nachbarn China problematisiert. Russland laufe Gefahr, zwischen den Machtzentren an seinen drei Fronten aufgerieben zu werden. Die politische Instabilität in Zentralasien und die wachsende Macht Chinas ließen Russland keine andere Wahl, als sich dem Westen anzuschließen. Deshalb müsse sich Russland bewusst für Europa entscheiden. Aber auch die EU, zu deren künftigen Mitgliedern Bulgarien und die Türkei gehören werden, könne Russland langfristig einen Beitritt nicht verweigern, jedenfalls nicht aus 'kulturellen Gründen' (258). Trenin analysiert die postsowjetischen Territorialverhältnisse an der russischen Landesgrenze und legt die politischen, wirtschaftlichen, demografischen, religiösen und strategischen Herausforderungen dar, mit denen Russland hinsichtlich seiner heterogenen Nachbarstaaten zu kämpfen hat. Russland sei nicht länger der vorherrschende Staat in der Region und habe seine Eigenschaft 'als Zentrum des Kontinents' (12) verloren. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist die historische Erfahrung Russlands. Die Muster der territorialen Entstehung des russischen Staates und die Auswirkungen des sowjetischen Untergangs als Umkehrung einer 500-jährigen Entwicklung werden in Zusammenhang gestellt. Auf dieser

Grundlage untersucht Trenin die Rolle der GUS und die Ursache für das Scheitern einer Eurasischen Union. (ZPol, VS)

[152-L] Trenin, Dmitrij:

Zur Partnerschaft verurteilt: Russland und die NATO, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 6, S. 48-50 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Artikel gibt einen kurzen Überblick über das (zukünftige) Zusammenwirken Russlands mit der NATO. Dabei finden die folgenden Aspekte Berücksichtigung: (1) die NATO-Erweiterung und die mögliche Stationierung US-amerikanischer Streitkräfte auf dem Territorium der neuen Allianzmitglieder des Baltikums und Polens, (2) die Politik Russlands in den GUS-Ländern Georgien, Ukraine, Weißrussland und Moldawien sowie (3) die bilateralen Beziehungen Russlands auf militär-politischem und -technischem Gebiet zu Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Im Hinblick auf die kurzfristige Perspektive der Beziehungen zwischen beiden Seiten nimmt der Autor an, dass sich Russland in der zweiten Amtszeit W. Putins kaum als assoziiertes Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses betrachten wird. Zugleich werden beide Seiten auf Gebieten wie Friedensaktivitäten und Raketenabwehrsystemen real zusammenarbeiten. (ICG2)

[153-L] Weisser, Ulrich:

Ein gefährlicher Konfrontationskurs: über die Beziehungen der NATO zu Russland, in: Die Politische Meinung : Monatsschrift zu Fragen der Zeit, Jg. 54/2008, H. 11 = Nr. 468, S. 10-14 (Standort: USB Köln(38)-EP15460; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.kas.de/wf/doc/kas_15010-544-1-30.pdf)

INHALT: Im Kaukasus sind nicht nur uralte ethnische und staatliche Rivalitäten wirksam, sondern auch sich zuspitzende ölbestimmte und strategische Interessengegensätze zwischen den USA und Russland. Der Konflikt hat Züge eines Stellvertreterkrieges. Die Russen wollen ihren über zwei Jahrhunderte ausgeübten Einfluss in der Region nicht verlieren. US-Militär-Basen an ihrer Südflanke sind für sie eigentlich nicht vorstellbar. Den USA wiederum dient Georgien als strategischer Brückenkopf am Kaukasus. Es ist ein wichtiges Transitland für Öl- und Erdgaslieferungen aus Aserbaidschan. Der georgische Präsident konnte die Propagandadimension des Konfliktes mithilfe der USA und einiger osteuropäischer Staaten weitgehend für sich besetzen. Zwar ist das Konzept des georgischen Präsidenten nicht aufgegangen, Amerika, Europa und die NATO militärisch in seinen Streit mit Russland zu verwickeln. Die Krise hat aber, so die These, hinreichend Potenzial, die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ernsthaft zu belasten, wenn jetzt nicht durch kluge Diplomatie mäßigend auf die Beteiligten eingewirkt und rasch eine politische Lösung gefunden wird. (ICF2)

[154-F] Wiest, Margarete, Dr.phil. (Bearbeitung):

Russlands Kooperation mit der NATO

INHALT: Die Kooperation mit der NATO stellt den wichtigsten Pfeiler einer sicherheitspolitischen Anbindung Russlands an "Europa" dar. Diese wird aber nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn sie auf einer gemeinsamen ideellen Basis beruht. Die Arbeit untersucht daher zum einen den endogenen Prozess der Interessenbildung auf russischer Seite. Auf welchen kollektiven Ideen beruht Moskaus NATO-Politik und inwieweit fördern bzw. hemmen diese die sicherheitspolitische Kooperation mit dem einstigen "Hauptfeind"? Zum anderen wird analysiert, ob die institutionalisierte Zusammenarbeit mittels ihrer Kooperationsprinzipien, -normen und -regeln auf russischer Seite zu einer Veränderung der kollektiven Ideen und daraus resultierend des Verhaltens führt. *ZEITRAUM:* 1991-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Russland

METHODE: Im Zentrum der Arbeit stehen kollektive Ideen und deren Wirkung auf sicherheitspolitisches Verhalten. Die Arbeit rechnet sich daher dem Sozialkonstruktivismus zu.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Wiest, M.: Russlands neue Partnerschaft mit der NATO. in: Gorzka, Gabriele; Schulze, Peter W. (Hrsg.): Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie. Frankfurt am Main u.a.: Campus 2004, S. 361-388.

ART: *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2008-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution
INSTITUTION: Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und
 Geographie, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb.
 Mittel- und Osteuropa (93040 Regensburg)
KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0173-3939531, e-mail: margarete.wiest@politik.uni-regensburg.de)

[155-L] Zagorski, Andrei V.:

Russia's interest in the context of the twin-enlargement, in: Hans J. Giessmann (ed.): Security
 Handbook 2004 : the twin enlargement of NATO and EU, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 48-
 58, ISBN: 3-8329-0880-3

INHALT: Der Verfasser behandelt die Politik Russlands im Vorfeld der doppelten Erweiterung von EU
 und NATO 2004. Er fasst die Verhandlungsergebnisse und die Beurteilung der Entwicklung durch
 Russland zusammen und beurteilt sie im weiteren Kontext der Debatte um die Position Russlands im
 Rahmen des neuen institutionellen Designs Europas. Dabei wird auch nach der Bedeutung weiterer
 internationaler Organisationen aus russischer Sicht gefragt, vor allem der OSZE. Russland, so
 zeigt sich, wurde von der Erweiterung der EU und den NATO nicht überrascht. Moskau hat versucht,
 das Beste aus der von den Europäern erklärten Bereitschaft zur Berücksichtigung legitimer russischer
 Interessen zu machen - allerdings nur mit begrenztem Erfolg. Dabei waren die politischen Konflikte
 über die NATO-Erweiterung weniger hart als über die Erweiterung der EU. (ICE)

[156-L] Zellner, Wolfgang:

OSZE vor dem Aus?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 4, S. 17-20
 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst
 erhältlich)

INHALT: Der russische Präsident Wladimir Putin drohte bereits am 13. Juli 2007 mit der Aussetzung
 des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), falls die NATO-Staaten nicht binnen
 150 Tagen den angepassten KSE-Vertrag (AKSE) ratifizierten und eine Reihe weiterer Forderungen
 der Russischen Föderation erfüllten. Eine außerordentliche Konferenz der KSE-Vertragsstaaten im
 Juni 2007 konnte jedoch diesen Schritt ebenso wenig abwenden wie drei informelle Treffen. Am 12.
 Dezember 2007 suspendierte die russische Regierung den KSE-Vertrag dann tatsächlich, was bedeu-
 tet, dass Russland sich nicht mehr an die Obergrenzen des Vertrags gebunden fühlt, sich nicht länger
 am Datenaustausch beteiligt und keine Vor-Ort-Inspektionen mehr zulässt. Durch diese Aussetzung
 ist das System gemeinsamer und kooperativer Sicherheit in Europa in eine tiefe Krise geraten, wie
 der Autor in seinem Beitrag betont. Er skizziert die Regelungen im angepassten KSE-Vertrag, die
 Kontroverse über die "Istanbul-Verpflichtungen" sowie zusätzliche Forderungen Russlands und
 warnt vor einem Zusammenbruch des KSE-Regimes. (ICI2)

7 Streitfall US-Raketenabwehr in Ostmitteleuropa

[157-L] Adomeit, Hannes:

Putin und die amerikanische Raketenabwehr in Europa: ist ein Wettrüsten "unvermeidlich"?, in:
 Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 58/2007, H. 415, S. 41-55
 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.hss.de/downloads/PolStudien415_Internet.pdf)

INHALT: Der jüngste Konflikt zwischen Russland und den USA wegen der amerikanischen Pläne zum
 Aufbau einer Radarstation in Tschechien und einer Raketenabwehrstellung in Polen wirft diverse
 Fragen auf. Fühlt Russland sich tatsächlich von amerikanischen Abwehrraketen in Europa bedroht?
 Was hat die Drohung mit dem Ausstieg aus den KSE- und INF-Verträgen zu bedeuten? Dient die
 Kampagne gegen die Stationierung amerikanischer Abwehrsysteme der Legitimierung eines ohnehin
 begonnenen Rüstungswettlaufs? Inwieweit wird die russische Haltung nicht von taktischen, sondern

von psychologischen Faktoren bestimmt und kommen vielleicht auch innenpolitische Beweggründe (die nahen Parlamentswahlen, Präsidentschaftswahlen) ins Spiel? Der Beitrag überprüft diese Interpretationen auf ihre Stichhaltigkeit und diskutiert abschließend, wie der Westen auf die russische Haltung reagieren sollte. Dabei wird betont, dass die der Aufbau jeglicher militärischer Infrastruktur und militärischer Präsenz der USA in der Region der wichtigste Bestimmungsfaktor der russischen Reaktion ist. Aufgrund der innenpolitischen Entwicklungen fehlt in Russland das Vertrauen für eine umfassende Neuordnung europäischer Sicherheitsstrukturen. Daher wären die europäischen Regierungen gut beraten, auf Moskaus Drohgebärden mit Gelassenheit zu reagieren. (ICH)

[158-CSA] Bailes, Alyson J. K.:

Putin's Poker: What Goals Does the Russian President Pursue with His Threat to Freeze the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe?, in: Internationale Politik 2007, 62, 6, June, 100-103., 2007, ISSN: 1430-175X

INHALT: Russia's frustration regarding America's plans for missile defense systems & troop placements is great. However, it seems that the current crisis is more a NATO internal than a West-East crisis: apparently, the new NATO members do not feel really safe through the alliance. This is the reason why they seek separate treaties with the USA.

[159-L] Bauer, Thomas; Baumann, Florian:

Raketen für Europa?: die US-Pläne offenbaren die strategischen Schwächen Europas, (CAP Analyse, 4/2007), München 2007, 18 S. (Graue Literatur; www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Analyse-2007-04.pdf; www.cap.lmu.de/download/2007/CAP-Policy-Analysis-2007-03.pdf)

INHALT: "Die Diskussion um die US-amerikanischen Raketenabwehrpläne offenbart die Komplexität und Vielschichtigkeit politischer Prozesse zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es meistens nicht um das Abwehrsystem selbst, sondern um die Wahrung von unterschiedlichen Interessen auf der internationalen Bühne oder in der parteipolitischen Auseinandersetzung. Zum einen strebt Russland nach einer stärkeren Rolle im ehemaligen sowjetischen Einflussbereich und möchte sich als globaler Akteur zurück melden. Zum anderen versuchen Teile der SPD die Diskussion für eine Rückbesinnung auf ihre Wurzeln als Friedenspartei zu nutzen. Hinzu kommen ungeklärte Fragen in Bezug auf die Rolle der NATO und der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie eine unterschiedliche Wahrnehmung der Bedrohung durch das iranische Nuklear- und Raketenprogramm. Nach einer Freilegung der Kerndiskussionen und einer Betrachtung der Teile des Eisbergs, die unterhalb der Wasseroberfläche liegen, kommt das Papier zu folgendem Ergebnis. Die Pläne für ein umfassendes Raketenabwehrsystem sollten im Rahmen der NATO zusammen mit Russland weitergeführt werden. Nur eine gemeinsame Lösung kann einen weiteren Bruch im Vertrauensverhältnis vermeiden. Zudem kann man mit diesem Schritt die USA zurück ins gemeinsame Boot der NATO holen. Zudem sollte über eine neue strategische Vereinbarung zwischen EU und NATO in Bezug auf verteidigungspolitische Fragen nachgedacht werden, die auch den Aspekt der territorialen Raketenabwehr beinhaltet. Hierfür gilt es die strategischen Interessen Europas im globalen politischen System zu definieren und diese mit Nachdruck zu vertreten. Mit Blick auf die innerdeutsche Debatte sollte die verstärkte Diskussion mit dem Bürger gesucht werden, um überzeugende Erklärungsmuster für die Politik im 21. Jahrhundert bieten zu können." (Autorenreferat)

[160-L] Bitter, Alexander:

Die Nato und die Raketenabwehr: Implikationen für Deutschland vor dem Gipfel in Bukarest 2008, (SWP-Studie, S 29), Berlin 2007, 31 S. (Graue Literatur; www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4441; www.swp-berlin.org/en/common/get_document.php?asset_id=4548)

INHALT: Auf dem Hintergrund des bevorstehenden Nato-Gipfels in Bukarest 2008 diskutiert die Studie die Problemstellungen im Zusammenhang mit der Frage einer Raketenabwehr in Europa. Die zentra-

le Frage der Studie ist, welche Handlungsoptionen die europäischen Nato-Mitglieder vor dem Hintergrund der raschen Fortentwicklung des amerikanischen Programms besitzen. Neben einer Betrachtung der Risiken und Bedrohungen für Europa werden Vorschläge für einen möglichen europäischen Beitrag, eine strukturelle Architektur und ein Führungs- und Entscheidungsverfahren unter Beteiligung der Europäer erarbeitet und Russlands Rolle in der Debatte diskutiert. Zusätzlich ist ein Handlungsrahmen für die Bundesregierung zu definieren, im Zentrum derer Ziele und Interessen deutscher Sicherheitspolitik stehen. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass es mit vertretbaren, geringen technologischen Risiken verbunden wäre, das amerikanische Angebot anzunehmen, und sich stufenweise an der Raketenabwehr zu beteiligen. Ohne das Bündnis in seiner Handlungsfähigkeit zu lähmen, sollten zur Entspannung der Lage jedoch auch realisierbare Kooperationsfelder mit Russland identifiziert werden. (ICH)

[161-CSA] DeBiao, Peppino A.:

Middle Defense and NATO Security, , in: Joint Force Quarterly 4th Quarter no 51 46-51
http://www.ndu.edu/inss/Press/jfq_pages/editions/i51/13.pdf, 2008, ISSN: 1070-0692

INHALT: The North Atlantic Treaty Organization (NATO) is working to mitigate the erosion of deterrence by fielding an integrated ballistic missile defense: The current US long-range missile defense proposal would place 10 ground-based interceptors in Poland, supported by a fixed X-band radar in the Czech Republic, and the data collected by this radar, optimized to detect ballistic payloads from the Middle East, would guide interceptors to nonexplosive yet catastrophic collisions. Despite strong objections from Russia, the long lead time for building and deploying missile defenses in the face of a growing threat increases the urgency for timely, comprehensive action.

[162-L] Frühling, Stephan; Sinjen, Svenja:

Raketenabwehr, NATO und die Verteidigung Europas, (Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, 40), Sankt Augustin 2007, 9 S. (Graue Literatur;
www.kas.de/db_files/dokumente/analysen_und_argumente/7_dokument_dok_pdf_10599_1.pdf)

INHALT: "Während die USA schon seit Jahren an einem System zur Abwehr von Raketenangriffen aus der Golfregion oder dem asiatischen Raum arbeiten, wurde dieses Thema in Deutschland lange Zeit völlig ignoriert. Erst nachdem der russische Präsident Putin die geplante Stationierung von Teilen des Systems in Osteuropa kritisierte, war das Schlagwort von der 'Missile Defense' in aller Munde. Überzogene Vorwürfe von vermeintlichen Rüstungswettläufen machten ebenso die Runde, wie nicht nachvollziehbare Behauptungen einer 'Neutralisierung' der russischen Raketenarsenale. Was steht hinter den amerikanischen Plänen und welche Konsequenzen müssen bedacht werden?" (Autorenreferat)

[163-L] Jäger, Thomas; Dylla, Daria W.:

Ballistic Missile Defense und polnische Sicherheitsinteressen: eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium, in: Thomas Jäger, Daria W. Dylla (Hrsg.): Deutschland und Polen : die europäische und internationale Politik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 289-323, ISBN: 978-3-531-15933-1 (Standort: UB Bonn(5)-2008/4092)

INHALT: Mit der Debatte um die Einrichtung einer amerikanischen Radaranlage in der Tschechischen Republik und der parallelen Aufstellung von zehn "Ground Based Interceptor" (GBI)-Abfangraketen in Polen verbinden sich derzeit wichtige Fragen der internationalen Politik sowie der außenpolitischen Handlungsfähigkeit einiger betroffener Staaten. Im Zentrum stehen die USA, die über eine Ausweitung ihres Raketenabwehrsystems und die untergeordnete Integration der europäischen NATO-Verbündeten nicht nur die nationale Sicherheit weitergehend zu gewährleisten beabsichtigen, sondern auch ihre internationale Vormachtrolle zu stabilisieren versuchen. Der Autor zeichnet im vorliegenden Beitrag die öffentlichen Diskussionen um die Aufstellung der GBI-Abfangraketen in Polen nach, die insbesondere in den letzten Monaten zu einer Eskalation der politischen Auseinandersetzung geführt haben. Er analysiert ausführlich den Weg, der in Polen von einer breiten öffentli-

chen Unterstützung für die USA generell hin zu einer eng geführten Position der Vertretung nationaler Interessen geführt hat. Weitere Schwerpunkte seines Beitrages sind Russlands Bedenken gegen das US-Raketenabwehrsystem und die polnische Forderung nach einem Luftabwehrsystem, die Auswirkungen der Debatte auf NATO und EU sowie ordnungspolitische Konsequenzen. (ICI2)

[164-L] Lengyel, Laszlo:

Ein neues Mitteleuropa?, in: Europäische Rundschau : Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 35/2007, Nr. 1, S. 67-87 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: In der Frühphase des Irakkrieges bemühte sich die Regierung Bush um die Schaffung eines politischen, proamerikanischen Interimsbündnisses, welches den USA gegenüber der Frankreich, Deutschland und Russland umfassenden Staatengruppe beistehen sollte, die kritische Einwände gegen den Irakkrieg hatte. Die ostmitteleuropäische Staaten - von Ungarn bis Rumänien, von der Republik Tschechien bis Polen und den baltischen Staaten - sind damit zu wichtigen Gliedern dieser politischen Kette geworden und repräsentieren nach den Worten von Donald Rumsfeld das "Neue Europa". Diese Staaten hegen nun die Hoffnung, dass die zukünftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die aktive Unterstützung von Seiten der Vereinigten Staaten ihre politische und wirtschaftliche Bedeutung steigern wird. Der Autor beleuchtet in seinem Beitrag unter anderem die anti-deutschen und antirussischen Ressentiments, die Folgen der sogenannten "farbenfrohen Revolutionen" in Osteuropa und die Distanz der Europäer zur gegenwärtigen Interventionsstrategie von US-Präsident Bush. Er diskutiert ferner die Frage, ob ein "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" in Osteuropa scheitern wird und welche Auswirkungen der Zusammenstoß der Generationen der Jahre 1968 und 1989 für die gegenwärtige Situation hat. Weitere Schwerpunkte seiner Analyse bilden die russischen, mitteleuropäischen und ungarischen Optionen zur EU-Erweiterung, die Entwicklung bei den rechten und linken Parteien sowie die Problemlagen des polnischen Weges in Richtung einer nationalistischen und populistischen Politik. (ICI)

[165-L] Pradetto, August; Assmann, Mario:

Die NATO-Osterweiterung: trojanische Pferde für die transatlantische Herde?, in: Michael Staack, Rüdiger Voigt (Hrsg.): Europa nach dem Irak-Krieg : Ende der transatlantischen Epoche?, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 129-155, ISBN: 3-8329-0940-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005-3302)

INHALT: Der Beitrag fragt nach den Motiven für die nachhaltige, grundsätzlich bis heute andauernde Unterstützung der Sicherheitspolitik der USA durch die Staaten, die im Zuge der beiden NATO-Erweiterungsrunden 1999 und 2004 gen Osten Mitglieder der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft werden. Die Untersuchung erfolgt zum Zwecke der schärferen analytischen Abgrenzung im Rahmen von vier verschiedenen Ländergruppen, wobei Polen, Tschechien und Ungarn, die Mitgliedschaftsvorreiter von 1999, die erste Gruppe bilden. Die Zusammensetzung der drei anderen Gruppen orientiert sich an dem Stand des Transformationsprozesses in den jeweiligen Staaten und führt Beitrittskandidaten zusammen, deren Entwicklungsgrad etwa vergleichbar ist. So folgen in der zweiten Gruppe die Slowakei und Slowenien, während sich die im Erweiterungskreis als am rückständigsten geltenden Länder Bulgarien und Rumänien in der dritten Gruppe finden. Schließlich wird auf die Baltikum-Anrainer Estland, Lettland und Litauen, die neben der gemeinsamen geostrategischen Lage auch historische Erfahrungen teilen, in der vierten Gruppe eingegangen. Innerhalb dieser Ländergruppen werden die nationalen Interessen bzw. die daraus abgeleiteten Sicherheitspolitiken in Bezug auf das US-Vorgehen nach dem 11. September 2001 beleuchtet. Die daraus gewonnenen Teilergebnisse werden dann in der Schlussbetrachtung zusammengeführt und geben Aufschluss darüber, welche Motive es sind, die die dargestellte Unterstützung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik bewirken. In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, ob die neuen Allianzmitglieder tatsächlich Trojanische Pferde sind: Staaten des europäischen Kontinents, aber amerikanische Interessen vertretend und so die US-Position innerhalb der NATO stärkend, während gleichzeitig der europäische Pfeiler in der Allianz geschwächt wird - ein 'Danaergeschenk', das es Washington ermöglicht, Europa über die 'Hintertreppe im Osten' zu spalten und so die eigene Führungsrolle auszubauen. (ICG2)

[166-L] Rupnik, Jacques:

Amerikas beste Freunde in Europa: die USA von Ostmitteleuropa aus gesehen, in: Transit : europäische Revue, 2004, H. 27, S. 29-52 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag befasst sich mit den Ursachen der Loyalität der ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und Tschechische Republik gegenüber den USA bzw. mit den Ursachen ihrer besonderen Anerkennung der amerikanischen Führungsrolle. Dies wird am Beispiel der Irakkrise Anfang 2003 aufgerollt. Die Gründe für die proamerikanische Haltung der Osteuropäer sind historisch bedingt: das transatlantische Bündnis bedeutet Sicherheit. Neben den Lehren der Geschichte stehen die Lehren aus der Balkankrise. Erst die US-geführte militärische Intervention unter dem Schirm der NATO hat den ethnischen Säuberungen in Bosnien und im Kosovo ein Ende gesetzt. Der Beitrag beleuchtet den Gegensatz, der zwischen dem "alten" und dem "neuen" Europa in der Haltung zu Amerika besteht, auf drei Dimensionen - Amerikas Machtstellung, sein sozioökonomisches Modell und seine Massenkultur - und kommt zu dem Schluss, dass dieser Gegensatz keineswegs so ausgeprägt ist, wie die politischen Verhältnisse es glauben machen wollen. Es könnte sein, dass es in einem erweiterten Europa zu einem Export von Formen des westeuropäischen Anti-Amerikanismus nach Osteuropa kommt. (ICH)

[167-L] Schreer, Benjamin:

Heiße Kartoffel Raketenabwehr: warum der NATO-Gipfel in Bukarest die Entscheidung für den Aufbau eines strategischen Raketenabwehrsystems nicht vertagen sollte, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, H. 3, S. 44-49 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;
www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/maerz/heisse-kartoffel-raketenabwehr.html)

INHALT: Der Verfasser geht davon aus, dass ein Raketenabwehrsystem technisch machbar und mit einer relativ geringen Belastung für die Mitglieder finanzierbar ist. Dennoch wird auch in Bukarest vermutlich kein konkreter Beschluss für die Beschaffung solcher Systeme gefasst werden, weil auf der NATO-Agenda unmittelbar drängendere Fragen stehen. Dazu gehören neben dem weiteren Vorgehen in Afghanistan und im Kosovo auch die Erweiterung der Allianz und die Zukunft der schnellen Eingreiftruppe, der NATO Response Force (NRF). Zum anderen verbinden zahlreiche europäische Mitglieder einen demokratischen Sieg bei den kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA mit der Möglichkeit, das ungeliebte Raketenabwehrprojekt weiter hinauszuzögern. Falls die NATO die konkrete Entscheidung über die Entwicklung einer strategischen Raketenabwehr tatsächlich abermals verschiebt, würde das Spiel auf Zeit einiger europäischer NATO-Staaten in dieser Angelegenheit vermutlich nur vordergründig aufgehen. (ICG2)

[168-L] Staack, Michael:

Deutsche Interessen und Raketenabwehr, in: Sicherheit und Frieden : S + F, Jg. 26/2008, H. 1, S. 30-37

INHALT: Die seit 2005 verstärkt vorangetriebene Absicht der USA, in Polen, Tschechien und möglicherweise auch in anderen europäischen Staaten Raketenabwehrsysteme aufstellen zu wollen, hat erstmals seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wieder ein rüstungs- und rüstungskontrollpolitisches Thema ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt. Dieses Prestigeprojekt der Administration von George W. Bush berührt grundlegende deutsche Interessen und verfügt über das Potential, die sicherheitspolitische Lage in Europa und darüber hinaus zum Negativen verändern. Die Erörterung der Problematik erfolgt im vorliegenden Beitrag in drei Schritten, indem erstens zunächst einige definitive Anmerkungen zu den zentralen Begrifflichkeiten Außenpolitik, Interesse und Multipolarität erfolgen, zweitens die grundlegenden außenpolitischen Interessen Deutschlands identifiziert und problematisiert werden sowie drittens die bevorstehende Entscheidung über ein US-amerikanisches Raketenabwehrsystem in Europa an diesen nationalen Interessen gemessen und bewertet wird. (ICA2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanziierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister
A

Adomeit, Hannes 122, 123, 124, 157
 Afanasjev, Valeri 1
 Aghayev, Nasimi 63
 Asmus, Ronald D 125
 Assmann, Mario 165
 Aydin, Mustafa 126

B

Bailes, Alyson J. K. 158
 Bauer, Thomas 159
 Baumann, Florian 159
 Beckmann, Rasmus 26
 Biermann, Rafael 64, 65
 Bitter, Alexander 160
 Blackwell, Stephen 47
 Bozhko, Sergiy 27
 Brusis, Martin 66
 Buro, Andreas 2, 67

C

Caparini, Marina 48
 Carpenter, Ted Galen 3
 Center for Research and Policy Making 100
 Chivvis, Christopher S. 101
 Christoff, Joseph A. 102
 Cole, Eden 49, 52
 Cooley, Alexander 4
 Corbea Hoisie, Andrei 28

D

DeBiaso, Peppino A. 161
 Degeratu, Claudiu 50
 Deimel, Johanna 128
 DenDoel, Theo van 51
 Donais, Timothy 49
 Dylla, Daria W. 163
 Dzebisashvili, Kakhaber 5

E

Edelbauer, Gisela 68
 Elsässer, Jürgen 69, 70

F

Fluri, Philipp 48
 Fluri, Philipp H. 49, 52
 Frank, Cornelia 29
 Freitag-Wirringhaus, Rainer 71
 Friedrich, Roland 72
 Fritch, Paul 129
 Frühling, Stephan 162

G

Gabanyi, Anneli Ute 30
 Gareis, Sven Bernhard 6
 Gause, Clemens 62
 Germann, Wilhelm N. 53
 Giessmann, Hans J. 7
 Glaebner, Gert-Joachim 149
 Gligorijevic, Srdjan 99
 Grizold, Anton 31
 Gyarmati, István 73

H

Hagelberg, Robin 8
 Hagen, Ulrich vom 6
 Hamilton, Daniel S. 32
 Hansen, Dirk 33
 Hawrylyshyn, Bohdan 103
 Heinrich, Hans-Georg 130
 Hiscock, Duncan 104
 Höfer-Wissing, Neithart 74

I

Ilievski, Tihomir 105

J

Jäger, Thomas 163
 Janning, Josef 66
 Jazbec, Milan 54
 Jelusic, Ljubica 55, 56
 Joseph, Edward P. 106

K

Kamp, Karl-Heinz 9, 131, 132
 Kaptanoglu, Neslihan 126
 Karaganow, Sergej A. 133
 Karkoszka, Andrzej 53
 Kästner, Antje 134
 Kempe, Iris 75
 Kerneck, Barbara 135
 Khol, Radek 34
 Kiraly, Attila 10, 11
 Kiss, László J. 35
 Kleine-Brockhoff, Thomas 136
 Klotzle, Kurt 75
 Kobieracki, Adam 36
 Koschut, Simon 21
 Koturovic, Darja 107
 Kovács, András 37
 Kramer, Mark 108
 Kreidl, Jakob 76
 Kreile, Michael 149
 Kremenjuk, Victor 137

Kulick, Jonathan 121
 Kupferschmidt, Frank 77, 122
 Kurfürst, Jaroslav 25

L

Laity, Mark 78
 Lang, Kai-Olaf 38, 39
 Larrabee, F. Stephen 13, 109
 Lasas, Ainius 14
 Legendre, Thierry 15
 Leiße, Olaf 79
 Lengyel, Laszlo 164
 Linder, Rainer 110
 Longhurst, Kerry 40
 Lusa, Dana 111

M

MacDonald, David Bruce 80
 Macków, Jerzy 29
 Malek, Martin 138
 Malesic, Marjan 56
 Manutscharjan, Aschot 139, 140
 Mappes-Niediek, Norbert 81
 Matei, Florina Cristiana 41
 Maximyschew, Igor F. 141
 Meurs, Wim van 82
 Michel, Leo 112
 Mischczak, Krzysztof 42
 Mitchell, Wess 43
 Möhl, Oliver 142
 Molnar, Ferenc 48
 Monich, Dmitriy 113
 Müller, Olaf L. 83
 Mutz, Reinhard 84
 Myroshnichenko, Oleh 104

N

NATO 16
 Nelson, Daniel 57
 Nowak, Jerzy M. 17

O

Onyszkiewicz, Janusz 114
 Öövel, Andrus 85
 Opfer-Klinger, Björn 115
 Osica, Olaf 44
 Overhaus, Marco 18, 86, 87

P

Pantev, Plamen I. 58
 Perepelytsia, Grigoriy M. 116
 Peter, Rolf 143
 Petermann, Sören 89
 Petritsch, Wolfgang 88
 Pichler, Robert 88
 Pleines, Heiko 144
 Pradetto, August 19, 94, 165

Priego, Alberto 20
 Prochazka, Martin 88
 Prosch, Bernhard 89

R

Ratchev, Valeri 58
 Riecke, Henning 21
 Rollins, John W. 90
 Rotte, Ralph 91
 Rupnik, Jacques 166

S

Schenker, Harald 22
 Schmitt, Sylvia Irene 92
 Schreer, Benjamin 167
 Schröder, Hans-Henning 144
 Schwarz, Oliver 117
 Seroka, Jim 93
 Shalamanov, Velizar 59
 Shapovalova, Natalya 104
 Sherr, James 23
 Siegl, Walter 145
 Singhofen, Sven C. 146, 147, 148
 Sinjen, Svenja 162
 Sokolowska, Patrycja 94
 Solioz, Christophe 118
 Staack, Michael 168
 Stanicic, Mladen 60
 Steinel, Anna 149, 150
 Stöckel, Frens 24

T

Tagarev, Todor 58
 Tchoubatarova, Stanimira 61
 Theiler, Olaf 95
 Tönnies, Sibylle 96
 Trenin, Dmitri 151
 Trenin, Dmitrij 152

V

Varwick, Johannes 97
 Verner, Liljana 98
 Vitkus, Gediminas 45
 Voß, Angelika 98

W

Walesa, Lech 46
 Watkins, Amadeo 99
 Wedel, Joachim v. 119
 Wedel-Parlow, Joachim von 120
 Weisser, Ulrich 153
 Werkner, Ines-Jacqueline 62
 Wiest, Margarete 154
 Winkler, Jan 25

Y

Yakobashvili, Temuri 121

Z

- Zaborowski, Marcin 40
Zagorski, Andrei V. 155
Zellner, Wolfgang 156

Sachregister
A

Abkhazia 121
 Abrüstung 36
 Abwehrmechanismus 167
 Accession 10, 14
 Accords 3
 Afghanistan 18, 86, 95, 167
 Akteur 28
 Albaner 22, 74, 88
 Albanien 21, 102
 Albanien 9, 49, 51, 57, 66, 70, 82
 Alliance 112, 158
 Alliances 21
 Antiamerikanismus 5, 166
 Antimilitarismus 96
 Antisemitismus 135
 arabische Länder 91, 95, 164
 Armed Forces 158
 Armenia 16
 Armenien 5, 130
 Aserbaidshan 5, 130, 153
 Asien 8, 12, 86, 91, 95, 151, 164, 167, 168
 Ausbildung 61
 Auslandseinsatz 55, 61
 Außenhandel 103
 Außenpolitik 1, 7, 26, 34, 35, 38, 39, 42, 44,
 45, 61, 72, 74, 94, 105, 109, 113, 120,
 123, 124, 130, 135, 142, 143, 144, 145,
 151, 155, 157, 165
 Authoritarianism 136
 Autonomie 84
 autoritäres System 135
 Azerbaijan 16

B

Balance of power 136
 Balkan states 78
 Balkan States 3, 101
 Baltic States 32
 Baltikum 7, 13, 19, 33, 45, 53, 62, 123, 126,
 130, 152, 165
 Bedrohung 131, 160
 Berichterstattung 51
 bilaterale Beziehungen 8, 44, 127, 150, 152
 Bindung 13
 Borders 32
 Bosnien-Herzegowina 77, 79, 86, 94, 118
 Bulgarien 7, 19, 49, 51, 53, 57, 58, 59, 61, 62,
 165
 Bundesregierung 72, 94
 Bundesrepublik Jugoslawien 63, 66, 70, 89
 Bundeswehr 6, 87, 94

Bündnispolitik 164
 Bürgerkrieg 65, 66, 70, 88, 92, 115, 140
 Bürokratie 142

C

Caucasia 16
 China 151
 Civil war 78
 Collectives 31
 Communication 15
 Conflict 3, 4, 110, 117, 121, 125
 Conflict prevention 78
 Congresses and Conventions 20, 132
 Croatia 21, 102, 111, 112
 Czech Republic 161

D

Defense Policy 18, 31
 Democracy 41, 102
 Democratization 32, 108
 Demographie 151
 Demokratie 12, 48, 51, 57, 62, 91, 105, 118
 Demokratieverständnis 57
 demokratisches Verhalten 52
 Demokratisierung 24, 52, 54, 61, 75, 118, 138
 Deterrence (strategy) 161
 Dialog 66
 Diplomacy 78
 Diplomatie 84, 88
 Diskurs 37
 Diskussion 139, 163

E

Eastern Europe 14
 Efficiency 31
 Eindämmungspolitik 128
 Einfluss 8, 126, 139
 Elections 108
 Energie 12, 131, 133
 Energiepolitik 103, 138, 140
 Energieversorgung 75
 Energy 15, 32
 Energy sector 110
 Engagement 28, 71
 Entscheidungsfindung 142
 Entwicklungsland 2, 5, 8, 9, 12, 22, 49, 51, 53,
 57, 60, 62, 63, 64, 66, 70, 71, 77, 79, 82,
 86, 89, 91, 92, 94, 95, 105, 106, 115,
 118, 123, 126, 130, 151, 152, 153, 164,
 167, 168
 Erdgas 115, 139, 153
 Erdöl 5, 115, 139, 153

- Erfahrung 39
 Erkenntnistheorie 83
 Erziehung 61
 Estland 7, 19, 33, 62, 165
 ESVP 7, 29, 34, 35, 38, 39, 40, 45, 74, 86, 97, 138
 Ethnic groups 78
 Ethnic Groups 101
 ethnische Beziehungen 82
 ethnischer Konflikt 22, 65, 79, 88, 98
 EU 5, 7, 12, 22, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 33, 34, 35, 40, 43, 44, 45, 47, 51, 52, 53, 55, 57, 62, 64, 69, 71, 73, 74, 75, 77, 82, 85, 86, 92, 95, 97, 103, 105, 106, 109, 113, 118, 122, 124, 127, 128, 135, 138, 141, 143, 144, 145, 155, 157, 159, 160, 163, 166
 EU-Beitritt 7, 28, 30, 33, 38, 49, 56, 114, 115, 120, 164
 EU-Erweiterung 7, 13, 28, 30, 34, 35, 39, 40, 42, 43, 45, 73, 119, 138, 151, 155
 EU-Politik 39, 40, 69, 75
 Europa 8, 13, 22, 24, 25, 26, 30, 35, 38, 39, 40, 43, 45, 48, 52, 62, 66, 67, 73, 75, 80, 84, 85, 86, 90, 92, 94, 95, 106, 120, 122, 127, 128, 133, 152, 156, 157, 160, 162, 164, 166, 168
 europäische Identität 13, 30
 europäische Institution 33
 europäische Integration 5, 13, 22, 25, 34, 35, 40, 42, 43, 45, 54, 73, 75, 109, 118
 europäische Sicherheit 6, 24, 25, 29, 42, 95, 113, 127, 138
 europäische Sozialpolitik 86
 europäische Zusammenarbeit 24, 30
 Europäisierung 42, 87, 97
 Europapolitik 114, 143, 155
 Europarat 118
 Europe 15, 158
 European Union 3, 10, 14, 18, 23, 31, 41, 101, 110
 EU-Staat 38
 Exekutive 61
 Expansionspolitik 128
- F**
 Federal Republic of Germany 11
 Feindbild 139
 Feminismus 55
 Foreign relations 107, 110
 Forschung 62
 Frankreich 8, 19, 144, 152
 Frieden 2, 71, 96
 Friedensbewegung 2
 Friedenserziehung 2
 Friedensforschung 2
 Friedenspolitik 2, 22, 63, 64, 71, 82, 83, 84, 87, 88, 90, 92, 95, 96, 98, 138
- Friedensprozess 82, 118
 Friedenssicherung 2, 22, 79, 83, 84, 94, 118, 122, 152
 Friedenstruppe 79, 84, 87, 95
 Friedensverhandlung 2, 74
- G**
 GASP 7, 34, 35, 38, 39, 45, 87, 138
 Gefährdung 156
 Geheimdienst 56
 Genfer Konvention 80
 Geopolitics 110
 Geopolitik 8, 12, 30, 44, 75, 123, 133, 144, 151, 159
 Georgia, Transcaucasia 16, 21, 121, 125, 136
 Georgia (Republic of) 4
 Georgien 2, 5, 9, 12, 53, 62, 71, 123, 152, 153
 Gerechtigkeit 83
 Gerichtshof 28
 Gesellschaft 61
 Gesellschaftsordnung 90, 133
 Gewalt 64
 Gewaltenteilung 56
 Gewaltverbot 63
 Gewinn 139
 Gleichgewicht 34
 Global Governance 133
 Globalisierung 95
 Globalization 32
 Governance 48
 Greece 100, 117
 Grenzschutz 85
 Griechenland 106, 115
 Großbritannien 8, 19, 152
 Großmacht 126, 149
 Grundgesetz 67
 Grundrecht 22
 GUS 120, 143, 151
- H**
 Habermas, J. 96
 Handlungsfähigkeit 92
 Handlungsspielraum 122, 131
 Hegemonialpolitik 67
 Hegemonie 141
 Hilfsorganisation 90
 historische Analyse 115
 humanitäre Hilfe 90, 98
 humanitäre Intervention 63, 68, 90, 96, 97
 Humankapital 85
 Human rights 102
 Hungary 111
- I**
 Identität 12, 13
 Imperialismus 135
 Incentives 112

- Independence 3, 4
 Innenpolitik 115, 124, 138, 157
 innere Sicherheit 48, 49, 53, 58, 75, 118
 Institution 48, 103
 Institutionalisierung 22, 48
 Institutionalismus 24
 institutioneller Wandel 29, 137
 Instrumentalisierung 153
 Integration 54, 151
 Integrationspolitik 151
 Intelligence 41
 Interaktion 6
 Interesse 8, 149
 Interessenkonflikt 155
 Interessenorientierung 144, 154
 Interessenspolitik 17, 72, 144, 155, 159
 Internal security 107
 Internal security -- Ukraine 104
 International Alliances 20
 International conferences 117
 International Cooperation 15, 18, 132, 148
 internationale Beziehungen 8, 12, 26, 29, 33, 43, 65, 75, 82, 97, 113, 114, 115, 124, 138, 141, 143, 144, 145, 146, 150, 153
 internationale Führungsmacht 165
 internationale Interdependenz 8
 internationale Organisation 8, 43, 49, 51, 71, 74, 76, 123
 internationale Politik 7, 43, 65, 75, 76, 91, 95, 96, 123, 133, 145, 149, 164, 165
 Internationaler Gerichtshof 70
 internationaler Vergleich 49, 62
 internationale Sicherheit 6, 7, 17, 27, 29, 48, 55, 61, 72, 75, 87, 90, 95, 96, 106, 123, 133, 138, 145, 146, 150, 154
 internationales Recht 80
 internationales System 43, 95, 118
 internationale Verflechtung 30, 52, 150
 internationale Wirtschaftsbeziehungen 130
 internationale Zusammenarbeit 6, 27, 61, 77, 95, 119, 120, 122, 123, 130, 133, 141, 145, 147, 149, 154, 156
 Internationalisierung 55
 International relations 102
 International Relations 4, 101
 Intervention 65, 91
 Investition 98
 Irak 91, 95, 164
 Iran 168
 Islam 151
 Italien 19, 152
- J**
- Jugoslawien 48, 65, 92, 94, 98
- K**
- Kalter Krieg 86, 131, 166
- Kant, I. 83
 Kasachstan 126, 130
 Kaukasusregion 5, 71, 140, 153
 Kernwaffe 123, 139
 Kirgistan 130
 Koalition 109
 kollektive Identität 27
 kollektive Sicherheit 127
 Kollektivverhalten 154
 Kommunalpolitik 28
 Kommunikation 6
 Kompetenzverteilung 87
 Kompromiss 74
 Konflikt 65, 71, 74, 76, 82, 94, 109, 153, 157
 Konfliktbereitschaft 71
 Konfliktbewältigung 66, 73, 76
 Konfliktlösung 71, 92, 95, 138
 Konfliktpotential 64, 153
 Konfliktregelung 77, 106
 Konfliktsituation 92, 130
 Konfliktstruktur 92
 Konfrontationspolitik 131, 149, 153
 Konsolidierung 76
 Kontrolle 51, 60
 konventionelle Waffe 36
 Koordination 6
 Korruption 28, 49
 Kosovo 3, 4, 11, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 72, 74, 76, 80, 81, 82, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 91, 92, 94, 96, 98, 99, 107, 115, 128, 167
 Krieg 2, 22, 65, 66, 67, 69, 70, 72, 80, 81, 83, 89, 92, 95, 96, 98, 150, 164
 Kriegsausbruch 92, 133
 Kriegsführung 86, 92, 96, 98
 Kriegsverbrechen 70, 80
 Kriegsvölkerrecht 70, 96
 Krise 64, 153
 Krisenbewältigung 95
 Krisenintervention 95
 Krisenmanagement 77, 97
 Krisenverhalten 65
 Kroatien 9, 49, 51, 57, 60, 94
 KSZE 156
 Kultur 131
 kulturelle Identität 103
- L**
- Labor Migration 32
 Latvia 18, 20
 Legalität 91
 Legitimation 98
 Legitimität 68, 91
 Lettland 7, 33, 165
 Litauen 7, 33, 45, 53, 165
 Luftwaffe 80

M

Macedonia 78, 100, 101, 117
 Macht 131
 Machtausgleich 131
 Machtkampf 2, 115
 Machtpolitik 2
 Manipulation 70
 Marginalität 86
 Marktwirtschaft 118
 Massaker 70
 Massenmedien 70
 Massenvernichtungswaffe 138, 160
 Mazedonien 9, 22, 49, 51, 57, 64, 92, 94, 105, 106, 115
 Mazedonier 22
 Medien 98
 Meer 12
 Meinungsbildung 37
 Membership 18, 21, 100, 102, 108, 112, 121
 Menschenrechte 22, 96, 105
 Menschenrechtsverletzung 63, 68, 96
 Middle East 161
 Militär 6, 9, 34, 47, 48, 49, 50, 55, 56, 57, 61, 62, 90, 94, 98, 114, 120, 131, 152
 Militärdoktrin 139
 militärische Intervention 68, 69, 77, 79, 80, 81, 83, 88, 90, 91, 95, 96, 97, 98
 militärische Präsenz 17, 42, 69, 86
 militärischer Konflikt 68, 86, 90, 96, 98, 153
 militärisches Manöver 6
 Militarisierung 55
 Militärpolitik 6, 9, 48, 55, 61, 77, 123, 157
 Militärsoziologie 62
 Minderheit 2, 82
 Minderheitenpolitik 2
 Minderheitenrecht 2
 Mitbestimmung 40
 Mitgliedschaft 9, 26, 36, 49, 58, 114
 Mitteleuropa 30, 35, 43, 47, 164
 Mittelstreckenwaffe 163
 Modernisierung 28
 Moldau 12, 24, 49, 51, 57, 123, 130
 Montenegro 111
 Moral 68, 83
 Multilateralität 8, 25, 43, 86, 123
 Mythos 45

N

Nachbarschaft 71
 Nachkriegszeit 84, 118
 Nahost 2, 5, 8, 9, 12, 53, 62, 71, 75, 91, 95, 123, 130, 152, 153, 164, 168
 Name 106
 nationale Einheit 103
 nationale Identität 37, 103, 106, 143
 nationale Politik 42, 154
 nationale Sicherheit 42, 103, 137, 163

Nationalismus 13, 106, 135

National Security 31

Nationalstaat 26

NATO 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 94, 95, 96, 97, 98, 101, 103, 105, 106, 108, 109, 111, 112, 113, 114, 115, 118, 119, 120, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168

Natural gas 110

Naturwissenschaft 83

Neoliberalismus 98

Netzwerk 142

nichtstaatliche Organisation 48, 50, 90

Nordamerika 2, 12, 13, 19, 22, 34, 35, 38, 39, 40, 43, 45, 59, 64, 67, 70, 71, 80, 86, 91, 92, 95, 109, 127, 128, 130, 133, 138, 139, 141, 145, 152, 153, 157, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168

Nordkorea 168

Norm 52

North Atlantic treaty organization 16, 21, 41, 78, 100, 102, 107, 110, 117, 121, 125, 136, 161

North Atlantic treaty organization -- Balkan states 99

North Atlantic treaty organization -- Membership 46, 116

North Atlantic treaty organization -- Poland 46

North Atlantic treaty organization -- Russian Federation 129

North Atlantic treaty organization -- Ukraine 104, 116

O

OECD 15, 53

öffentliche Aufgaben 47

öffentliche Kontrolle 57

öffentliche Meinung 37, 56, 163

Öffentlichkeit 48, 60

Ordnungspolitik 163

Organisationsstruktur 6, 55

Organizational Structure 11

Orientierung 109, 120

Ostasien 151, 168

Österreich 37

Osterweiterung 1, 7, 8, 19, 26, 27, 28, 30, 33,

- 36, 43, 47, 50, 56, 58, 97, 114, 126, 128, 130, 137, 145, 146, 147, 155, 164, 165, 168
- Osteuropa 13, 24, 30, 39, 43, 47, 48, 62, 120, 164, 166, 168
- Ostmitteleuropa 38, 39, 157, 166
- Ostpolitik 13, 38, 114
- Ostseeraum 27, 33
- Ost-West-Beziehungen 2
- Ost-West-Konflikt 2, 97
- OSZE 2, 22, 24, 67, 71, 74, 87, 92, 118, 155, 156
- P**
- Parlament 51, 52, 57, 60, 61
- Partei 57, 115
- Partizipation 167
- Partnerschaft 71
- Pazifismus 83, 96
- peripherer Kapitalismus 5
- Personalabbau 60
- Planung 57
- Poland 161
- Poland -- Foreign relations 46
- Polen 6, 7, 17, 19, 26, 29, 36, 40, 42, 44, 53, 62, 119, 152, 163, 165, 166, 168
- Political Integration 14, 23
- Political Power 108
- Politik 72, 149
- politische Beziehungen 133
- politische Einstellung 37
- politische Elite 37, 109
- politische Entwicklung 5, 29, 51, 84, 115, 133
- politische Faktoren 5
- politische Folgen 164
- politische Geschichte 43
- politische Integration 29, 30, 53, 118
- politische Kontrolle 50, 56, 61
- politische Krise 75, 77, 115
- politische Macht 151
- politische Meinung 96
- politischer Einfluss 24
- politische Richtung 154
- politischer Konflikt 26, 92, 106, 122, 163
- politischer Prozess 53, 84, 118
- politischer Wandel 17, 24, 29, 37, 47, 53, 97, 143, 146, 164
- politisches Interesse 154
- politische Situation 5, 72, 75, 151
- politisches System 115, 118, 133
- politische Stabilität 22, 53, 74, 75, 84, 90, 106, 141, 151
- politische Strategie 5, 24, 97, 151, 164
- politische Verhandlung 74, 156
- politische Willensbildung 142
- postkommunistische Gesellschaft 5, 13, 28, 42, 51, 57, 103, 109, 126
- postsozialistisches Land 1, 2, 5, 6, 7, 8, 9, 12, 13, 17, 19, 22, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 33, 34, 35, 36, 37, 40, 42, 43, 44, 45, 49, 50, 51, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 66, 70, 71, 75, 77, 79, 82, 84, 86, 89, 92, 94, 97, 103, 105, 106, 109, 113, 114, 115, 118, 119, 120, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 133, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 159, 160, 162, 163, 165, 166, 168
- Präsident 109, 139, 153
- Präsidentschaftswahl 167
- Prävention 28, 65, 94
- Presidents 158
- Privatisierung 98
- Privatunternehmen 98
- Professionalisierung 55
- Proliferation 123, 138
- Protektionismus 13
- Public Opinion 111
- Public Support 112
- Putin, Vladimir Vladimirovich 136
- R**
- Realitätsbezug 83
- Recht 48
- Rechtsgrundlage 61, 68
- Rechtsstaat 61
- Rechtswidrigkeit 63
- Reform 13, 28, 31, 48, 49, 51, 54, 55, 58, 59, 62, 109
- Reformprogramm 55
- Regierung 109
- Regierungspolitik 72
- Region 12
- Regional Development 11
- regionale Faktoren 64
- regionale Integration 105
- Regionalisierung 87
- Regional security 16, 78
- Regional Security 31
- religiöse Faktoren 73
- Reparations 14
- Ressourcen 5, 131
- Revolutions 4, 108
- Reziprozität 39
- Risiko 160, 167
- Rohstoffsicherung 130
- Rollenverständnis 13
- Romania 41
- Rumänien 7, 12, 28, 30, 49, 50, 51, 57, 59, 62, 165
- Russia 4, 15, 32, 108, 132, 148, 158
- Russia -- Foreign relations 129
- Russian Federation 110, 125, 136

- Russland 1, 2, 5, 8, 12, 13, 19, 27, 33, 43, 45, 53, 62, 71, 75, 82, 84, 97, 109, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 133, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 159, 160, 162, 163, 168
- Rüstung 139, 146, 159, 162, 163
- Rüstungsbegrenzung 36
- Rüstungskontrolle 36, 156
- Rüstungsstand 159
- Rüstungswettlauf 162
- S**
- Security 15
- Selbsteinschätzung 51
- Separatismus 70
- Serbe 88
- Serbia 18, 107, 111
- Serbien 64, 66, 69, 74, 80, 81, 82, 128
- Serbien und Montenegro 53
- Sicherheit 8, 12, 49, 53, 85, 103
- Sicherheitsbewusstsein 28, 71
- Sicherheitspolitik 5, 6, 7, 8, 9, 17, 22, 25, 26, 28, 29, 34, 35, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 48, 49, 51, 55, 59, 61, 62, 63, 64, 71, 72, 77, 83, 84, 87, 90, 94, 95, 96, 97, 103, 105, 113, 120, 122, 123, 127, 130, 131, 137, 138, 139, 142, 144, 145, 146, 149, 150, 152, 154, 156, 157, 159, 160, 162, 163, 165, 168
- Slovenia 31
- Slowakei 7, 62, 165
- Slowenien 7, 19, 53, 54, 55, 56, 165
- Soldat 6
- Solidarität 39
- South Ossetia 121
- Souveränität 82, 84, 118
- soziale Stabilität 22
- Spieltheorie 89
- Staat 118
- Staatenbildung 82, 118
- Staatsgebiet 106
- Staatsgrenze 30
- Stabilitätspolitik 85
- Standards 112
- Strategie 8, 12, 60, 64, 82, 97, 98, 167
- Südasiens 86, 95, 167
- Südosteuropa 22, 30, 52, 66, 67, 73, 75, 80, 84, 85, 90, 92, 94, 95, 128
- Summits 23, 112
- Systemveränderung 62
- T**
- Tadschikistan 126, 130
- Taktik 167
- Terrorismus 17, 49, 50, 86, 91, 123, 130, 138, 141, 150
- Threat 15
- transatlantische Beziehungen 8, 17, 25, 29, 38, 39, 40, 42, 138, 165, 166
- Transfer 52
- Transformation 13, 24, 29, 47, 48, 53, 58, 61, 62, 118, 130, 137, 143, 145, 151
- transnationale Beziehungen 152
- Transparenz 52
- Transport 115
- Truppenstationierung 168
- Tschechische Republik 7, 19, 25, 34, 53, 165, 166, 168
- Tschetschenien 138
- Türkei 8, 12
- Turkmenistan 126
- U**
- UdSSR 126, 128, 137
- UdSSR-Nachfolgestaat 1, 2, 5, 7, 8, 9, 12, 13, 19, 24, 27, 33, 43, 45, 49, 51, 53, 57, 62, 71, 75, 82, 84, 97, 103, 109, 113, 114, 119, 120, 122, 123, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 133, 135, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 159, 160, 162, 163, 165, 168
- Ukraine 9, 10, 12, 13, 18, 21, 23, 24, 53, 103, 108, 109, 110, 113, 114, 119, 120, 123, 126, 130, 152
- Ukraine -- Defenses 104
- Ukraine -- Foreign relations 116
- Unabhängigkeitserklärung 128
- Ungarn 7, 35, 37, 53, 165, 166
- Union of Soviet Socialist Republics 32, 108
- United Nations 11
- United States 102
- United States of America 10, 101, 158
- UNO 22, 55, 63, 67, 68, 84, 87, 92, 96, 106, 120
- UNO-Sicherheitsrat 63, 74, 76
- USA 2, 12, 13, 19, 22, 34, 35, 38, 39, 40, 43, 45, 59, 64, 67, 70, 71, 80, 86, 91, 92, 95, 109, 127, 128, 130, 133, 138, 139, 141, 145, 152, 153, 157, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168
- V**
- Verbrechensbekämpfung 49
- Verfassung 56, 74, 82
- Verfassungsmäßigkeit 67
- Verhandlung 74, 115
- Verteidigung 54, 57, 60, 167
- Verteidigungspolitik 6, 9, 25, 34, 35, 40, 45, 47, 48, 49, 54, 55, 57, 59, 61, 62, 90, 113, 119, 122, 123, 146, 152, 159, 160, 162, 163, 165

Vertrag 156
Vertrauen 66
Veto 100
Völkermord 70
Völkerrecht 63, 65, 67, 68, 91, 96

W

Waffe 159, 162
Wahlbündnis 109
Wahlergebnis 109
War 4
Wehrpflicht 48, 55
Weißrussland 24, 123, 130, 152
Weltbild 135
Weltordnung 43, 91, 133, 141, 151, 164, 165
Weltpolitik 43, 97, 128, 133, 145, 165
Wertorientierung 42, 83
Wertsystem 83
Wertwandel 52
Westeuropa 141
westliche Welt 5, 124, 133
Wiederaufbau 76
Wirkung 154
Wirtschaft 103, 151
wirtschaftliche Faktoren 92, 103
wirtschaftliche Folgen 164
wirtschaftliche Integration 142
wirtschaftliche Lage 75
Wirtschaftlichkeit 103
Wirtschaftsentwicklung 75
Wirtschaftspolitik 113, 140
Wirtschaftssystem 133
Wirtschaftswachstum 33

Y

Yugoslavia 3

Z

Zentralasien 75, 126, 130, 149, 150
Zivilgesellschaft 47, 48, 56, 57
Zivilrecht 90
Zukunft 97

20. Jahrhundert 88

Institutionenregister

Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit -BITS- 127

Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Berlin Graduate School of Social Sciences
149

Universität der Bundeswehr Hamburg, Fak. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Internationale Politik Professur für Politikwissenschaft, insb. auswärtige und internationale Politik osteuropäischer Staaten 94

Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und Geographie, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, insb. Mittel- und Osteuropa 29, 154

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekensystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für die Sozialwissenschaften“

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

Datenbanken

Die von der Abteilung Fachinformation produzierten Datenbanken SOLIS und SOFIS bilden die Grundlage für den sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst soFid.

SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen. Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Anfang 2009 ca. 385.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

www.sowiport.de

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 13 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 2,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

www.infoconnex.de

Der interdisziplinäre Informationsdienst infoconnex bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalen für den Zugang zur Datenbank SOLIS – singular oder im Verbund mit den Literaturdatenbanken zu Pädagogik (FIS Bildung) und Psychologie (Psyndex). Im infoconnex-Bereich „Sozialwissenschaften“ kann darüber hinaus in der Forschungsdatenbank SOFIS und in der Literaturdatenbank DZI SoLit recherchiert werden; zudem stehen auch hier im Rahmen von DFG-Nationallizenzen die sechs Datenbanken des Herstellers ProQuest/CSA zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung.

Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst – soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet GESIS mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Ältere Jahrgänge stehen unter www.gesis.org/sofid zum kostenfreien Download zur Verfügung. Der Dienst ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport – Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation – Medien – Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

Recherche Spezial und sowiport-dossiers: aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt. In den Dossiers in sowiport (hervorgegangen aus der Reihe sowiPlus bzw. den thematischen Dokumentationen der Virtuellen Fachbibliothek Sozialwissenschaften) werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind inhaltlich gruppiert zu finden unter www.sowiport.de/themen.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Der Bereich Informationstransfer Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Er unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Social Sciences Eastern Europe - infoservice“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Chancengleichheit im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm HWP, Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

Internet-Service der GESIS

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

www.gesis.org

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Abteilung Fachinformation für die Sozialwissenschaften

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.:+49 (0)228-2281-0

E-mail:info@gesis.org

GESIS-Servicestelle Osteuropa

Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin

Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0

E-mail:servicestelle@gesis.org

